DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

316 28. JAHRGANG Januar 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

LONGO MAÏ

Irgendwann steht jeder vor dem Problem, einen Generationswechsel vorzubereiten, so auch in den etwa einem Dutzend selbstverwalteter und handwerklicher Kooperativen von Longo maï nach nunmehr fast vier Jahrzehnten Existenz. Seit ein paar Jahren tauchen immer wieder Fragen auf: »Wie weiter? Was übergeben wir wie den nach uns Geborenen? Welche Mittel brauchen wir dafür?«
Die Einkochküche von Mas de Granier in Frankreich ist eine kollektive Einrichtung für die Kooperative und steht auch anderen Gruppen und Bauern aus der Umgebung zur Verfügung. Dies und weitere Berichte auf Seite 3.

PREMIUM COLA

Seit 2001 vertreibt ein dezentrales Kollektiv eine ganz besondere Cola: Premium Cola ist ein korrektes Produkt, das heißt, sie hat einen hohen Koffeingehalt für den ultimativen Kick. Und sie wird unter korrekten Bedingungen hergestellt und vertrieben, das heißt ohne Gewinnerzielung und konsequent selbstverwaltet. Das Kollektiv, dessen Mitglieder bundesweit verstreut leben, produziert nicht selbst, sondern managed ein ausgefeiltes Betriebssystem. Elisabeth Voß interviewte Uwe Lübbermann, den Gründer von Premium Cola auf den Seiten 4 und 5.

BEWEGUNGSARBEITERiN

Jutta Sundermann möchte mit niemandem tauschen. »Ich tue nur das, was ich für richtig halte, genieße die Freiheit und freue mich über die Vielzahl an Erfahrungen, die ich mache und gerne auch weitergebe«, sagt sie zufrieden über ihren Job. Die Vollzeitaktivistin ist eine von neun BewegungsarbeiterInnen der Bewegungsstiftung und setzt sich mit ihrer Arbeit für eine ökologischere und gerechtere Welt ein. Seite 6

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Die Einsicht, dass das herrschende Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen weltweit zu befriedigen, und dass es die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zerstört, verbreitet sich. »Solidarische Ökonomie« wird zunehmend als Alternative diskutiert. Strategische Überlegungen zur gesellschaftlichen Transformation von Elisabeth Voß auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Die »Heide Service eG« verstand sich von Beginn an als Eigeninitiative von Menschen der Region und als Partner und Dienstleister für alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine, Kommunen und Institutionen in der Region.
Die Wuppertaler »Genossenschaft Elberfeld-Ostersbaum« nahm im Sommer 2008 als Genossenschaft für Dienstleistungen rund um Haus und Wohnen ihre Arbeit mit drei MitarbeiterInnen auf. Mittlerweile sind es fünf Vollzeitstellen. Mehr auf Seite 13.

www.contraste.org

»BUNDESWEHR WEGTRETEN«

Antimilitaristische Kampagne mit Biss

»Bundeswehr wegtreten« bekämpft die scheußliche Institution Militär in all ihren Formen, Uniformen und Verkleidungen – sei es als Brunnenbauer, Frauenversteher, Entwicklungshelfer oder Terrorbeseitiger. Auch die Inlandseinsätze der Bundeswehrmacht werden widerständig satirisch begleitet: deren ätzende massierte Werbeauftritte in Schulen und auf Messen, in Arbeitsämtern und auf Marktplätzen können zwar meist immer noch ungestört über die jeweilige Bühne gehen, aber immer öfter sieht die Truppe sich mit Gegenveranstaltungen ihrer KritikerInnen konfrontiert. Das Motto »Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen« ist dabei seit Beginn der Initiative von »Bundeswehr wegtreten« 2005 ein Leitmotiv.

»Bundeswehr wegtreten« trägt »Afghanistan-Soldaten« vor Kölner Arbeitsamt zu Grabe Foto: bundeswehr wegtreten

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Dass es den prägenden Politikern und Militärs um die globale Herrschaft über Rohstoffe und Handelsrouten geht, ist nicht erst seit Ex-Präsident Köhlers und »Verteidigungs«minister zu Guttenbergs offenen Worten dazu Anno 2010 bekannt – schon Generalinspekteur Naumann hatte es 1991 deutlich gemacht, dass die Verfassungsbestimmung: »Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf« (§ 87a) als alter Hut zu werten ist. Während also deutsche Soldaten wieder in aller Welt deutsche Herrschaftsansprüche und kapitalistische Verwertungslogik blutig durchzusetzen suchen, sehen AntimilitaristInnen wie die der Kampagne »Bundeswehr wegtreten« ihr Instrumentarium im gewaltfreien, dennoch bissigen zivilen Ungehorsam und nutzen die Mittel der Spaßguerilla.

»Bundeswehr wegputzen« hieß es im Frühjahr 2010 auf der Abiturienten-Messe »Einstieg Abi« in Köln, als eine »Bundeswehr-wegtreten«-Putzkolonne das Infomaterial der Militärs in Müllsäcken verschwinden ließ, »Bundeswehr wegmehlen« bei einem Rekrutierungsoffiziers-Einsatz beim Kölner Arbeitsamt (er wurde mit rosa Mehl bestäubt), »Bundeswehr wegtorten« bei einem Auftritt des Oberbootsmanns Heinrichs in der Wuppertaler Arge und »Bundeswehr wegschirmen« beim »Karriereтruck« der deutschen Soldaten auf dem – ausgerechnet! – Bonner Friedensplatz im Herbst 2010. Noch nicht stattgefunden haben die events »Bundeswehr wegpusten«, »Bundeswehr wegfegen« und »Bundeswehr wegzaubern« – und eines schönen Tages dann endlich Bundeswehr abschaffen.

Hinter den Spaßaktionen steht allerdings blutiger Ernst. »Die Bundeswehr spielt nicht, sie tötet« hieß es auf dem Flyer der Initiative, der bei der »Gamescom«, der europaweit größten Computer-Spielemesse in Köln gegen die Präsenz eines großen Werbestands der Bundeswehr dort selbst verteilt wurde. Insbesondere die Kriegsaktionen der deutschen Militärs am Hindukusch fokussieren die AktivistInnen der Initiative. Dabei werden auch die neuen Strategien des »Verteidigungs«ministeriums thematisiert, die zivil-militärische Zusammenarbeit ebenso wie die innovativen Waffentechnologien der avanciertesten Nato-Staaten, etwa die ferngesteuerten Killerdrohnen und deren Auswirkungen auf das Verhalten und die Psyche der sie bedienenden Soldaten.

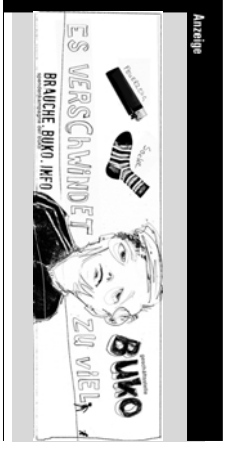
Desertion gehört ebenfalls zu den bevorzugten Themen der Kampagne. Schließlich gilt nach wie vor, dass ohne Soldaten schlecht Krieg geführt werden kann: »Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin.« Daher begrüßte »Bundeswehr wegtreten« die Einweihung des Kölner Deserteursdenkmals, das allerdings offiziell »Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz« heißt, mit dem silver auf pink gedruckten Banner-Slogan »Bundeswehr ohne Soldaten«. Der US-Deserteur Chris Capps war 2007 Gast einer Veranstaltung der Kampagne speziell für Schulklassen mit ihren Lehrern, ebenso 2009 Ex-GI Andre Shepherd, der in der Bundesrepublik Asyl beantragt hat, weil er sich nach üblen Erfahrungen im Irak nicht erneut in einen völkerrechtswidrigen Krieg schicken lassen wollte und darum »von der Fahne« ging. Beide Fahnenflüchtige kamen bei den SchülerInnen sehr gut an. Mit der Kino-Vorführung des Dokumentarfilms »Sir, no Sir!« über Desertion und Verweigerung während des Vietnamkriegs der USA sowie Sabotage- und Antirekrutierungsaktionen von damaligen US-Soldaten lenkte »Bundeswehr wegtreten« den Blick auf historische Beispiele antimilitaristischer Praxis.

Nicht nur in Köln, wo die strömungsübergreifende Kampagne ihren Ursprung hat, sondern auch in weiteren bundesdeutschen Städten sind Menschen durch die vielfältigen Anregungen von »Bundeswehr wegtreten« u.a. auf ihrer website (www.bundeswehr-wegtreten.org) zu oft witzigen widerständigen Antikriegs-Aktionen motiviert worden. Die autonome Kampagne »Bundeswehr wegtreten«, personell gar nicht mal üppig besetzt, bietet ein Beispiel für wirksame Praxis ohne zentrale Strukturen und ohne hohen materiellen Aufwand. Hilfreich ist allerdings die Förderung durch die Bewegungsstiftung. Dieser CONTRASTE-Schwerpunkt kann hoffentlich dazu beitragen, das Projekt auf eine noch breitere Basis zu stellen.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige



SPITZEL FORSCHT LINKE SZENE IN HEIDELBERG AUS

Verdeckter Ermittler enttarnt

In Baden-Württemberg reibt mensch sich verdutzt die Augen. In Stuttgart werden gegen das Bahnprojekt S21 Demonstrierende mit Reizgas und Wasserwerfern von der Polizei traktiert und in Heidelberg wird ein verdeckt arbeitender Ermittler des Landeskriminalamtes (LKA) enttarnt.

Diego, Redaktion Heidelberg ● Der LKA-Mann war unter dem Namen »Simon Brenner« vor etwa neun Monaten in Heidelberg aufgetaucht, hatte eine Wohnung in Leimen gemietet, sich an der Universität Heidelberg in den Fächern Soziologie und Ethnologie eingeschrieben und hatte zunächst begonnen, sich in verschiedenen linken StudentInnengruppen zu engagieren. Dabei zeigte er Interesse für nahezu alle denkbaren Felder linker Politik. So beteiligte er sich an Aktionen in den Bereichen Antifaschismus und Anti-AKW-Bewegung und nahm an den Bildungsprotesten ebenso teil wie am No-Border-Camp in Brüssel. Bei den vergangenen Anti-Castor-Protesten war er beispielsweise aktiv in die Organisation der Süd-Blockade involviert.

Nachdem ihn AktivistInnen am 12. Dezember mit seinem Doppelleben konfrontiert hatten, gab er zu, eine Sonderschulung als verdeckter Ermittler beim LKA Baden-Württemberg absolviert zu haben und in regelmäßigen Dienstbesprechungen sowohl mit dem Heidelberger Staatsschutz als auch mit dem LKA Namen und Informationen zu sämtlichen Personen der linken Szene weitergegeben zu haben, derer er habhaft werden konnte. Auch die Namen von MitbewohnerInnen und Freundschaften seien in den Akten der Betreffenden vermerkt worden. Sein Zielgebiet sei »insbesondere der Bereich Antifa« und sein Einsatz »von langer Hand geplant« gewesen. Ein konkreter Straftatbestand sei nicht Gegenstand seines Auftrags gewesen.

Das geheimdienstliche Ausspähen oppositioneller Gruppen durch die politische Polizei spricht jedem Anspruch von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Hohn. Es verletzt darüber hinaus eklatant das strikte Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst, das sich die BRD als Konsequenz aus der nationalsozialistischen Vergangenheit auferlegt hatte.

Das polizeiliche Vorgehen ist erkennbar und offensichtlich rechtswidrig. Der Einsatz verdeckter Ermittler erfordert laut Polizeigesetz und Dienstanweisungen die Benennung eines konkreten Tatverdachts und einer Zielperson, die namentlich genannt werden muss. Der Polizeispitzel »Simon Brenner« hat aber offensichtlich über fast ein Jahr hinweg ein ganzes politisches Milieu ausgeforscht und sämtliche ihm zugänglichen Informationen über linke Gruppen und die in ihnen aktiven Personen gesammelt, ohne dabei einen tatsächlichen oder konstruierten Straftatbestand im Auge zu haben.

Der Bundesvorstand der Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe e.V. sieht durch das geheimdienstliche Ausspähen linker Gruppen durch das LKA das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdienst verletzt und verlangt vom LKA und der Polizeidirektion Heidelberg eine Stellungnahme über den Umfang und das Ziel des Spitzeleinsatzes. »Wir fordern den baden-württembergischen Innenminister Heribert Rech auf, der Öffentlichkeit zu erklären, mit welcher Berechtigung staatliche Behörden legal arbeitende linke Strukturen durch verdeckte Ermittler der Polizei überwachen lassen. Gleichgültig, ob sich die Affäre mit Wissen von Innenminister Rech abgespielt oder ob er vollkommen die Kontrolle über seinen Apparat verloren hat: Die einzige denkbare politische Konsequenz ist sein sofortiger Rücktritt sowie der Rücktritt aller für den Spitzeleinsatz Verantwortlichen«, heißt es in einer Presse-Erklärung der Roten Hilfe.

Um Aufklärung bemüht sich auf parlamentarischer Ebene die Landtagsfraktion der Grünen, der Abgeordnete Ulrich Schkerl hat eine Anfrage eingereicht, um den Sachverhalt zu klären. Nicht zuletzt ist die Frage offen, ob und wenn ja, in wie vielen anderen Städten Beamte under cover im Einsatz sind.

Also, Augen offen halten! Die Ermittler könnten auch in eurem Umfeld tätig sein und das ist vielleicht längst gängige Praxis auch in anderen Bundesländern.●

AKTION 2011

Leichtes Plus

Unser Zeitungs-Projekt ist Bescheidener geworden. Noch vor drei Jahren wollten einige von uns hoch hinaus. Das Versprechen, CONTRASTE werde preiswerter, wenn wir die uns fehlenden Abos hinzubekommen, sollte binnen kurzer Frist ca. 150 neue Abos bringen. Heute sind wir schon sehr zufrieden, wenn wir die bisherige Anzahl der Abos halten können.

Redaktion Heidelberg ● Im Januar vergangenen Jahres fehlten uns +143 Abos, aktuell sind es noch +141. Hinzugekommen sind acht Abos und zwei Fördermitgliedschaften (134 EUR Mitgliedsbeiträge). Das Hamburger Netzwerk Selbsthilfe hat zum Jahresende endgültig sein Büro dicht gemacht und das dazugehörige Abo auch gekündigt. Vorstand Reinhold Nawroth schrieb uns dazu: »In Hamburg sagt man in solchen Fällen immer gerne: Der Letzte macht bitte das Licht aus«. Fünf weitere Kündigungen sowie die Kündigung einer Fördermitgliedschaft verschlechtern leider unsere Bilanz.

Auf unserem Spendenkonto gingen bis zum 24.12.2010 weitere 1.258 EUR ein. Herzlichen Dank! Nun fehlen uns im neuen Jahr noch 4.723 EUR, damit die zu erwartende Deckungslücke geschlossen werden kann.

Wir hoffen weiterhin auf Spenden und natürlich viele Neuabos.●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 4.723 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 141+ Neuabos

UNSERE SPENDEN IM DEZEMBER 2010

Karl-Peter Bargfrede, Bremen (15 EUR)
Felix Bartholl, Spende aus Kaffeeverkauf, Waal (100 EUR)
Café Libertad, Hamburg (150 EUR)
Hubi Cramer, Mannheim (250 EUR)
Einzelverkauf, Stuttgart (12 EUR)
Ulrich Franke, Berlin (20 EUR)
Christoph Geitz, Köln (50 EUR)
Günter Greuel, Mainz (25 EUR)
Friedhelm Hofmann, Nürnberg (20 EUR)
Hartmut Horsch, ??? (20 EUR)
Simon Kaupert, Plüdershausen (50 EUR)
Charisis Konstantinos, ??? (20 EUR)
Manfred Kreische, Köln (5 EUR)
Guido Krüßmann, Berlin (40 EUR)
Holger Lauinger, Berlin (10 EUR)
N.N., ??? (12 EUR)
N.N., Baden-Baden (100 EUR)
N.N., Berlin (3 EUR)
N.N., Münster (50 EUR)
N.N., Solingen (45 EUR)
N.N., Wien (50 EUR)
Gabriele Ruß, Berlin (5 EUR)
Nico Schindler, Mannheim (8 EUR)
Jörg Schwensen, Berlin (15 EUR)
Siegfried Seefried, Waidhofen (50 EUR)
Till Strucksberg, Dortmund (25 EUR)
Andreas Traupe, Karlsruhe (8 EUR)
Elisabeth Voß, Berlin (100 EUR)

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

REPRESSION

Schöne Bescherung

Redaktion Heidelberg ● In unserer Dezemberausgabe hatten wir über die permanenten Durchsuchungen linker Buchhandlungen im Jahr 2010 berichtet. Kurz vor Weihnachten, am 22.12.2010, haben Beamte der Berliner Staatschutzbehörde zum wiederholten Mal die Buchläden Schwarze Risse im Mehringhof/Gneisenaustraße und der Kastanienallee, den Buchladen oh21 und den Infoladen M99 durchsucht. Sie hatten Beschlagnahmebeschlüsse für die linke Szenezeitschrift Interim. Es war die siebte Durchsuchung in 2010.

Begründet werden die Durchsuchungen der Buchläden mit §130a StGB (Anleiten zu Straftaten) in Verbindung mit §40 WaffenG (Verbotene Waffen inklusive des Verbots, solche herzustellen oder zu ihrer Herstellung aufzufordern). Bisher ging die Rechtsprechung davon aus, dass Buchhändler nicht den Inhalt der Bücher und Zeitschriften in ihrem Sortiment kontrollieren müssen. Laut Rechtsanwalt Sven Lindemann, der den Buchladen Schwarze Risse vertritt, versucht die Staatsanwaltschaft nun, die gängige Rechtsprechung zu revidieren.

Buchhändler sollen also zukünftig für die Inhalte der Schriften haftbar gemacht werden, die sie vertreiben! Damit würden die Möglichkeiten legaler und radikaler Opposition massiv eingeschränkt. Die Berliner Staatsanwaltschaft erklärt damit nicht nur Widerstandsformen der außerparlamentarischen Opposition zum Verbrechen, sondern auch das Zugänglichmachen von Flugblättern und Zeitschriften, die dazu auffordern.

Die betroffenen Buchläden rechnen Anfang des neuen Jahres mit den ersten Gerichtsverfahren.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

¿ privat – politisch – öffentlich?

Im letzten Moment habe ich das Haus, in dem ich wohne, für die Darstellung in Google Streetview sperren lassen. Mein Balkon geht keineN etwas an! Das Einverständnis meiner NachbarInnen habe ich vorausgesetzt, und wie erwartet waren sie mir dankbar, dass ich das getan habe. JedeR EigentümerIn oder BewohnerIn der ersten 20 deutschen Städte, die in Google Streetview veröffentlicht werden, konnte bis zum 15. Oktober einen Antrag auf Unkenntlichmachung des Hauses stellen. Einem solchen Antrag wurde entsprochen – auch wenn vielleicht andere ebenfalls Antragsberechtigte das Haus lieber online dargestellt hätten. Glücklicherweise hat in diesem Fall der Datenschutz Vorrang vor der öffentlichen Präsentation.

Als dann meine Tochter umgezogen ist, hat sie mir mit ihrer neuen Anschrift empfohlen, sie mal auf Streetview zu besuchen – »so schön ist unser neues Haus, Mama!«. Ich musste meinen Sohn bitten, das zu finden. Schön ist es, und ich freue mich darauf, mein Kind zu besuchen.

Schon mehrfach habe ich interveniert, wenn Berichte oder Protokolle von Arbeitsgruppen kurz nach der Sitzung öffentlich zugänglich im Internet verfügbar waren. Mit Aussagen von mir und anderen, die entweder missverständlich wiedergegeben wurden, oder nur für den vertrauten Kreis gedacht waren, nicht für die weite Welt. Ich habe das als Vertrauensbruch erlebt, und fürchte nach wie vor, dass das vertraute Gespräch unter KollegInnen oder MitstreiterInnen demnächst der Vergangenheit angehören könnte. Wenn jedeR fürchten muss, alles Gesagte könnte veröffentlicht werden, wird entweder nichts mehr oder nur noch Nichtssagendes ausgesprochen.

Vielleicht ist es auch nicht schlecht, sich vorab in jeder Gesprächsrunde zu vergewissern, welchen Vertraulichkeitsgrad das Gespräch hat und wem die Aufzeichnungen zugänglich gemacht werden sollen. Das schafft Bewusstsein für das Thema und Transparenz im Umgang damit.

Sollte das nicht auch für PolitikerInnen gelten? Seit den letzten Wikileaks-Veröffentlichungen gibt es Stimmen, die das Ende der Diplomatie befürchten, wenn diplomatische Gespräche öffentlich werden. Nur dass die DiplomatInnen nicht für sich selbst handeln, sondern im Auftrag demokratisch gewählter Regierungen, und aus Steuergeldern dafür bezahlt werden. Was sie sagen und tun, ist nicht ihre Privatsache, sondern geht mich und dich etwas an. Und wenn sie es nicht freiwillig öffentlich machen, dann können wir froh sein, wenn es gesellschaftliche Organisationen wie Wikileaks gibt, die die notwendige Transparenz herstellen.

Um die feine Unterscheidung zwischen öffentlich und privat ging es schon nach 1968, als mit dem Frauenbewegungs-Slogan »Das Private ist politisch« familiäre Gewaltverhältnisse öffentlich gemacht wurden. In der Kommunebewegung gab es Diskussionen darum, wie weit Beziehungsstrukturen und sexuelle Orientierungen die ganze Gruppe angehen. Diese Öffentlichkeit war sehr klein und gegenüber der Welt ringsum dominierte eher ein Gefühl von klandestiner Abschottung. Öffentlich zelebrierte Selbstdarstellungen, wie sie heute auch politisch Aktive in Facebook und anderen Social Networks ganz selbstverständlich praktizieren, wären damals undenkbar gewesen.

Heute komme ich mir vergleichsweise gläsern vor. Dank Kreditkarte, Internet/eMail und Handy kann ich jederzeit geortet und überwacht werden. Meine Klage mit dem Bielefelder »FoeBuD e.V.« gegen Elena, das Erfassungssystem für ArbeitnehmerInnen, scheint mir angesichts dessen ziemlich symbolisch, aber immerhin, besser als nichts.●

Elisabeth Voß

MONSANTO AUF DEUTSCH

Sechs Monate Haft wegen einer Feldbefreiung sitzt der Gentechnik-Aktivist Jörg Bergstedt derzeit ab. Er hat die Zeit genutzt, um sein neues Buch fertig zu schreiben: »Monsanto auf Deutsch« heißt es und ist am 21. Dezember erschienen. Es handelt (fast) nicht vom skandalträchtigen US-Konzern, sondern schildert die Gentechnik-Seilschaften und ihr Wirken in Deutschland.

Einige Kapitel aus dem Buch wurden 2009 in einer CONTRASTE-Serie – und ausführlicher in seiner Broschüre »Organisierte Unverantwortlichkeit« veröffentlicht. In seinem Buch vertieft er den Blick in die Niederungen des Gentechnik-Sumpfes, stellt weitere Firmen, Forscher und Lobbyverbände vor. Penibel hat er die Informationen über Personen, Organisationen, Behörden und Geldflüsse zusammengestellt, mit Quellen belegt und mit Beispielen anschaulich gemacht. Im Kapitel »Seilschaften auf grüner Seite« bekommen auch gentechnikkritische Organisationen etwas ab. Aus Jörgs Sicht sind viele eher systemstabilisierend tätig. Mehr Info: www.seitenhieb.info/umweltzer.html

SUBVERSIVE KLANGWELTEN

Sigurd kämpft / Liebling Luipold

Das Münchener Label Trikont hat im letzten Herbst wieder eine Reihe von interessanten Veröffentlichungen vorgelegt. Besonders hervorhebenswert sind dabei der Sampler »Liebling Luitpold« und das Doppelalbum von der bayrischen Combo »Sigurd kämpft«.

Sigurd kämpft: Da Elepfant is fertig / Pfui Pfui

Die 80er Jahre waren für den deutschsprachigen Rock und Pop ein besonderes Jahrzehnt. Bands wie »Ton Steine Scherben« und auch Udo Lindenberg hatten in den 70er Jahren bewiesen, dass es auch mit deutschen Texten möglich ist, gute Musik zu produzieren. Der kommerzielle Erfolg der Neuen Deutschen Welle, dem später auch die Aufgabe zukam, auch anderen Sparten den Weg zu ebnen, bewies das Interesse daran. Neben vielen Spaßhits (»Ich will Spaß«, »Hurra, die Schule brennt«) entstand aber auch im Schatten der kommerziellen Bands die Punkszene. In der Grauzone zwischen der rockigen Fraktion der Neuen Deutschen Welle und der frisch entstehenden Punkszene positionierte sich die bayrische Combo »Sigurd kämpft«. Die Recken jener Band wetterten mit viel Wortwitz im oberbayrischen Dialekt gegen die Sauereien jener Zeit – in einem rauhen und kantigen Soundgewand verpackt. Das machte sie nicht gerade besonders radio- und fernsehtauglich, dennoch kam es zu einer großer Medienpräsenz.

Zwei Alben »Da Elefant is fertig« (1981) und »Pfui pfui« (1983) brachte die Band damals heraus. Sie wurden nun knapp 30 Jahre später noch einmal von Trikont – um vier Bonustracks ergänzt – neu publiziert. Für Münchener »Lokalpatrioten«, Musik-Maniacs und -interessierte.

Liebling Luitpold

Mit der Compilation »Liebling Luitpold« ehrt der Journalist Jonathan Fischer in einer Hommage die musikalische Kultur der europäischen Kaffeehäuser, wie sie sich in den 20er und 30er Jahren entwickelte. Der Name des Albums ist vom berühmten Münchener Kaffeehaus entliehen, in dem u.a. Literaten wie Henrik Ibsen und Christian Morgenstern verkehrten.

In den Kaffeehäusern entwickelte sich entsprechend der hier gegebenen Besonderheiten eine ganz eigene Ausrichtung unterschiedlicher Musikstile. Diese reichten von New Orleans Blues über karibische Rhythmen bis zu türkischen Chansons, aber sie hatten alle eins gemeinsam. Sie mussten den Spagat zwischen Unterhaltung der Gäste, die zu jener Musik tanzen wollten, machen und dennoch den Rahmen für gepflegte Kommunikation schaffen. Durch jene Schule gingen u.a. Louis Armstrong und Billie Holiday, die beide auf dem Sampler auch jeweils mit einem Song vertreten sind. Eine sehr gelungene und interessante Mischung, die auch heute noch ihre Berechtigung hat.●

DJ Chaoz

Sigurd Kämpft: Da Elefant is fertig / Pfui, Pfui. Trikont US-0419 Doppel-CD mit zwei Booklets im Digifile. CD 1: da Elefant is fertig (Orginalproduktion 1981), CD 2: Pfui Pfui (Orginalproduktion 1983), Digital Remastered ReRelease + Bonus-Tracks, 15 EUR

Liebling Luitpold: Swing, Rumba & Kaffeehaus-Blues. Trikont US-0421 CD im Digipak mit ausführlichem Booklet, 15 EUR

LONGO MAÏ

Ein weites Feld

Irgendwann steht jeder vor dem Problem, einen Generationswechsel vorzubereiten, so auch Longo maï nach nunmehr fast vier Jahrzehnten Existenz. Seit ein paar Jahren tauchen immer wieder Fragen auf: »Wie weiter? Was übergeben wir wie den nach uns Geborenen? Welche Mittel brauchen wir dafür?«

Von Herma und Gregor, Longo maï ● Diese Fragen werden mehr oder weniger ausführlich behandelt, bleiben jedoch offen. Nach mehreren Erhebungen dazu in den Kooperativen entschloss sich eine Gruppe, den Teil der finanziellen Sicherung dieses Wechsels in den Kooperativen strategisch anzugehen. Sie versammelte sich im Herbst 2008 auf dem »Kultur-Gut Wrechen« in der Feldberger Seenplatte Mecklenburgs. Eine Woche lang analysierte und diskutierte sie die Situation in der Welt und in den Kooperativen, umriss die Schwerpunkte unserer Arbeit und definierte die Bereiche, für welche wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind: Den Ausbau von Empfangs- und Ausbildungsmöglichkeiten in unseren Kooperativen für Jugendliche, die zu uns kommen; für die Erhaltung der Biodiversität; den Kauf von Brachland und leer stehenden Höfen sowie für die beratende Mitarbeit beim Aufbau eigener Projekte von Jugendlichen sowie die Zusammenarbeit mit lokalen Produzenten bei der Entwicklung regionaler Selbsthilfe.

Die Kooperativen wollen keine Nischen sein, sondern Alternativen zu einem Gesellschaftsmodell, in

Der Generationenwechsel kann gelingen: Albert, einer der Longo-maï-Schäfer in der Provence, gibt seine Erfahrung an Remo und Seraina weiter Foto: Yohanne Lamoulere

dem auch der kleinste Baustein des Lebens monetarisiert werden soll. Einerseits führen wir die Auseinandersetzung mit diesen Zuständen und leben andererseits nicht außerhalb dieses Systems. Immer wieder führt dies dazu, uns im Spagat zu üben, auch in den Kooperativen selbst. Der hohe Anteil selbst erzeugter Lebensmittel ist für die einen Gewähr, fast gänzlich außerhalb des Geldsystems existieren zu können. Andere hingegen sehen einen wachsenden Geldbedarf darin, dass wir wie bisher in Bewegung bleiben, uns treffen und uns in wichtigen Fragen einmischen wollen. Die Kooperativen sollen auch weiterhin offene Orte bleiben, zu denen all die Menschen kommen können, die nach anderen Wegen suchen. Das bisherige Prinzip, diese Aufnahme nicht an Bezahlung zu koppeln, soll beibehalten werden. Auch gab es in den letzten Jahren vermehrt Anfragen um Unterstützung von Gruppen, die ebenfalls auf der Suche nach einer anderen Lebensweise sind. All die Meinungen, Probleme, Fragen waren Inhalt der Diskussionen der neu gegründeten »Feldberg-Gruppe«, benannt nach dem Ort in Mecklenburg, wo das erste Treffen stattfand.

Für die Umsetzung des Vorhabens, den Generationswechsel finanziell auf soliden Grund zu bauen, suchte die Gruppe nach Instrumenten. Zwei Vertreter von »Pro Longo Maï« hatten gerade eine Ausbildung im Fundraising abgeschlossen und schlugen vor, dass auch die Gruppe sich darin fortbildet. Seit dem Herbst 2007 hat die Gruppe in mehreren Seminaren das Einmaleins der Organisations-Entwicklung erlernt. Dieser Lernprozess systematisierte das Wissen, das Longo maï bisher in diesem Bereich angewandt hat. Und man kam auch auf Fehler zu sprechen, die im Laufe der Jahrzehnte begangen wurden.

Erweiterung des Freundeskreises

Die Diskussionen um das Wie und Warum waren zum Teil heftig und intensiv, aber für das weitere Vorgehen unabdingbar.

In der Zusammenarbeit mit einem Büro, welches Konzepte für Non-Profit-Organisationen entwickelt, fanden wir gute Partner, um einen Schritt in einen neuen erweiterten Freundeskreis zu wagen. Mit einem ersten Rundschreiben wandten wir uns im Frühjahr 2010 an Menschen, die Longo maï noch nicht kennen. Inzwischen gab es ein zweites Rundschreiben. Die »Feldberg-Gruppe« hat sich auf einen mehrjährigen Prozess eingelassen. Noch sind die eingangs gestellten Fragen nicht beantwortet, werden sich auch immer wieder neu stellen, um der nächsten Generation den Weg zu ebnen. Auch befreundete Gruppen von Longo maï widmen sich unterschiedlichen Themen, suchen in diesen Bereichen nach Antworten. Dabei sind wir auf die Unterstützung vieler Menschen angewiesen, die wie wir überzeugt sind, dass andere als die bisher begangenen Wege in der Gesellschaft nötig sind. Unterstützung benötigen wir dabei in inhaltlicher wie materieller Art. Schon eine Meinungsäußerung zu oben genannten Vorhaben kann unseren Mut stärken und den fortwährenden Diskussionsprozess bereichern.●

FRANKREICH: MAS DE GRANIER

Es geht ans Eingemachte

Auf der Longo-maï-Kooperative Mas de Granier in der Crau (nahe bei Arles) soll die Einkochküche von oben bis unten renoviert werden. Diese Konserverie ist eine kollektive Einrichtung für uns, andere Gruppen und Bauern aus der Umgebung.

Von Françoise, Longo Maï ● Welche Gemeinsamkeit kann es wohl zwischen einer fleischigen Aubergine, die unter dem sonnendurchfluteten Himmel des Mas de Granier wuchs, einer in der Cabrery gereiften Weintraube, leckeren Johannisbeeren aus der Kooperative bei Limans und einer saftigen Tomate von befreundeten Bauern geben?

Sie alle wandern durch die vier Wände unserer Einmachküche, um dort in verschiedenste Köstlichkeiten wie Saft, Marmelade oder Tomatensauce verwandelt zu werden. Auf ihrem langen Weg werden sie begutachtet, zerschnitten oder zerstoßen, gesiebt und nach lang erprobten Rezepten zubereitet. Nachdem sie in den Tiefen des Druckkessels eingekocht wurden, landen sie in Gläsern oder Flaschen auf euren Tischen.

Der große traditionelle Mas, der die Konserverie beherbergt, war früher einer der Orte, welcher Hunderte Hektaren der Crau-Ebene bewirtschaftete. Hier wurde Schafzucht betrieben und man legte Heuwiesen an. Es blieben nur noch 20 Hektar, als wir 1990 dort einzogen. Der große Hof war nach und nach durch den Wechsel der Besitzverhältnisse, die schnelle Urbanisierung und fallende Agrarpreise zerstückelt worden.

Wir entschlossen uns rasch für den Gemüseanbau und arbeiten seit 1991 in Bioqualität. Seit 1992 verkaufen wir wöchentlich Gemüsekisten direkt an die Verbraucher. Im darauf folgenden Jahr haben wir eine Einkochküche eingerichtet, um unser zartes Gemüse in lang haltbare Produkte zu verwandeln. Mit der Zeit kamen aus den anderen Kooperativen oder von befreundeten Produzenten Obst für die Verarbeitung zu Dosenfrüchten, Kompott, Marmeladen oder Säften hinzu. Es ging sowohl darum, die Vorratskammern der anderen Kooperativen zu füllen, als auch um die Einrichtung einer regionalen Direktvermarktung.

Von A bis Z

Wir haben hierbei dieselbe Idee wie bei der Wolle verfolgt, wo wir vom ursprünglichen Produkt ausgehend uns alle möglichen Formen der Verarbeitung aneignen. So meistern wir den gesamten Bereich von der Produktion bis zur Selbstversorgung und Direktvermarktung. Die Konserverie entwickelte sich zu einem ökonomischen Schlüsselbereich mehrerer Longo-maï-Kooperativen. In fast 20 Jahren wurden während der Ernten Unmengen von Gemüse und Obst verarbeitet, Rezepte ausgetüftelt und mehrere zehntausend Konserven verschiedensten Inhaltes verkostet, verschenkt oder verkauft. An Projekten mangelt es nicht: Das derzeitige Produktsortiment soll erneuert und grö-

Bald neu, die Einkochküche von Mas de Granier Foto: Longo Maï

ßere Mengen von Fruchtsäften ausprobiert werden. Für die frischen Nudeln, mit deren Produktion wir letztes Jahr auf dem Mas begonnen haben, wollen Saucen ausgeklügelt sein...

Steigendes Interesse

Der anfänglichen Idee entsprechend, haben sich die Türen der Einkochküche auch für andere Bauern geöffnet, die ihre Produkte selbst verarbeiten möchten. Es sind heute ca. zwanzig, die unsere Einrichtung nutzen, darunter auch Gruppierungen wie die AMAP (Association pour le Maintien d'une Agriculture Paysanne – Verein für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft). Die Benutzer werden immer zahlreicher, denn auf regionaler Ebene gibt es keine andere kollektive Einkochküche. Das Konservieren ermöglicht ihnen eine Aufwertung ihrer Ernte sowie ein übers ganze Jahr verteiltes Einkommen, das im Gegensatz zum Gemüseanbau saisonunabhängig ist und somit weniger stark den Schwankungen des Marktes unterliegt.

Die Artikel dieser Seite sind ein Nachdruck aus der Herbstnummer »Nachrichten aus Longo Maï«, Nr. 105. Longo Maï betreibt in Deutschland den Hof Ulenkrug in Stubbendorf bei Dargun.

Neu ans Werk!

Heute stehen wir an einem entscheidenden Punkt: Während 18 Jahren treuer Dienste ist die Einrichtung gealtert, die wichtigsten Maschinen müssen ersetzt, der Boden komplett erneuert und das Wasser- und Abwassersystem saniert werden: eine Baustelle, die eine Ruhepause von mehreren Monaten in der Produktion verlangt.

So sollen im Laufe des Jahres 2011 die Auberginen, Weintrauben, Johannisbeeren und diverse Tomaten in Begleitung verschiedener anderer Früchte- und Gemüsesorten ein fast neues Verarbeitungslokal einweihen. Doch bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Mit Hilfe unseres Freundeskreises müssen wir noch die notwendigen finanziellen Mittel für die Realisierung des Projektes aufbringen.

Trotzdem schon jetzt: ein Hoch auf die zukünftigen Konserven!●

FILM: ZUKUNFT SÄEN – VIELFALT ERNTEN!

Saatgut bleibt Gemeingut!

Seit Jahrtausenden erschaffen Menschen auf der ganzen Welt die Vielfalt der Kulturpflanzen und der Nutztiere. Diese reiche bio-kulturelle Vielfalt ist ein elementarer Teil des Menschenrechts auf Nahrung und muss deshalb Gemeingut bleiben und allen gehören.

Von Heike Schiebeck, Longo maï ● Doch die Realität schaut anders aus: Zehn Konzerne kontrollieren bereits 67% des weltweiten Saatgutmarktes. Sie fordern eine Ausweitung ihrer geistigen Eigentumsrechte, um ihre Profite noch zu vergrößern und ihre Industriesorten der ganzen Welt aufzuzwingen. Nachbaufähige Sorten werden systematisch vom Markt verdrängt. Die EU verbannt mit ihrer Saatgut-Gesetzgebung alte und regionale Sorten in ein kontrolliertes Nischendasein. Sie exportiert diese Gesetze über Freihandelsabkommen in die Länder des globalen Südens, wo bisher noch drei Viertel der Bauern und Bäuerinnen ihr selbsterzeugtes Saatgut nutzen, tauschen und verkaufen.

Der Film von Ella von der Haide für die Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt und für Ernährungssouveränität entstand auf dem 5. Treffen europäischer Saatgutinitiativen im März 2010 in Graz, Österreich, mit den TeilnehmerInnen des Treffens.

InterviewpartnerInnen waren: aus Österreich: Beate Koller und Walter Scharler, Arche Noah; Florian Walter, Bergbauer und Aktivist. Deutschland: Thomas Gladis, Stiftung Kaiserstühler Garten; Anne Schweigler, BUKO – Kampagne gegen Biopiraterie; Ruth Tippe, No Patents on Seeds. Schweiz: Eva Gelinsky, ProSpeciaeRara; Grossbritannien: Patrick Mulvany, UK Food Group. Mexiko: Ana de Ita, CECCAM. Türkei: Olcay Bingol, Tohum Izi.

Die DVD des Films (35 min) verschicken wir zum Preis von 10 EUR zuzüglich Versandkosten.

Bestellungen an:
Longo maï, Lobnik 16, A-9135 Bad Eisenkappel
heike.schiebeck@gmx.at

HOF ULENKRUG: BAU EINES SOLARGEWÄCHSHAUSES

Weg vom industriellen Gemüseanbau mit Pflanzen und Energieverschleiss wie im Plastikmeer von El Ejido in Spanien: Angeregt durch das Solargewächshaus in unserer Kooperative in der Provence, planen wir auch auf dem Hof Ulenkrug in Mecklenburg den Bau eines kleinen Gewächshauses, dass an der Südwand des fertig gestellten Energiehauses stehen wird. Die Pläne und Ausführung finden in gemeinschaftlicher Arbeit von Kooperateuren aus der Provence, dem Hof Ulenkrug und dem befreundeten Projekt Karlshof in Brandenburg statt.

PREMIUM COLA – EIN BETRIEBSSYSTEM GEGEN DEN STROM

Die korrekte Cola

Seit 2001 vertreibt ein dezentrales Kollektiv eine ganz besondere Cola: Premium Cola ist ein korrektes Produkt, das heißt sie hat einen hohen Koffeingehalt für den ultimativen Kick. Und sie wird unter korrekten Bedingungen hergestellt und vertrieben, das heißt ohne Gewinnerzielung und konsequent selbstverwaltet. Das Kollektiv, dessen Mitglieder bundesweit verstreut leben, produziert nicht selbst, sondern managed ein ausgefeiltes Betriebssystem. Elisabeth Voß interviewte Uwe Lübbermann, den Gründer von Premium Cola.

CONTRAST: **Wie viele Mitglieder hat euer Kollektiv, was sind das für Leute und was machen sie konkret?**

Uwe Lübbermann: Die Anzahl hängt von der Sichtweise ab. Insgesamt betrachtet haben wir rund 600 plus X Stakeholder, also Beteiligte im Sinne von Produzenten, Spediteuren, Großhändlern, Händlern, Gastronomen und so weiter. Hinzu kommen die Endkunden als »plus X«, rein zahlenmäßig sicher eine noch größere Gruppe, wie viele das genau sind, können wir aber nur schätzen. Aus o.g. rund 600 Stakeholdern sind derzeit 108 Personen in einer Mailingliste, die sich selbst meistens als Kollektiv bezeichnen. In der Mailingliste werden alle Entscheidungen getroffen, die Umsetzung wird unregelmäßig von einem Teil dieses Kollektivs aus ca. 20 Personen übernommen, und von diesen wiederum gibt es eine Art harten Kern aus einer handvoll Leute, die regelmäßig Arbeit übernehmen. Da bin ich quasi der härteste, bei mir landet effektiv am meisten. Je nach Sichtweise ist Premium also ein reines Steuerungs- und Entscheidungskollektiv aus allen Stakeholdern mit ein paar wenigen Leuten für die reale Arbeit, oder eine Einzelfirma (mit ein paar Helfern), in die alle diese Stakeholder als quasi virtueller Aufsichtsrat reinreden können. Klingt durchaus kompliziert, und ist es auch ...

Foto: Sebastian Mayer

Ist Premium Cola ein Hobby für den Zuverdienst nebenbei, oder gibt es auch Leute, die davon leben? Gibt es Angestellte oder arbeiten alle selbstständig?

Ob jemand von Premium leben kann, entscheidet er/sie überwiegend selbst durch die langfristigen aktiven Beiträge; wir haben alles bis zur einzelnen Flasche pro Person und Aufgabe runtergerechnet, sodass viel reale Aktivität sich meistens auch in entsprechende Summen umsetzen ließe. Bisher lebe allerdings nur ich komplett von Premium, und das auch erst seit April 2010 obwohl es Premium über neun Jahre gibt. Das liegt u.a. an unserer früheren Maxime, dass noch niemand ganz von Premium leben sollte um nicht abhängig zu sein. Insofern gibt es zwar diverse o.g. Aktive, die einen Teil bzw. die Hälfte ihres Lebensunterhalts mit Premium erarbeiten, aber eben nur mich als erste ganz davon lebende Person. Angestellte gibt es nicht, alle Beteiligten arbeiten frei, wir hatten allerdings mal aus formalen Gründen zwei 400-Euro-Arbeitsverhältnisse (und haben das wegen der unfassbaren Bürokratie dafür sehr bereut).

Wie kommen neue KollektivistInnen zu euch? Und gibt es Ausstiegsregelungen?

Um KollektivistIn zu werden, reicht es im Prinzip, Stakeholder zu sein, also mal eine Flasche getrunken zu haben. Zur Eigensicherung haben wir aber noch den Schritt eingebaut, dass mindestens eine vorhandene Person im Kollektiv die neue persönlich kennen gelernt haben muss. Das ist alles. Ein freiwilliger Ausstieg ist dann natürlich jederzeit möglich, und wir haben auch Not-Ausschlussregelungen für den Fall, dass jemand das Netzwerk massiv schädigt; siehe www.premium-cola.de/betriebssystem/schutz

Foto: Sebastian Mayer

Wie hoch ist der Frauenanteil in eurem Kollektiv?

Leider sehr gering, bei unter zehn Prozent. Ich habe bis heute keine Idee, warum das so ist. Es gibt keinerlei Geschlechter-Auswahl, o.g. Zugangsschritt ist neutral, ich als zentraler Organisator bin sehr offen für weibliche Beteiligung, weil die in der Regel zuverlässiger ist und das Kollektiv auch inhaltlich bereichert ... Mir ist schleierhaft, warum so wenige Frauen mitreden oder mitmachen wollen. Es gibt eine relativ ausgeprägte Sexismus-Sensibilität im Kollektiv, so sehr dass schon kleinste Nebensätze von Beteiligten zwei umfangreiche und ziemlich ermüdende Sexismus-Debatten zwischen Männern über Definitionsmacht usw. usf. angestoßen haben, was höchst ärgerlicherweise dazu führte, dass Frauen ausgestiegen sind, u.a. weil sie das Thema angeödet hat ... Also: unsere Frauenquote ist trotz dieser Sensibilität leider gering, ich weiß nicht wieso und bedaure das sehr.

Trefft ihr eure Entscheidungen ausschließlich per Mail oder gibt es auch Kollektivversammlungen, auf denen ihr euch persönlich begegnet? Entscheidet ihr mit Mehrheit oder im Konsens?

Diskussionen und Entscheidungen laufen meistens per Mail, mit einzelnen Beteiligten per Telefon oder persönlich, und es gibt einmal pro Jahr ein Kollektivtreffen in der echten Welt. Der Modus ist Konsensdemokratie, was bedeutet dass theoretisch jede/r ein Veto zu allen Fragen einlegen kann. Die Idee dahinter war, dass so Ausbeutung von Einzelnen praktisch unmöglich wird; das Veto wird aber vermehrt für andere Dinge wie z.B. (grafische) Geschmacksfragen benutzt. So lähmen wir uns teilweise selbst, es wird viel diskutiert und wenig umgesetzt, deshalb ist gerade in der Diskussion, ob das Veto-Recht »nur« noch für Betroffene von Entscheidungen gelten sollte.

Ihr habt einen hohen Anspruch an allseitige Transparenz, der so weit geht, dass alle online Einblick in das Firmenkonto nehmen können. Wie verhindert ihr, dass die KollektivistInnen von der Menge der Informationen überfordert werden?

Die Firmenkonto-Einsicht für alle mussten wir wegen des Datenschutzgesetzes auf ein paar Personen reduzieren, die sich freiwillig für diese Kontrolle gemeldet und eine Verschwiegenheitserklärung für Details, wie z.B. Bankdaten von anderen Personen, unterschrieben haben. Die Menge an Informationen ist aus meiner Sicht aber nicht so das Problem, sondern eher die Zusammenhänge. Da habe ich meistens den besten Durchblick und versuche immer alles zu erklären, werde daher manchmal Erklärbär genannt ... Viele Kollektivisten wollen sich aber auch gar nicht so intensiv in die Zusammenhänge beißen, habe ich zumindest den Eindruck.

Wie ist das bei euch mit dem Eigentum geregelt? So weit ich weiß, bist du offiziell der Firmeninhaber – zählt dann nicht (zumindest informell) deine Meinung mehr als die anderer KollektivistInnen? Ist es ein Thema bei euch, die Eigentumsstruktur zu ändern und die Kollektivität, die ihr faktisch lebt, auch formal umzusetzen?

Auch dazu nur meine Sichtweise mit der Anregung, die Mailingliste zu fragen – die Meinung von mir hat häufig Gewicht wegen der o.g. Zusammenhänge, ein gewisser Respekt vor den Jahren der Aufbau-Arbeit ist auch zu spüren, aber glücklicherweise gilt nicht 1:1 was ich sage oder möchte (auch wenn mich das manchmal kolossal nervt wenn die Dinge dann nicht vorangehen). Rein formal gehört die Marke mir, aber wir haben da schon eine Reihe sehr eigenständiger Köpfe dabei, die sich nicht um Formalitäten scheren. Wir haben auch keine schriftlichen Verträge, also könnte jede/r jederzeit aussteigen. Ohne die Stakeholder und das Kollektiv gäbe es Premium gar nicht, insofern sind beide Seiten gleich mächtig / meine formale Macht ist eher theoretischer Natur, und ich habe sie auch noch nie genutzt. Es gab im Gegenteil von mir über Jahre immer wieder die Anregung, im Interesse der Risikobegrenzung eine kollektivere Rechtsform zu finden, was auch gar nicht so einfach ist – mittlerweile kann ich mit der Form allerdings gut leben und wäre z.B. auch nicht bereit, mit Personen, die fast nur reden, in eine Rechtsform zu gehen, die durch aktive Arbeit getragen werden muss.

Wie viele KollektivistInnen sind im Kern des Unternehmens, das heißt in der Gesamtkoordination, tätig? Gibt es irgendwelche Informationen, die nicht kollektivöffentlich sind und über die nur diese ManagerInnen verfügen?

Die Gesamtkoordination liegt (leider) fast ausschließlich bei mir. Ich werde durch einen Buchhalter und eine Orga-Hilfe unterstützt, weiterhin gibt es einen sehr aktiven Schweizer, der sich dort überwiegend um die Händlerstruktur kümmert. Dann gibt es noch mehr oder wenige aktive SprecherInnen in den einzelnen Städten, die teilweise die lokale Orga im Blick haben. Auf dem letzten Jahrestreffen war auch ein Thema, dass meine zentrale Rolle durch mindestens eine weitere Person ergänzt werden soll, denn abgesehen davon, dass mir manchmal der Kopf platzt, ist es einfach auch riskant, wenn eine Struktur so sehr an einer einzelnen Person hängt. Es gibt Backup-Mechanismen wie einen zweiten Banklogin, zweite Server-Admins und so weiter, sogar ein Testament, das ist aber alles keine Lösung für den laufenden Betrieb. Ich habe immer wieder versucht, Verantwortung abzugeben, meistens kamen die Jobs aber wie Bumerangs zu mir zurück – da gibt es im Kollektiv auf jeden Fall das WG-Phänomen: alle sind total dafür, dass die Küche besser geputzt wird von allen Beteiligten, und dann nimmt doch keiner den Lappen in die Hand ...

Fortsetzung nächste Seite

Foto: Miguel Martinez

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Besser blockieren

Dresden Nazifrei 2011

Am 13. Februar 2011 ist es wieder soweit, dass Rechtsextremisten aus ganz Europa durch Dresden marschieren wollen. 46 Jahre ist es dann her, dass Dresden massiv bombardiert wurde. Aber man kann nicht an dieses Bombardement erinnern, ohne zugleich vom Holocaust und der Verfolgung Andersdenkender zu reden.

Im letzten Februar 2010 blockierten Tausende den von Nazis angekündigten Marsch durch Dresden. Für die Nazis sollte es die größte Demonstration in Europa werden, für die BlockiererInnen war es die Probe aufs Exempel, ob ihr Konzept der Massenblockade aufgeht. Während die Nazis nicht weit kamen und die Zahl der Marschierenden weit hinter ihren Erwartungen blieb, wurde es ein voller Erfolg für das vielfältige Netzwerk, welches sich die Aufgabe gestellt hatte, diesen Naziaufmarsch zu verhindern.

Das Bündnis »Dresden Nazifrei« besteht aus Aktiven aus Gewerkschaften, Antifa-Gruppen, lokalen Initiativen, Vereinen, Jugendverbänden und Parteien. Ziel des Bündnisses war es, allen die Möglichkeit zu geben sich zu beteiligen. Im Vorfeld der Aktionen war es im Januar 2010 zur Beschlagnahme von Tausenden von Plakaten, die zur Blockade der Nazis aufriefen, durch die Dresdner Staatsanwaltschaft gekommen. Sie sah in ihnen einen Aufruf zu einer Straftat. Im Nachhinein war das alles barer Unsinn, die Anschuldigung wurde schnellstens wieder fallen gelassen, doch der Freistaat Sachsen hatte gezeigt, wessen Interessen er zu vertreten gedenkt. Die versuchte Kriminalisierung der Blockade zeigt, dass die staatlichen Stellen die Mobilisierung zu schwächen versuchen. Dem zum Trotz wurde infolge dieser Beschlagnahme die Aktion »Dresden Nazifrei« bundesweit bekannt und führte zu einem starken Schub in der Aktivierung, so z.B. am 1. Mai 2010 in Berlin.

Der Erfolg von Dresden wird nicht einfach zu wiederholen sein. Denn auch Nazis lernen dazu und werden Strategien gegen die BlockiererInnen und die Polizei entwickeln, wie sich dies bereits zu verschiedenen Anlässen in Berlin und Brandenburg zeigte. Daher wird nun im Rahmen der Kampagne »100 Tage« nach Dresden mobilisiert. In regionalen Vorbereitungstreffen wird das Thema diskutiert und konkrete Hilfestellungen für das eigene Engagement gegeben. Wie organisiere ich einen Bus nach Dresden oder wie führe ich eine Plakatier- und Verteilaktion durch? Rechtliche Fragen werden ebenso geklärt, wie die wichtigsten Verhaltensregeln bei der Blockade praktisch geübt.

Wenn in diesem Jahr nicht die Zahl der BlockiererInnen gesteigert werden kann, dann doch die Qualität des Widerstandes.●

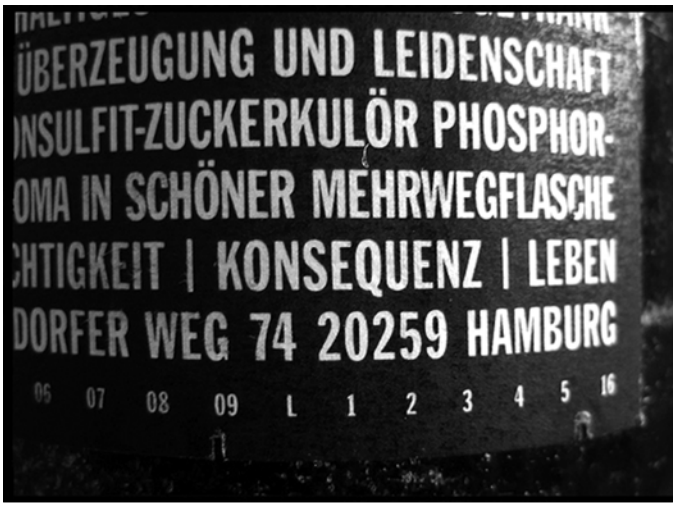
www.dresden-nazifrei.com

Andreas Nowak

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Ein Betriebssystem gegen den Strom



Zurück zur Frage, in dieser zentralen Rolle landen natürlich eine Menge Information bei mir und den Unterstützern, von denen erstmal keine geheim ist. Im Gegenteil, ich muss sie sogar möglichst weitgehend öffnen, um Vorschläge und Entscheidungen gut zu begründen. Ausnahmen gibt es nur bei Infos die mir »unter 3« gegeben werden, also mit der Ansage sie nicht weiterzugeben. Das kann verschiedenes sein, z.B. der Verdacht, dass ein Händler hintenrum einen anderen austrickst, oder auch private Probleme, die sich so auf eine Person auswirken, dass sie ihren Job nicht machen kann. So etwas behalte ich dann für mich, und bei einigen Themen bitte ich auch darum, gar nicht erst informiert zu werden, um nicht zwischen zwei Personen zu stehen.

Wie bringt ihr Gelder für Investitionen zusammen? Ich habe mal gelesen, du hättest privat 10.000 Euro eingebracht?

Das stimmt und betrifft die ersten Aufbau-Jahre, da habe ich nach und nach Geld reingesteckt so wie es eben gerade vorhanden war. Einmal musste ich mei-

Foto: Sebastian Mayer

nen Drucker verkaufen um Etiketten drucken lassen zu können. Mittlerweile sind wir zwar auch nicht wirklich reich, es gibt aber einen Cent pro Flasche für Rücklagen, aus denen wir z.B. neue Kisten vorfinanzieren können.

Ihr habt den Anspruch, im Sinne eines korrekten Wirtschaftens Einfluss auf alle Glieder der Wertschöpfungskette zu nehmen. Kannst du kurz benennen, was ihr unter »korrektem Wirtschaften« versteht und ein paar Beispiele nennen, wo es euch gelungen ist, in anderen Unternehmen etwas zu verändern?

Korrektes Wirtschaften bedeutet für uns unter anderem, fair und ehrlich zu verhandeln, transparent und ohne Gewinn in der Kalkulation zu rechnen, schnell zu bezahlen, darauf zu achten, dass auch bei Zulieferern und Produzenten niemand ausgebeutet wird und so weiter. Hier kann das Kollektiv wirklich punkten, denn durch die diversen Leute an den Stakeholder-Schnittstellen kriegen wir viele Sachen mit. Außerdem haben wir sogar einen Aufruf auf der Homepage, der sagt, dass wir über Probleme informiert werden wollen, um die dann zu verfolgen – großspurig ausgedrückt geben wir so z.B. kleinen Leergutsortierern bei Großhändlern vier Kettenglieder hinter uns eine stärkere Stimme über die »Industrie« in ausnahmsweise nicht gewinnorientierter Form.

Speziell zu dem Thema gab es zwei Fälle, bei denen wir einem Großhändler mit dem Rauswurf gedroht haben, wenn er die unhaltbaren 1,70 Euro Stundenlohn für Flaschensortierer nicht abstellt. Wir haben dann zwar den Rauswurf bzw. den Aufbau einer Alternative auch mangels kollektiver Beteiligung versemmelt, er hat aber später trotzdem die Löhne auf 7,60 Euro angehoben. Diese Grundhaltung führt an sich (hoffentlich) schon zu einem gewissen Druck, sich im Netzwerk ordentlich zu benehmen, darüber hinaus gibt es auch einige Köpfe, in denen was passiert ist. Ein paar Kollektivisten haben ihre eigenen Läden nach Premium-Gesichtspunkten umgepolt, ein paar andere Getränkemarken schneiden sich einzelne Scheiben bzw. Module aus unserem Betriebssystem heraus, ein Zahnbürsten- und ein T-Shirt-Hersteller wollen größere Teile übernehmen, und kürzlich durften wir sogar 14 europäischen Social Banks erzählen was aus unserer Sicht da anders laufen sollte ...

Ich nenne das immer den virtuellen Einfluss, der erfreulicherweise besteht, aber mit etwas mehr realem Einfluss als nur 0,5 Promille Marktanteil auch deutlich größer sein könnte. Mir macht dieser Teil auf jeden Fall am meisten Spaß.

Euer Konzept erinnert mich an das »Gründen mit Modulen«, wie es Günter Faltin, der Erfinder der Teekampagne, propagiert. Was unterscheidet euer »Open Franchise« davon?

Es ist ein paar Monate her, dass ich das Buch gelesen habe, ein paar Teile kamen mir da durchaus bekannt vor. Der Ansatz ist aber m.e. ein bisschen zu einfach, wenn behauptet wird, dass sich Unternehmen immer auf Basis von bestehenden Dienstleistern gründen lassen – das stimmt zwar punktuell, aber irgendjemand muss ja auch die Dienstleistungen erbringen. Es kann also nicht nur rein virtuelle Unternehmen geben. Was mir (bei allem Respekt) an dem Ansatz von Günter Faltin fehlt, ist die Verantwortung für die eigenen Dienstleister bzw. die Bedingungen dort – die werden einfach ausgeklammert. Da wird evtl. der andere Ansatz von uns sichtbar; es geht gar nicht mehr so sehr um das Produkt, Tee oder Cola, unser Produkt ist die Organisationsleistung im Interesse aller Stakeholder, das ist also fest im System integriert und aus unserer Sicht auch unbedingt nötig. »Open Franchise« heißt dann nur, dass wir das System kostenlos veröffentlichen, weil es zu gut ist um es für uns zu behalten, und weil wir uns andere Unternehmen wünschen, die ähnlich Stakeholder-Konsens-orientiert arbeiten. Natürlich wollen wir dann aber auch genannt werden, um Premium an sich bekannter zu machen, deshalb eben Open Franchise.

Seid ihr mit der Alternativ-/Solidarökonomischen Szene vernetzt, oder bewegt ihr euch eher in eurer eigenen Welt?

Was ist denn genau die Alternativ-/Solidarökonomische Szene? Es gibt ein paar Berührungspunkte, Gastvorträge bei Kongressen zur Solidarischen Ökonomie, Kontakte zu einzelnen aktiven Leuten, die an anderer Stelle versuchen, was Gutes zu machen, sowas. Ich persönlich habe den Eindruck, dass es einigen Personen in diesen Zusammenhängen mehr um den Austausch als um konkrete Aktivitäten geht, was ja auch gut ist, aber eben mal zwei volle Tage Wochenend-Freizeit kosten kann, die ich nicht frei habe. Weiterhin ist unser Ansatz, bewusst in problematische Märkte zu gehen, wie z.B. Cola und Bier, um dort was zu verändern – Stichwort *Systemwandel statt Systemwechsel*. Bei vielen Aktiven aus linken Zusammenhängen steht aber eher ein Systemwechsel im Vordergrund, den ich uns Zwergen nicht zutraue. Einen Systemwandel voranzutreiben, ist auch auf jeden Fall deutlich mehr Arbeit als »nur« einen Systemwechsel zu fordern, aber ich schweife ab ... Man kann schon sagen, dass wir mit der Szene wenig vernetzt sind, aber das liegt nicht daran, dass wir das nicht wollten, sondern eher daran, dass manchmal einfach nicht die Zeit ist, sich auch noch darum zu kümmern. Wer weiß, evtl. ändert ja dieses Interview etwas. Denn immer wenn wir mit Leuten aus solchen Ecken reden, sind die eigentlich begeistert, also sollten wir das evtl. doch aktiver machen, nur wann ist eben die Frage ...

Habt Ihr bisher grundlegende Änderungen an eurem Unternehmenskonzept durchgeführt, und wenn ja: welche und warum?

Das Konzept bzw. Betriebssystem ist eigentlich in laufender Entwicklung, der aktuelle Stand ist das Ergebnis von mehr als neun Jahren Kopfarbeit und realer Erprobung. Änderungen bzw. Entwicklungen gibt es daher immer wieder. Zuletzt haben wir zwei neue Module eingeführt, die erstmals leichte Konsequenzen wie den temporären Verlust des Vetorechts für Personen definieren, die Jobs zusagen und sie dann doch nicht machen (siehe Bereich »Schutz«, ganz unten). Die Folge war aber leider nicht, dass Zusagen öfter eingehalten würden, sondern dass weniger Zusagen gegeben werden ... Boing. Also müssen wir uns was anderes einfallen lassen. Das Grundkonzept bzw. die Idee ist allerdings unverändert und wurde beim letzten Jahrestreffen in folgenden Satz gegossen: »Premium will die Welt verbessern, indem wir ein menschliches und nachhaltiges Wirtschaftssystem funktionierend und tragfähig vorleben und verbreiten.« Da steht erstmals das Wort »verbreiten« drin, aber wie das geschehen soll, ist aktuell wieder Thema von unendlichen Diskussionen ... Auch dazu müssen wir evtl. andere Modi finden.

Premium-Cola-Gründer Uwe Lübbermann Foto: Miguel Martinez

Gibt es aktuell ungelöste Probleme in eurem Betriebssystem?

Insgesamt funktioniert das System, aber es gibt natürlich auch Probleme. Schonungslos aus dem Bericht vom Treffen: »Premium ist teilweise instabil, abhängig von einzelnen, laberig, teilweise unzuverlässig, teils inkonsequent, teils unorganisiert und nur wenig verbreitet. Wir haben mangelnde Liquidität und teilweise lange Entscheidungszeiten, lähmen uns also an vielen Stellen selbst.« Typische WG-Probleme eben. Wir haben dazu eine Reihe Lösungsansätze erarbeitet, im Moment geht es darum diese dann auch umzusetzen ...

Was ratet ihr anderen, die ein Unternehmen nach dem Modell eures »Open Franchise« aufbauen möchten? Welche konkrete Unterstützung bietet ihr ihnen an?

Es gibt dazu auch ein Modul im Bereich »Transfer«, das je nach Übereinstimmung mit unseren Ideen weitreichende Hilfe wie z.B. inhaltliche Begleitung, Anpassung des Systems, Vermitteln von Kontakten und Erfahrungen, ggf. sogar Kooperationen im laufenden Betrieb oder sogar Finanz-Starthilfe umfasst. Diese Unterstützung findet natürlich da ihre Grenzen, wo wir uns thematisch auch nicht auskennen, andererseits gibt es schon besagte Zahnbürsten-und Shirt-Hersteller, die mit den Ansätzen was machen, auch die Social Banks sind drauf abgefahren ... Da wäre also der Einzelfall anzugucken.

Ihr feiert in diesem Jahr euer 10-jähriges Bestehen – worauf seid ihr besonders stolz?

Neben den offensichtlichen Problemen gibt es natürlich auch eine ganze Reihe positiver Seiten, die man so von innen manchmal gar nicht mehr sieht: Die sehr geringe Fluktuation wäre so etwas; die meisten Leute bleiben sehr, sehr lange bei Premium, und selbst wenn sie zwischendurch mal aussteigen wegen anderer Lebensphasen oder Stress mit der Freundin oder sonst was, kommen sehr viele doch irgendwann wieder. Beeindruckend ist auch die sehr geringe Ausfallquote bei Forderungen; es gab in all den Jahren nur zwei Totalausfälle, und da war bei einem sogar noch höhere Gewalt dahinter ... Die regelmäßige Medien-Berichterstattung, die Einladungen zu Vorträgen wie zum Beispiel bei Bionade sind auf jeden Fall auch Zeichen dafür, dass wir hier schon was Großes geschafft haben, trotz der genannten Probleme. Mensch stelle sich vor, wo Premium ohne diese wäre bzw. sein könnte.

Und was findet ihr selbst besonders gelungen an eurem Betriebskonzept?

Mein Lieblinsmodul ist der Anti-Mengenrabatt: große Händler verdienen eh schon mehr durch sinkende Transportkosten pro Einheit, brauchen also keinen zusätzlichen Mengenrabatt. Den brauchen die kleinen Händler und bekommen ihn auf Wunsch bei uns, wenn die Transportkosten für kleine Mengen eben zu hoch sind. So werden nicht nur kleine Händler gefördert, es wird auch der Einstieg erleichtert, und kleine Städte, die sonst gar nicht beliefert werden könnten, lassen sich auch erschließen. Man sieht also, dass aus dem eigentlich sozialen Wunsch nach mehr Gerechtigkeit für kleine Händler auch konkrete Vorteile in der Praxis werden können. Die ist ja letztlich auch der finale Prüfstand – nur wenn das System in der Realität funktioniert, wird es für Nachahmer interessant. Nach über neun Jahren Premium dürfte der Beweis erbracht sein. Für mich zählt auch die Freiheit, arbeiten zu können wann, wo, mit wem und wie ich will, das ist auf jeden Fall ein richtiger Luxus und der vierte Lohn; neben dem Flaschen-Anteil an sich, der Stabilität des Systems und dem Gefühl, für eine sinnvolle Sache zu arbeiten. Ich wüsste gern, ob es noch andere teil-virtuelle Kollektive gibt oder gab, die ähnliche Probleme hatten und wie sie diese gelöst haben.●

Info: www.premium-cola.de

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

BERUF BEWEGUNGSARBEITERiN: EIN LEBEN FÜR DAS POLITISCHE ENGAGEMENT

Demonstrieren, vernetzen, die Welt verändern

Jutta Sundermann möchte mit niemandem tauschen. »Ich tue nur das, was ich für richtig halte, genieße die Freiheit und freue mich über die Vielzahl an Erfahrungen, die ich mache und gerne auch weitergebe«, sagt sie zufrieden über ihren Job. Die Vollzeitaktivistin ist Bewegungsarbeiterin der Bewegungsstiftung und setzt sich mit ihrer Arbeit für eine ökologischere und gerechtere Welt ein.

Von Andreas Göller ● In erster Linie fördert die Bewegungsstiftung Protestkampagnen. Seit ihrer Gründung 2002 unterstützt sie aber auch AktivistInnen, die sich Vollzeit und unbezahlt in sozialen Bewegungen engagieren mit dem BewegungsarbeiterInnen-Programm. Ihr Geld erhalten die derzeit neun BewegungsarbeiterInnen dabei nicht von der Bewegungsstiftung selbst, sondern von einem Kreis von PatInnen, die sich dem Engagement der BewegungsarbeiterInnen verbunden fühlen. Die Stiftung sorgt für die Weiterleitung der Gelder, berät, vernetzt und unterstützt bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Jutta Sundermann ist seit drei Jahren Bewegungsarbeiterin. Schon als Schülerin hat sie sich in Jugendumweltprojekten engagiert. »Zu erleben, was Menschen gemeinsam auf die Beine stellen können, hat mich total fasziniert.« Deswegen verzichtete Jutta bewusst auf eine berufliche Karriere, um sich ganz der politischen Arbeit zu widmen. Der 39-Jährigen war damals schon klar: »Ein normales Berufsleben mit kleinen Zeitfenstern für ein bisschen Engagement kommt nicht in Frage.« Zum Studieren ist Jutta auch gar nicht gekommen. »Es gab immer lebendigere und dringendere Projekte. Dafür lerne ich bis heute bei dieser Arbeit sehr viel«, sagt Jutta. Derzeit engagiert sie sich vor allem in Kampagnen für eine gerechtere Weltwirtschaft, für eine Regulierung der Finanzmärkte und mit der Organisation »Gendreck weg« gegen Agro-Gentechnik. Außerdem arbeitet Jutta bei der Attac-Initiative »Power to the People« mit, die das Ziel hat, den vier großen Stromkonzernen den Stecker zu ziehen. Im Jahr 2000 gründete sie Attac in Deutschland mit und ist dort zurzeit Mitglied des Koordinierungskreises. Für den Bankenaktionstag von Attac Ende September 2010 eröffnete Jutta mit einigen MitstreiterInnen eine Fälscher-Werkstatt. Es erschien die Zeitung »Financial Crimes«: auf lachsrosa Papier wie das nachgeahmte Original. Am Bankenaktionstag wurden bundesweit 120.000 Exemplare der Aktionszeitung verteilt, die über die Ursachen und Hintergründe der Finanzkrise aufklärte.

Auch Hagen Kopp ist schon lange politisch aktiv und seit 2009 Bewegungsarbeiter. »Ich bin in den 80er Jahren politisch sozialisiert worden«, sagt der 50-Jährige. »Damals war es noch üblicher, sich der Lohnarbeit und beruflichen Karrieren zu verweigern.« Sein Schwerpunkt liegt heute auf Antirassismus und Migration. Bewusst hat sich Hagen für die politische Arbeit entschieden: »Dem Akademischen stehe ich schon immer etwas misstrauisch gegenüber. Zu oft habe ich erlebt, wie Leute nach wenigen Jahren politischer Arbeit dann doch die goldene Brücke zurück gesucht haben.« In einem Beratungscafé in Hanau bietet Hagen für Flüchtlinge juristische Hilfe und Begleitung an und unterstützt sie dadurch beim täglichen Kampf für ein Bleiberecht und ihre sozialen Rechte. Zudem hat Hagen in den vergangenen Jahren zahlreiche »No Border Camps« mit organisiert. Im Sommer 2009 fand zum Beispiel eine Protestwoche auf der griechischen Insel Lesbos statt. Denn hier operiert »Frontex«, die europäische Grenzschutzagentur und Symbol der militarisierten und oft tödlichen Vorverlagerung der Migrationskontrolle. Auf Lesbos protestierten AktivistInnen zusammen mit betroffenen Flüchtlingen für die Auflösung des Internierungslagers »Pagani«. Im Oktober 2009 gab die griechische Regierung dann bekannt, dass »Pagani« zumindest vorübergehend geschlossen wird. Ein wichtiger Etappensieg für die antirassistische Bewegung, den Hagen vor Ort intensiv mitverfolgt hat.

Anti-Atom-Bewegung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Migration oder Globalisierungskritik: In vielen politischen Kampagnen sind die BewegungsarbeiterInnen aktiv. Durch ihre Unterstützung ermöglichen die PatInnen den BewegungsarbeiterInnen langfristig in und für soziale Bewegungen zu arbeiten. In der Regel suchen sich die AktivistInnen ihre UnterstützerInnen in ihrem eigenen Umfeld. Reich werden sie dadurch aber nicht. Durchschnittlich wird eine BewegungsarbeiterIn von je 15 PatInnen unterstützt, die zusammen monatlich ungefähr 500 Euro überweisen. Im Gegenzug berichten die BewegungsarbeiterInnen ihren PatInnen regelmäßig über ihre Arbeit. In einem zweijährigen Rhythmus überprüft der Stiftungsrat, ob die BewegungsarbeiterInnen und ihr Engagement weiterhin den Kriterien der Stiftung entsprechen. Dabei nimmt er keinen Einfluss auf die Arbeitsinhalte der VollzeitaktivistInnen. Die Bewegungsstiftung hat ihnen gegenüber keinerlei Weisungsbefugnisse, zahlt aber auch keine Sozialversicherung. Es handelt sich also rechtlich nicht um ein Beschäftigungsverhältnis, sondern um eine mildtätige Zuwendung an wirtschaftlich Bedürftige. Monatlich 500 Euro sind nicht viel.

Hagen Koop im Juni 2008 bei der Demonstration vor der Frontex-Zentrale in Warschau

Aber wie wird eine VollzeitaktivistIn eigentlich zur BewegungsarbeiterIn? Um BewegungsarbeiterIn bei der Bewegungsstiftung zu werden, sollten Interessierte bestimmte Kriterien erfüllen. Sie sollten eine tragende Rolle in sozialen Bewegungen einnehmen, aber trotzdem ungebunden und unabhängig agieren. Zudem sollte das Engagement durch ein deutliches Profil gekennzeichnet sein, das nach außen klar vermittelbar ist. Wenn Menschen diese Eigenschaften besitzen, können sie sich bei der Bewegungsstiftung bewerben. Erfüllt eine Bewerberin oder ein Bewerber die festgelegten Kriterien, wird sie oder er zu einem Gespräch mit zwei Personen aus der Stiftung eingeladen. Auf deren Empfehlung hin entscheidet der Stiftungsrat, wer in den Kreis der BewegungsarbeiterInnen aufgenommen wird.

Deswegen haben einige BewegungsarbeiterInnen zusätzlich einen Teilzeitjob, erhalten Honorareinkünfte für Vorträge und Presseartikel oder haben einen Lebenspartner, der sie unterstützt. Die Förderung der Bewegungsstiftung erlaubt ihnen aber, sich zum größten Teil auf die politische Arbeit zu konzentrieren.

Aber ist es nicht ein Widerspruch, Menschen für politische Arbeit zu bezahlen? »Idealerweise sollte politische Arbeit gänzlich unbezahlt bleiben«, sagt der Bewegungsarbeiter Hagen Kopp, »auch um Tendenzen zu Hierarchisierung oder Institutionalisierung, die ja bei allen Bewegungen bestehen, nicht zu verstärken«. Letztendlich sei es auch schwierig zu entscheiden, ab wann wer bei wie viel Bewegungsarbeit bezahlt wird oder nicht. »Insofern sehe ich einige Widersprüche im Konzept der BewegungsarbeiterInnen«, sagt Hagen. Dennoch überwiegen in seinen Augen die Vorteile: »Eigentlich will ich nicht für meine politische Arbeit bezahlt werden, aber ohne die Unterstützung hätte ich viel weniger Zeit dafür«, sagt Hagen.

Und Zeit ist kostbar für viele BewegungsarbeiterInnen. Gerade das Vernetzen, das Austauschen von Informationen und das Kommunizieren mit anderen Menschen der Bewegung nimmt sehr viel Raum beim täglichen Engagement ein. Häufig ist Bewegungsarbeit auch Büroarbeit. Neben Telefonieren und E-Mails Schreiben, verfassen die BewegungsarbeiterInnen Presseartikel oder bereiten Vorträge vor. »Die BewegungsarbeiterInnen arbeiten nicht nur in einer Nische der Bewegung, sondern bringen Menschen, Themen und Ansichten zusammen«, erklärt Jutta. »Sie hecken eigene Projekte aus, setzen sie um und helfen anderen bei deren Plänen«. Die BewegungsarbeiterInnen sind also keine EinzelkämpferInnen. Organisationen, Protestbündnisse, Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen sind für sie wichtige Orte. »Es ist toll mit anderen etwas zu bewegen«, sagt Jutta. »Mir gibt diese Arbeit total viel.«

Leider können nicht alle Menschen, die sich Vollzeit und ehrenamtlich engagieren, von der Bewegungsstiftung gefördert werden. Die Organisationsstruktur der Bewegungsstiftung ist begrenzt. Deswegen hat die Stiftung das BewegungsarbeiterInnen-Programm auf zehn Personen beschränkt. Der letzte freie Platz soll vorrangig an eine Frau vergeben werden. Das Modell Bewegungsarbeit ist aber nicht auf die Stiftung beschränkt. Die Bewegungsstiftung empfiehlt es allen gemeinnützigen Organisationen zur Nachahmung und gibt die eigenen Erfahrungen gerne weiter.

Für den Erfolg von sozialen Bewegungen ist das politische Engagement von vielen Millionen Menschen von unschätzbarem Wert, auch von jenen, die dabei nicht finanziell unterstützt werden können. Das weiß auch Jutta. Ihr Wunsch: »Dass noch mehr Leute in Bewegung geraten und merken, dass wir gemeinsam die Welt verändern können.«●

www.bewegungsarbeiter.de
www.bewegungsstiftung.de

WEITERE BEWEGUNGSARBEITERiNNEN DER STIFTUNG

Jan Becker
Seit vielen Jahren engagiert sich Jan im Kampf gegen die weitere Nutzung der Atomenergie und für eine Energiewende. Mit kreativen Protestaktionen bringt er die Forderungen der Atomkraftgegner auf die Straßen, Schienen oder an Häuserfassaden.

Jürgen Heiser
Seit mehr als 20 Jahren kämpft Jürgen für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe, die derzeit noch in einem Drittel der Länder dieser Erde vollstreckt wird. Sein besonderer Einsatz gilt dem seit 1982 zu Unrecht in der Todeszelle sitzenden Afro-Amerikaner Mumia Abu-Jamal.

Holger Isabelle Jänicke
Holger Isabelle beschäftigt sich vor allem mit den Themen Castor und genetisch veränderte Pflanzen. In Hamburg leitet er ein Rechtshilfebüro, das sich seit Jahren für die rechtliche Vor- und Nachbereitung von Aktionen des zivilen Ungehorsams und anderer Protestformen sozialer Bewegungen kümmert.

Cécile Lecomte
Cécile ist in verschiedenen Bewegungen aktiv. Von Anti-Atom-Protesten über die Besetzung von Genmais-Feldern bis hin zu Blockaden von Nazi-Aufmärschen und Baumbesetzungen gegen Großbauprojekte reicht das Engagement der Kletteraktivistin.

Emanuel Matondo
Emanuel kämpft in verschiedenen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen gegen Krieg, Korruption, Hunger und Armut in Afrika. Dabei setzt er auf gewaltfreien Widerstand und eine zivile Konfliktlösung.

Edgar Schu
Edgar kämpft seit 2004 beim bundesweiten Aktionsbündnis Sozialproteste, das aus den Montagsdemonstrationen entstanden ist, gegen die weitere Verschärfung von Gesetzen gegen Erwerbslose und gegen Lohndumping.

Bruno Watara
Bruno engagiert sich gegen die verfehlte Migrationspolitik und die menschenunwürdigen Verhältnisse in Flüchtlingslagern, die er selbst jahrelang als politischer Flüchtling miterleben musste.

8. LINKE MEDIENAKADEMIE IM MÄRZ IN BERLIN

Gekommen, um sich zu vernetzen

Im Jahr 2010 besuchten bundesweit rund 2.000 Medienmacher und Interessierte die Veranstaltungen der Linken Medienakademie (LiMA). Für das Jahr 2011 erwarten die Organisatoren eine Steigerung auf 3.000 Teilnehmer. Grund dafür ist die stärkere lokale Verankerung durch LiMAregional, eine Serie von bundesweit stattfindenden Regionalkonferenzen, die zusätzlich zur Linken Medienakademie in Berlin organisiert werden.

Von Bernd Hüttner und Christoph Nitz ● Seit 2002 fand die Linke Medienakademie sieben Mal statt. Die Zahl der BesucherInnen und der ehrenamtlichen MitarbeiterInnen stieg immer weiter an, mehr und mehr Medienmacher steuerten Workshops zum Programm bei und schließlich musste sogar ein größerer Veranstaltungsort her. Im März 2011 werden auf der 8. Linken Medienakademie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin über 100 Dozentinnen und Referenten ihr Wissen mit den Besuchern teilen. Unter dem Motto »Grenzenlos« werden NeueinsteigerInnen mit erfahrenen MedienmacherInnen in Textwerkstätten, Layoutkursen, PR-Workshops, Rhetoriktrainings und politischen Diskussionen zusammen kommen, um sich handwerkliches Können anzueignen und um eigene Projekte in Zukunft professioneller gestalten zu können.

Nicht nur die Grenzen zwischen Neueinsteigern und renommierten Medienmachern sollen überwunden werden. Auch die Grenzen und Vernetzungen zwischen »klassischen« und »neuen« Medien sind Thema der Akademie. Doch hinter dem Konzept der Linken Medienakademie steckt auch die Idee, die Herstellung von Gegenöffentlichkeit und einen kritischen Journalismus zu fördern, der die gesellschaftlichen Probleme nicht ausblendet und tiefer gehende Fragen stellt als der Medienmainstream. Heutzutage arbeiten viele Medienmacher unter enormen Arbeitsdruck und in ständiger Konkurrenz zueinander, sodass nur selten Zeit bleibt für hintergründige Recherche und Austausch untereinander. Deshalb fahren im März viele gerne zur jährlichen Konferenz nach Berlin, um sich dort mit anderen zu treffen und zu vernetzen. Andere kommen, weil sie sich auf der Linken Medienakademie zu einem geringen Unkostenbeitrag auf dem Niveau von Journalistenschulen weiterbilden können. Für spezielle Zielgruppen werden auf der LiMA zusätzlich die Subkonferenzen LiMA campus für Studierende, LiMA union für Gewerkschafter und LiMA digital für Web 2.0-Interessierte organisiert.

Doch neben der viertägigen Konferenz in Berlin wird es 2011 in neun Städten zusätzliche Tagungen geben. Auf Wunsch von Teilnehmern wurde bereits in diesem Jahr das neue Format LiMA regional gestartet, das aus jeweils einem Fachvortrag, fünfstündigen Workshops zur Auswahl und einer abschließenden Podiumsdebatte besteht. Im kommenden Jahr sind Regionalkonferenzen in Hannover, Magdeburg, Leipzig, München, Ludwighafen, Bonn, Stuttgart, Erfurt und Frankfurt am Main geplant.●

LiMA, 8. Akademie für Journalismus, Medienkompetenz, Bürgermedien und Öffentlichkeitsarbeit. Berlin, 9. bis 13. März 2011, Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), Campus Oberschöneweide.
Programm und alle weiteren Informationen unter:
www.lima-akademie.de

Bernd Hüttner ist Vorsitzender des LiMA e.V., Christoph Nitz dessen Geschäftsführer.

WIE DIE KAMPAGNE LOSGING

BUNDESWEHR WEGTRETEN!

»Schwer auf die Füße gefallen«

Ein Interview mit W. Steiling durch Ariane Dettloff, Redaktion Köln

Wie bist du zu »bundeswehr wegtreten« gekommen?

Anlässlich des 50jährigen Bestehens der Bundeswehr sollte auf dem Roncalliplatz in Köln ein Rekrutengelöbnis mit anschließendem Zapfenstreich stattfinden, und meine Freundin und ich waren Teil einer Gruppe, die einen antimilitaristischen Beitrag zu diesem Ereignis beisteuern wollte. Ich selbst bin seit jungen Jahren antimilitaristisch geprägt, hatte mich als 17-jähriger entschlossen, den Kriegsdienst zu verweigern, was ja zu der Zeit noch per Gewissensprüfung stattgefunden hat.

Warum wolltest du den Kriegsdienst verweigern?

Weil ich Militär und Soldaten doof und überflüssig fand. Ich glaube, dass ein starker Hintergrund ist, dass ich schon als Junge die Bilder aus dem Vietnamkrieg im Fernsehen mitgekriegt habe. Diese Bilder sind mir immer noch in Erinnerung. Ich glaube, dass das meine Position zu Krieg und Militär stark mit geprägt hat. Damals in den siebziger Jahren bin ich Teil der Sponti-Bewegung gewesen, bin in der Hausbesetzerbewegung aktiv gewesen und habe ein politisches Verständnis entwickelt, das mit der Ablehnung des Staates und der parlamentarischen Demokratie einherging. Meine antimilitaristische Position war ein Teil davon.

Was habt ihr zum Jubiläum der Wiederbewaffnung beigetragen?

Wir haben während des Gelöbnisses ein Transparent vom Kölner Dom entrollt mit der Aufschrift »Wir geloben zu morden zu rauben zu vergewaltigen«. Es war eine Gemeinschaftsaktion von vielen Beteiligten, die gleichfalls gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis protestieren wollten. Zeitversetzt, während des großen Zapfenstreichs, haben zwei andere aus unserer Gruppe aus einem im Domhotel gemieteten Zimmer ein Banner gehängt, mit dem Tucholsky-Spruch »Soldaten sind Mörder«.

Oben auf dem Dom waren wir zu zweit und haben da zwei Kontrollgänge mitgekriegt, die wir irgendwie ganz stickum über uns ergehen lassen hatten und nicht entdeckt worden sind. Es ist also auch Glück gewesen, dass das so super geklappt hat. Klar war, dass wir festgenommen würden. Das Transparent sollte so lange wie möglich zu sehen sein. Es war mir ein tiefes Bedürfnis, auch während die Nationalhymne gespielt wurde, mit unseren Druckluftfanfaren ordentlich Radau zu machen. Wir sind dann von den Feldjägern da oben runtergeholt worden. Die haben uns ordentlich behandelt, was ich nicht selbstverständlich fand. Unten wurden wir der Polizei übergeben, die haben unsere Personalien festgestellt, uns das Transparent (versehentlich) wieder ausgehändigt und uns dann wieder freigelassen. Dann sind wir ein Eis essen gegangen.

Was passierte nach der Festnahme?

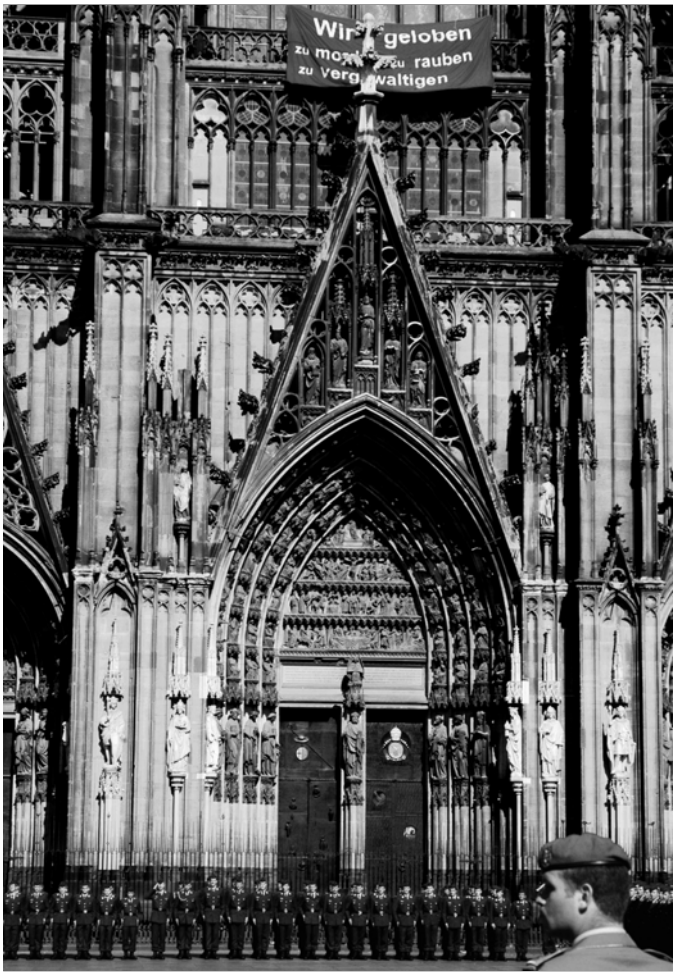
Der Prozess hat eineinhalb Jahre später stattgefunden. Anklagepunkte waren »Beleidigung der Bundeswehrsoldaten, Hausfriedensbruch, Volksverhetzung und Verächtlichmachung des Staates und seiner Symbole«.

Ich hatte einigermaßen Probleme, die ganze Sache ernst zu nehmen, und wollte aus dem Prozess eher eine Slapsticknummer machen. Aber die anderen Beteiligten wollten eine ernsthafte Politnummer. So wie der Prozess dann gelaufen ist, war ich dann doch sehr zufrieden damit. Ich hatte nicht geglaubt, dass er so eine Wirkung entfalten würde. Von daher hat das Ergebnis denen, deren Meinung ich zunächst nicht geteilt hatte, recht gegeben.

In deiner Einlassung vor Gericht hast du besonders den Sexismus des Militärs thematisiert...

Im Vorfeld des Prozesses hatten wir die Erfahrung gemacht, dass es bei Kriegsgegnern überhaupt keine Frage ist, dass das Militär raubt und mordet – aber dass das Militär vergewaltigt, das fanden dann doch viele Leute etwas dick aufgetragen. Deswegen hatte ich es mir zur Aufgabe gemacht, da im Prozess zu versuchen, ein bisschen Licht reinzubringen bzw. das begreiflicher zu machen für das Publikum. Der Prozess hat ja sowieso nur für das Publikum stattgefunden. Wir sind nicht nach dem Motto verfahren »uns wird rfen...«, sondern wir haben von vornherein gesagt: »Wir haben gemacht«. Ich habe auch Wert darauf gelegt, dass ich dazu stehe. Mein Kollege hat zum Thema Globalisierung und Kapitalismus gesprochen.

Wie war das Urteil?



Riesenbanner am Kölner Dom beim ersten öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr in Köln 2005 Foto: bundeswehr wegtreten

Der Prozess ist super glimpflich ausgegangen. Wir sind nur zu je 60 Tagessätzen verurteilt worden. Das hat vor allem auch an der Richterin gelegen. Die hatte sichtlich Mühe, ihre Sympathie für die Aktion zu verbergen. Sie hat zum Beispiel in der Urteilsbegründung gesagt, wenn wir gewusst hätten, dass die Nationalhymne gespielt wurde, hätten wir sicher aufgehört zu lärmen, aber wir hätten das ja da oben gerade wegen unseres Spektakels nicht hören können. Solchen Quark hat die sich da hergeholt, um die Verurteilung wegen Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer Symbole abzubiegen.

Wie ging die Geschichte weiter?

Im Vorfeld des Prozesses gab es eine website mit dem Titel »Bundeswehr wegtreten«, um Nachrichten zum Prozess ins Netz zu stellen. Während des Prozesses ist dann im Grunde genommen die Initiative »Bundeswehr wegtreten« mit Leben gefüllt worden, dadurch, dass Leute von uns, die den Prozess begleitet haben, auf Flyer gestoßen sind, die beim Arbeitsamt im Fenster gehangen haben. Das Kölner Arbeitsamt liegt direkt neben dem Amtsgericht. Auf den Aushängen hat die Bundeswehr für Veranstaltungen im »Biz« (Berufsinformationszentrum) geworben. Da haben sich die Prozessbeteiligten und -begleitenden überlegt: so, da muss etwas passieren, da können wir ja mal gucken, dass die Militärkritik noch ein bisschen weitergeht. Das ist im Grunde die Geburtsstunde der praktischen Initiative »Bundeswehr wegtreten« gewesen. Und in der Folge haben viele Aktionen gegen die Rekrutierung im Arbeitsamt stattgefunden.

Wie viele wart ihr zu dem Zeitpunkt?

Da waren ziemlich viele dran beteiligt, an die hundert vielleicht. Es war schon eine grandiose Wirkung, die der Prozess gehabt hat. Ich glaube, wenn die Bundeswehr geahnt hätte, was da auf sie zugekommen ist, hätte sie versucht, den Prozess abzubiegen. Da ist ihr der Versuch, die Aktion auf dem Roncalliplatz zu kriminalisieren, richtig schwer auf die Füße gefallen.

Welche Erfahrungen hast du bei »Bundeswehr wegtreten« gemacht?

Ich fand es nach einer langen Zeit antimilitaristischer Abstinenz, weil das Thema auf nur wenig Interesse gestoßen ist in den Kreisen, in denen ich mich bewegt hatte, total Klasse, dass eine Gruppe entstand, die kontinuierlich antimilitaristische Aktionen macht. Zunächst ergaben sich für mich ganz neue Erfahrungen: Mit erklärten Pazifisten hatte ich bis dahin nicht viel zu tun, außerdem waren Leute aus der Uniszene dabei und aus der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). In der Zusammenarbeit war für mich vieles neu. Ich fand es jedenfalls einen lustigen Haufen, in dem Ideen sehr schnell aufgegriffen wurden und wo viele lustige Beiträge kamen, wo Aktionen ausgekocht wurden, die so richtig Pepp hatten. Das Herumfantasieren in dieser Gruppe hatte für mich etwas Herzerfrischendes.

Welche Aktivitäten haben dir besonders gefallen?

Besonders nett fand ich z.B. den Chor im Dom beim internationalen Soldatengottesdienst: »Ihr Kriegerlein kommet...« Und auch die Geschichte, mit einer Leiter von außen ans Biz zu kommen und den Bundeswehr-Offizier, der da seine Werbeveranstaltung machte, zu nerven – solche Aktionen haben mich mitgerissen. Die Debatten über Bündnistreffen z.B. anlässlich der Vorbereitungstreffen zum Nato-Gipfel in Straßburg und ähnliche Gremiengeschichten – das törnt mich eher ab, es frisst viel Zeit, und die Aktionen werden weniger. Ich fände es gut, wenn wir wieder mehr zurückfinden würden zu dem »frischen Wind« der Anfangszeit.●

DIE »CLANDESTINE INSURGENT REBEL CLOWNS ARMY«

gab im Prozess vor dem Kölner Amtsgericht zum Vorwurf des Hausfriedensbruchs anlässlich einer Aktion von »Bundeswehr wegtreten« am Arbeitsamt folgende Erklärung ab:

Am 28.06.2007 führte die Bundeswehr im Arbeitsamt auf der Luxemburgerstraße eine Informationsveranstaltung durch. Zweck dieser Veranstaltung war es, neues Menschenmaterial für Kriege in aller Welt zu rekrutieren. Günstig wirkt sich für dieses Bestreben aus, dass Menschen in sozialen Notlagen besonders zugänglich für die Verlockungen der Bundeswehr sind.

An diesem Tag fand sich auch eine kleine Schar uneinsichtiger Menschen ein, die noch nicht erkannt hatten, dass die Bundeswehr ihrem caritativen Auftrag nur nachkommen kann, wenn sie immer weiter mit neuen Menschen aufgefüllt wird. Denn wo gehobelt wird, da fallen Späne, und so ist auch die Bundeswehr nicht vor einem gewissen Schwund gefeit.

Als die Uneinsichtigen die Bundeswehr zunehmend mit schwerwiegender Kritik konfrontierten, wurde klar, dass eine derartige Eskalation der Meinungsfreiheit nicht länger zu tolerieren war. Auch von den eingesetzten Polizeikräften war zu diesem Zeitpunkt nicht zu erwarten, dass sie die Kritik in gewohnter Weise durch den Einsatz von Schlagstöcken in den Griff bekommen würden.

Als man im Hauptquartier der Kölner Clownsarmee von dieser prekären Situation erfuhr, wurde sogleich ein Kommando der Allgegenwärtigen Clownesken Aufruhrbekämpfung (ACAB) in Bewegung gesetzt, um vor Ort eine Krisenintervention durchzuführen. Kurz darauf sprang über dem Arbeitsamt ein Kommando der Clowns mit dem Fallschirm aus einem rosa Meerschweinchen ab.

Vor Ort bot sich den Eliteeinheiten ein Bild des Schreckens: Tatsächlich hatten sich etwa 20 Demonstranten eingefunden, um ihren Protest zu artikulieren. Für die Profis von der Clownsarmee war schnell klar, dass hier nicht nur das Ansehen der Bundeswehr in Gefahr war, sondern darüber hinaus auch noch Zivilisten in abscheulicher Weise Gebrauch von ihren Grundrechten machten.

Im Inneren des Arbeitsamtes allerdings kam es zu einer unerfreulichen Szene. Die dort eingesetzten Polizeibeamten kompensierten ihre vorangegangene Hasenfüßigkeit durch autoritäres Auftreten und forderten die Clownssoldaten auf, das Gebäude zu verlassen. (...)

Das Verhältnis zwischen Clownsarmee und Polizei ist seit jeher angespannt. Ursache hierfür dürfte der latente Neid der Polizisten auf die gut ausgebildeten, gut genährten und vor allem gut aussehenden Einheiten der Clownsarmee sein. Auch bei der Polizei selbst wird dieses Problem gesehen. Kriminaloberkommissarin Schulze-Hobeling, eine ausgewiesene Expertin im Bereich Clownesker Aufruhrbekämpfung, gesteht in der Prozessakte auf Blatt 34 ein: »Die Aktivisten sind stets sehr gut vorbereitet, aufeinander abgestimmt (Strategie!) und im Handeln als Gruppe sehr »effektiv«. Die einzelnen Aktionsformen sind wandelbar, die Möglichkeiten unbegrenzt.«

Deutlich ist aus diesen Zeilen herauszulesen, dass die Polizei in der Clownsarmee einen übermächtigen Konkurrenten in Sachen Repression sieht. Wir können deshalb nachvollziehen, dass die schlecht ausgebildeten Einheiten der Kölner Polizei mitunter unangemessen auf Clownseinsätze reagieren. Aber auch wenn wir ein solches Verhalten nicht gutheißen können, wollen wir Nachsicht zeigen und von rechtlichen Schritten gegen die Kölner Polizei absehen.

Im Übrigen ist der Vorwurf des Hausfriedensbruchs absurd. Immerhin werden hier einige Soldaten der Clownsarmee angeklagt, und es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, dass eine Armee im Einsatz den Frieden bricht. Denn dazu ist sie schließlich da.●

AKTIONSBEISPIELE

BUNDESWEHR WEGTRETEN!

Mit Aufzügen, Gebäck, Skelettkostümen und sonstigen Requisiten

Seit 2005 veranstaltet »Bundeswehr wegtreten« immer wieder Protestaktionen gegen die Armuts-Rekrutierung erwerbsloser Jugendlicher vor bzw. in Arbeitsämtern, neudeutsch Argen. Der kurzweilige Animations-Kurzfilm »Der allgemeine Verteidigungsfrieden« kann von der website www.bundeswehr-wegtreten.org heruntergeladen werden. Für Arge-KlientInnen, die das Info-Büro der Bundeswehr aufsuchen, wurde folgendes Flugblatt entworfen:

Kein Ausbildungsplatz? Kein Geld?

Hast Du schon gehört, dass gewaltsame Übergriffe von Vorgesetzten und Mitsoldaten, Demütigungen, sexuelle Belästigungen, Beleidigungen und Quälereien keine Einzelfälle mehr im Alltag der Bundeswehr darstellen? Es kann Dir passieren,dass Du vor allen anderen lächerlich gemacht wirst, dass Du auf der Erde kriechen musst, weil Du 10 Minuten zu spät gekommen bist. Faustschläge, Arschtritte und in den Schwitzkasten genommen zu werden können ebenfalls zum Ausbildungsrepertoire der Bundeswehr gehören. In Münster wurden 2008 sechs Bundeswehrausbilder zu 10 – 22 Monaten verurteilt, weil sie Rekruten u.a. mit Elektroschocks gequält haben und so eine »Geiselbefreiung« spielen wollten.

Hast Du schon gehört, dass Beleidigungen durch Vorgesetzte für Soldaten oft alltäglich sind und die Drohung mit Vergewaltigung ebenfalls nicht unüblich ist? »Dann müssen wir Sie dummficken«, »Hier gehören einige von Euch anal bestraft, bringt aber nichts, das würde Ihnen ja gefallen«, das sind u.a. Worte, die Du von deinen Vorgesetzten zu hören bekommen kannst.

Tortenbewachung wg. vermutetem Einsatz »Bundeswehr wegtorten« Foto: bundeswehr wegtreten

Hast Du schon gehört, dass Übergriffe oftmals auch von gleichgestellten Soldaten passieren? Mit Esslöffeln wurde einem Soldaten von seinen Kollegen auf die Hoden gehauen. Ein anderer Soldat wurde eine halbe Stunde von seinen Kollegen als Geisel genommen, gefesselt und verprügelt. Mit »Spindsaufen« und »Nierenspiel« vertreiben sich einige Soldaten die Freizeit. (Beim »Spindsaufen« wird während des Alkoholtrinkens einer in den Spind eingeschlossen, durch die Schlitze mit Alkohol bespritzt, der Spind durch die Stube gestoßen und gedroht, ihn aus dem Fenster zu werfen. Beim »Nierenspiel« schlagen sich zwei abwechselnd in die Nieren, bis einer zusammenbricht oder aufgibt. Einem Soldaten musste hiernach aufgrund eines Milzrisses die Milz entfernt werden). In Mittenwald wurden Rekruten von Mitsoldaten gezwungen, rohe Leber zu essen, bis zum Erbrechen Alkohol zu trinken und sich nackt auszuziehen. In der Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne in Augustdorf wurden Angehörige der Panzerbrigade 21 im März 2010 misshandelt.

Hast Du schon gehört, dass Frauen und Homosexuelle beim Militär zusätzlichen Beleidigungen, Belästigungen und Übergriffen von Kollegen und Vorgesetzten ausgesetzt sind? Weißt Du, dass es passieren kann, dass Homosexuelle über ihr Privatleben ausgefragt werden und Frauen gegen ihren Willen versetzt werden, falls sie sexuelle Übergriffe öffentlich machen?

Hast Du schon gehört, dass ausländisch aussehende Soldaten und Soldatinnen oftmals als »Nigger«, »Kanake«, »Quotenneger« und »Negerschlampe« beschimpft werden und ihnen Gewalt angedroht wird? »Am besten eine Handgranate in euer Zelt« wurde dunkelhäutigen Soldaten von anderen zugerufen.

Die Informationen sind den Berichten des Wehrbeauftragten des Bundestages 2004 – 2009 entnommen und geben einen Bruchteil wieder von dem, was beim Militär wirklich passiert. Es sind nur die gemeldeten Vorfälle!●

Auszug aus dem Arbeitsamts-Flyer von »Bundeswehr wegtreten«

»BUNDESWEHR RAUS AUS DER SCHULE«

2008, als die Schulministerin der schwarz-gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen ein Kooperationsabkommen mit der Bundeswehr abschloss, initiierte »Bundeswehr wegtreten« die Kampagne »Bundeswehr raus aus der Schule«, die mittlerweile viele MitstreiterInnen und Nachfolgeprojekte in zahlreichen anderen Städten und Regionen gefunden hat. Ein Netzwerk »Schulfrei für die Bundeswehr« arbeitet in Süddeutschland, und die DFG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner Innen) hat die Militarisierung der Schulen sowie den Kampf dagegen zum Schwerpunktthema gemacht. Die Informationsstelle Militarisierung »imi« hat dazu reichlich Material publiziert (www.imi-online.de). Auf der website von »bundeswehr wegtreten« ist neben Aktionsbeispielen auch viel Informationsmaterial dazu zu finden (www.bundeswehr-wegtreten.org)

Dieses Banner begleitet Einsätze der Kampagne an Schulen Foto: bundeswehr wegtreten

Die »Kölner Initative Schule ohne Bundeswehr«, ins Leben gerufen von »Bundeswehr wegtreten«, hat folgende Erklärung initiiert und gemeinsam mit dem Kölner Friedensforum, der Jungen GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), der BezirksschülerInnenvertretung und dem Friedensbildungswerk Köln verbreitet (gekürzt):

»Die Schule der Nation ist die Schule«

»Aus aktuellem Anlass scheint uns geboten, auf diesen Grundsatz in Willy Brandts erster Regierungserklärung zurückzukommen. Er setzt sich damit von der altbekannten Formel »Armee als Schule der Nation« entschieden ab und fordert die »Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozess die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten.«

Wir erinnern daran, weil die Bundeswehr von Jahr zu Jahr breiter angelegte Reklamefeldzüge veranstaltet, um Jugendliche, meist Minderjährige, für das Soldatenhandwerk zu gewinnen. So sollen in diesem Jahr 40 Städte vom so genannten »Karriere-Treff« der Bundeswehr angesteuert werden. Damit ganze Klassen das mobile Werbe-Event besuchen, werden Schulen angeschrieben, 2008 mehr als 1.700 Mal, doppelt so oft wie 2007. Für 2009 sind 599 Einsätze bei Jugend-Freizeit- und Bildungsmessen vorgesehen. Außerdem sind Arbeitsämter und Berufsberatung direkt an Schulen Ziel der Jugendoffiziere und so genannten Wehrdienstberater. Vielleicht gravierender als diese sichtbaren Auftritte sind Versuche, durch Einflussnahme auf den Unterricht frühzeitig motivierte Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen. Dem dienen Lehrerfortbildungen, vorgefertigte Unterrichtseinheiten, Freizeitangebote mit Abenteuerflair oder auch Seminare mit dem Strategiespiel POL&IS. Dies alles soll die Jugendlichen in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat durch einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr diesen Werbefeldzügen in Richtung Schule Tür und Tor geöffnet.(...)

Die Erfahrungen beider Weltkriege verlangen es, sich mit friedenspolitischen Strategien und der Demagogie bei der Vorbereitung von Kriegen auseinander zu setzen. Deshalb wehren wir uns gegen die zweckgeleitete Beeinflussung von Jugendlichen durch die Bundeswehr. Das Militär hat an Schulen, Arbeitsämtern, Bildungsmessen nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an den Schulen geben, keine Unterrichtseinheiten, die Schüler auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten, keine Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.«

Der Aufruf wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie zahlreichen LehrerInnen und Hochschullehrenden, SchülervertreterInnen, Prominenten von Kabarettisten wie Wilfried Schmickler, Heinrich Pachl und Jürgen Becker, Autoren wie Roger Willemsen und Günter Wallraff bis Journalisten wie Martin Stankowski und Musikern wie Klaus dem Geiger unterzeichnet. Die Unterschriftensammlung wird fortgesetzt. Die rot-grüne (Minderheits-) Landesregierung NRW ist aufgefordert, das Kooperationsabkommen der CDU-Vorgängerregierung mit der Bundeswehr zu kündigen. Ein entsprechender Antrag der »Linken« ist eingebracht worden. Allerdings gibt es Widerstände dagegen. Von den »RealpolitikerInnen« wird ein Weichspüler-Kompromiss nach dem Motto: »wenn Bundeswehr, dann auch Friedensbewegung in die Schulen« angepeilt – Ausgang offen.●

»BUNDESWEHR WEGKLICKEN«

Auf der Computerspielemesse in Köln »Gamescom 2010« verteilten AktivistInnen von »Bundeswehr wegtreten« einen Flyer gegen die Präsenz der Bundeswehr dort und dekorierten den Stand mit Klopapier. Auf einem ausgestellten Feldjägermotorrad fand sich ein fliegenumtanzter (Plastik-) Scheißhaufen. Beides erregte Heiterkeit im Publikum und Ärgernis bei den Ausstellern.

Die Bundeswehr spielt nicht – sie tötet
Die Bundeswehr auf der Gamescom 2010
Die Bundeswehr macht sich im Rahmen ihrer Werbestrategien an Schulen, Unis und Arbeitsämtern breit, um an neues Kanonenfutter für Auslandseinsätze zu gelangen. So auf dieser Spielemesse: die Bundeswehr ist mit einem Stand vertreten! Sie hat aber auch hier nichts zu suchen.

KRIEG heisst GAME OVER !
KRIEG ist blutiger Ernst, hier hören Spiel und Spass auf ! Die BUNDESWEHR lockt Menschen zum Töten. Sie gaukelt technik-und spielbegeisterten Menschen vor, dass Militär und Kriege »Saubere Sachen« seien. Tolle Abenteuer warten – wie auf der Spielekonsole. Krieg sei notwendig- zum Aufbau von Demokratie und zum Schutz »unserer« Rohstoffe. Kriege seien »Humanitäre Hilfsaktionen«. Dass es Tote, besonders viele »Kollateralschäden« (90% Zivilopfer) gibt, wird nicht erwähnt!

Die BUNDESWEHR blendet die Realität per Computer aus. Sie organisiert Kriegseinsätze wie Spiele. »Drohnen« zum Töten von Menschen werden z.B. real per Joystick gesteuert. Die BUNDESWEHR erklärt Menschen nicht , dass man im Gegensatz zum »virtuellen« den realen Krieg nicht per Exit-Button beenden kann, dass man die Toten und die Zerstörungen nicht per Mauseklick »löschen« kann.

Es gibt kein zweites Leben!
BUNDESWEHR WEGKLICKEN
Klopapier gegen Scheißspiele!

»BUNDESWEHR WEGSCHIRMEN«

Auf Marktplätzen, in Stadien, auf Messen präsentiert die Bundeswehr ihren »Karriere-Treff«, um Jugendliche anzulocken und zu -werben.

In der Selbstdarstellung der Bundeswehr erfährt mensch, mit welchem Aufwand die Truppe dabei vorgeht:

»Ein rollendes Informationszentrum präsentiert zukünftig die Bundeswehr als Arbeitgeber. Karrieretruck, Kinotruck, Kletterwand und Bühnentruck sollen die Jugendlichen überzeugen. Neben Videos über die Bundeswehr, menügesteuerten Touch-Screen-Bildschirmen mit Informationen über Laufbahn-und Karrierechancen, werden die Jugendlichen auch individuell beraten. Auch modernes Großgerät ist dabei, wenn das mobile Informationszentrum zu den Jugendlichen kommt. Während auf der Bühne des Trucks ein Top-Act Charthits zum Besten gibt, tummeln sich technikinteressierte beim Luftlandefahrtzeug Mungo...«

Den Auftritt des »Karriere-Trucks« der Bundeswehr ausgerechnet auf dem Bonner Friedensplatz (!!) im September 2010, den die örtliche Friedensbewegung mit Kundgebung und Infostand, stelzenden Großpuppen und Maskeraden begleitete, wollte auch »Bundeswehr wegtreten« nicht versäumen und organisierte den »Antimilitaristischen Abschirmdienst«, der das Bundeswehr-Fahrzeug mittels Wandschirm großflächig abdeckte, so dass eine Stunde lang lediglich vereinzelt Passanten den Weg dorthin fanden: »Bundeswehr wegschirmen« lautete die Aufschrift der blickdichten drei Meter hohen Stoffwand.

GESCHLECHTERKONSTRUKTIONEN

BUNDESWEHR WEGTRETEN!

Gewalt-Logiken im gesellschaftlichen (Kriegs)Alltag

Gedanken von Christiane Beise, Initiative »Bundeswehr wegtreten«

Meine politischen Wurzeln liegen in der autonomen Frauenbewegung und im Internationalismus. Ein zentrales Moment, mich mit Antimilitarismus näher zu beschäftigen, war die Aktion, aus der die Gruppe entstanden ist, das Gelöbnis und die 50-Jahr-Feier der Bundeswehr. Ein großes Transparent wurde zu Beginn der Gelöbniszeremonie am Kölner Dom entrollt: »Wir geloben zu rauben zu morden und zu vergewaltigen«. Vergewaltigung in Kriegen wurde in feministischen Kreisen schon länger thematisiert. Mich hat angesprochen, dass sexuelle Gewalt als Kriegsstrategie bei einer antimilitaristischen Aktion ausdrücklich genannt worden ist.

Ich verstand mich nicht als Teil der Friedensbewegung, obwohl ich zu den großen Demonstrationen gegangen bin. Es war nicht mein primäres Aktionsfeld. Meinen Ansatz von Antimilitarismus begreife ich als einen, der Politik, Alltag, Geschlechterverhältnis und die Zurichtung von Geschlechtern thematisiert. Das ist in der Gruppe bisher nur am Rande geschehen.

Es gibt Ansätze für die Einbeziehung der Geschlechterthematik in der Praxis. Zum Beispiel bei der Aktion vor dem Arbeitsamt mit den Torten und das »Bundeswehr wegmehlen« mit dem pink eingefärbten Kuchenmehl. Die Farben rosa oder pink werden als antimilitärische Farben verstanden, sie symbolisieren das Gegenteil von aggressiver Männlichkeit. In verschiedenen Flyern wird der Zusammenhang zwischen sexueller Gewalt und Kriegsstrategien benannt, in Vorträgen die Verbindung zwischen Gender, Alltag und Krieg hergestellt.

Es ist nötig, die Geschlechterverhältnisse aufzubrechen

Am Anfang der Kampagne war der antipatriarchale Aspekt stärker präsent. Er hat ja auch im Prozess nach der Festnahme der Leute, die das Transparent am Kölner Dom entrollt hatten, eine wichtige Rolle gespielt. Vergewaltigungen finden nicht nur unter Kriegsbedingungen statt, sondern im Alltag. Ich glaube, wenn es in Gesellschaften keine Formen sexueller Gewalt gibt, werden auch keine Kriege mehr geführt.

Polizisten sagen, wenn sie nicht den Knüppel ziehen, werden sie als »Weicheier« bezeichnet. Wenn sie anerkannt werden und ihre Männlichkeit präsentieren wollen, dann müssen sie Härte zeigen. Das Pendant dazu ist die liebevoll fürsorgende Frau – also Zurichtungen gibt es auf der anderen Seite auch: die Frau, die entweder Opfer ist oder diese Männlichkeit stützt. Beides bedingt sich gegenseitig, beide Konstruktionen von Geschlechtern: das klassisch Männliche und das klassisch Weibliche. Das aufzubrechen ist mein Interesse, sonst werden wir den Krieg nicht los.

Außerdem gehört für mich Krieg oder kriegerische Auseinandersetzungen zum kapitalistischen System, ebenso wie es mit dem Nationalstaatensystem verknüpft ist. Es ist eine Form gesellschaftlicher Organisation, die unabdingbar Hierarchien braucht: ein Oben und ein Unten; Konstruktionen und Einteilungen in »wertvoll« und »nicht wertvoll«, ungleiche Geschlechterverhältnisse usw. Damit wird immer sozial und gesellschaftlich ein- und ausgeschlossen, es gibt Profiteure und Verlierer. Das ist etwas, was wir aus unserem Alltag kennen und das die Basis auch für Kriege ist.

An uns selbst, den AktivistInnen von »Bundeswehr wegtreten« ist die patriarchale Geschlechterdominanz natürlich auch nicht vorbeigegangen. Nicht jedeR von uns unterscheidet zwischen Gender und biologischem Geschlecht. Es gibt auch herkömmliche Dominanzen im Sprechverhalten – allerdings nicht nur an das Geschlecht geknüpft. Die Männer in der Gruppe sind nicht besonders machomäßig drauf und haben die Offenheit, zuzuhören. Sie sind sich dessen bewusst, dass es eine gesellschaftliche Geschlechterungerechtigkeit gibt, die sie ablehnen. Aber ob sie die Verbindung zwischen Genderkonstruktion und der Herstellung von Kriegsmentalität ziehen, da bin ich mir nicht sicher. Mir ist in der Gruppe das Interesse, sich mit patriarchalen Strukturen, mit Alltagsgewalt und Alltags-Rollenzurichtung zu beschäftigen und sie als Teil antimilitaristischer Arbeit zu begreifen, zu wenig entwickelt. Ich selbst bringe die Thematik auch zu selten ins Alltagsgeschäft des Antimilitarismus ein.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die alltäglichen Gewaltkonstruktionen und -mentalitäten, die in der eigenen Gesellschaft geschaffen werden, Thema sein müssen für eine antimilitaristische Bewegung. Machtverhältnisse abzuschaffen heißt auch, sich mit einer Strategie zur Veränderung von Männlichkeit zu befassen.

Gewaltbereitschaft in den (männlichen) Individuen thematisieren

Die Ökonomie spielt für Kriegsstrategien eine zentrale Rolle. Aber das ist das, was wir schon immer benennen. Doch die Gewaltbereitschaft, die in den Individuen, vor allem in Männern erzeugt wird durch Erziehung, Medien, Arbeitsverhältnisse und über ihre Teilhabe an Macht, das ist zu wenig Gegenstand in der Antikriegsbewegung. Ich kann es einbringen, aber es folgt eigentlich nichts daraus. Es wäre toll, auch praktische Aktionen aus solchen Erkenntnissen entstehen zu lassen. Es ist einfacher, den Waffenproduzenten zu lokalisieren und dort eine Aktion zu machen oder sich gegen die Bundeswehr in der Schule zu wehren, ohne zu thematisieren, dass patriarchale Geschlechterkonstruktionen einen wesentlichen Anteil an Kriegsführung haben.

Neulich gab es ein Interview im Kölner Stadtanzeiger mit einem Journalisten, der sich drei Monate in einem Bundeswehr-Camp in Afghanistan aufgehalten hat und der Frage nachgegangen ist: Was motiviert die jungen Soldaten zwischen 20 und 25, Krieg zu führen – was interessiert sie daran? Er hat festgestellt, dass Politik diese jungen Männer überhaupt nicht interessiert, sondern das Abenteuer und das Kameradschaftsgefühl in der Truppe. Ich würde es als Corpsgeist bezeichnen. Es führt dazu, nur noch nach Befehl und Gehorsam zu agieren und zu töten – ob jemand ein Bauer ist oder ein Taliban spielt keine Rolle, denn es ist eine Person, die als Feind definiert worden ist. Von daher meinen sie das Recht zu haben, zu töten – das ist für mich auch ein Ausdruck patriarchaler menschenverachtender Denk- und Handlungsstruktur.

Oder eine Geschichte aus dem Irak, als junge Soldaten Karten spielten und tranken und irgendwann ein junges Mädchen im Haus gegenüber sahen. Sie gingen hin, vergewaltigten es, übergossen es mit Benzin und zündeten es an. Das sind meiner Ansicht nach keine Ausnahmen, sondern darin drückt sich die alltägliche Brutalität des Krieges aus. Und es ist eine Struktur, die das Militär insgesamt immer wieder erzeugt. Dennoch wird betont, man sei eine friedenschaffende Truppe. Es werden aber Verhaltensweisen und Mentalitäten verlangt, die Aggressivität und Gewalt produzieren, wie sie auf den Kriegsschauplätzen gebraucht werden.

Auch Frauen funktionieren in den patriarchalen kriegerischen Strukturen. Die Frauen in der Bundeswehr liefern Beispiele dafür. Es ist eine scheinbar widersprüchliche Angelegenheit, wenn Frauen einen männlich definierten Job machen. Aber nur dann, wenn man die Begriffe biologisch definiert. Ich benutze daher gerne den angelsächsischen Begriff Gender, weil der nicht an das biologische Geschlecht gekoppelt ist. Patriarchales Verhalten können sowohl Männer als auch Frauen an den Tag legen.

Das Machtverhältnis zwischen Männern und Frauen bleibt dennoch bestehen, gerade beim Militär. Frauen im Militär sind von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung und Anmache genauso betroffen wie hier auf der Straße oder zu Hause. Nichtsdestotrotz können Frauen auch dort Täterinnen sein. Allerdings gibt es immer noch die Deckelung nach oben: Nur 15% der Bundeswehrsoldaten dürfen Frauen sein. Den Prozentsatz haben sie zwar noch nicht erreicht, aber mehr sollen es nicht sein, weil dann das Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern kippt. Das wird aber noch gebraucht für die Kriegsführung.

Bundeswehr-Rekrutierer flieht vor pinkem Mehl-Einsatz »Bundeswehr wegmehlen« Foto: Ida Anger

Feministische Erkenntnisse einbeziehen

In den Aktionen von »Bundeswehr wegtreten« ist ein antipatriarchaler Ansatz erst ein kleines Pflänzchen. In unseren Texten wird er gelegentlich thematisiert. Und wir verwenden bei unseren Aktionen gern die Farbe rosa oder pink als Antikriegsfarbe. Doch es ist nicht einfach, politische Aktionen, die den antipatriarchalen Charakter transportieren, zu entwickeln. Wir sollten ein bisschen mehr Zeit auf diese Herausforderung verwenden. Ein grundlegender Wandel in den Geschlechtsbeziehungen muss Teil von Friedensbemühungen sein und darin zum Ausdruck kommen. Ich stimme der britischen Feministin und Friedensaktivistin Cynthia Cockburn zu, die in ihrem Artikel »Zum Frieden gelangen: mit welcher Art Bewegung?« fordert: »Wenn die geschlechtlich geprägten Kulturen alltäglicher Gewalt zu einer allgemeinen Bereitschaft, Krieg zu akzeptieren, führen, dann müssen die Geschlechterbeziehungen, wie wir sie kennen und leben, als tatsächlich ursächlich für Kriege erkannt werden.«

Judith Butler formuliert in ihrem neuen Buch »Raster des Krieges« einen umfassenden Friedensbegriff, den ich interessant finde. Sie meint, dass »spezifische Leben« nur dann als beschädigt oder zerstört wahrgenommen werden können, wenn sie zuvor überhaupt als lebendig wahrgenommen worden sind. Leben ist Leben, aber ob wir ein Leben betrauern können, ist entscheidend. Wichtig ist, wie und mit welcher Würde Leben gelebt werden kann, ohne Krankheit, Armut, Hunger, Vertreibung und Gewalt.

Was sagt uns die Zahlung von 400.000 $ des irakischen Staates – auf Druck der US-Regierung – für US-Bürger, die gegen ihren Willen vor dem Krieg im Irak festgehalten wurden; und was sagen uns die 5.000 $, mit denen die Familien der Toten in Kundus von der Bundesregierung abgespeist werden? Welchen Wert hat Leben und wer legt diesen fest?

Im militärischen Denken gibt es letztendlich, um Konflikte zu lösen, nur den gewaltsamen Weg. Militärische Mittel grundsätzlich in Frage zu stellen als Option für Frieden, das ist leider kein gesellschaftlicher Konsens. In Filmen, in Krimis, in Computerspielen, überall sind gewaltförmige »Lösungen« im Spiel, auch im POL&IS-Spiel der Jugendoffiziere, das als pädagogisch wertvoll an Schulen eingesetzt wird.

Für mich heißt antimilitaristische Politik zu machen, die politischen und sozialen Logiken des Militärischen zu begreifen, anzugreifen und zu unterlaufen. Das ist das, was wir bei »Bundeswehr wegtreten« versuchen, dem Militärischen die Basis zu entziehen. Indem wir unter anderem die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) bekämpfen, ob in den Kriegsgebieten als »Vernetzte Sicherheit« d.h. die Einbindung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in die Kriegsstrategien oder die Präsenz der Bundeswehr im zivilen Leben hier in Schulen, Arbeitsagenturen, in Rathäusern, im Zivil- und Katastrophenschutz, über das Outsourcing von Logistikaufgaben – diese Art der Militarisierung nehmen wir nicht hin.

Herrschaftsansprüche in Frage stellen

Für mich persönlich ist zudem der antikolonialistische Aspekt bedeutend. Die Legitimation für Unterdrückung und Versklavung der Menschen in den sich gewaltsam angeeigneten Ländern (Kolonien) lautete: »Wir bringen die Zivilisation und die christliche Religion.« Vor allem wollte man die »Wilden« zur Arbeit erziehen. Heute heißt es: »Wir bringen die Demokratie, wir bringen die Frauenrechte«, aber es passiert nichts anderes als vor 120 Jahren in den Kolonialkriegen. Es gibt Parallelitäten. Sie zeigen sich vor allem in dem Herrschaftsanspruch der westlichen abendländischen Kultur.

Die »Herrenmenschen« meinen immer noch, dass an ihnen der Rest der Welt genesen soll – das ist im übrigen auch ein sehr patriarchaler Gedanke. Wer sagt, dass eine parlamentarische Demokratie das Beste für die Menschheit überhaupt ist? Es gibt andere, viel bessere gesellschaftliche Modelle, die eine unmittelbare Beteiligung und Verantwortung der Menschen für gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse und damit für sich selbst ermöglichen. Chiapas ist ein Versuch in diese Richtung: mit autonomen Gemeinden, in denen indigene Autonomie über eine Räte-struktur praktiziert wird, der Verabschiedung der revolutionären Frauengesetze, der Beendigung von Ausplünderung und Privatisierung der natürlichen Ressourcen.●

PROJEKT-KOOPERATIONEN

BUNDESWEHR WEGTRETEN!

Aktion in feinem Zwirn

Projekt »Rote Aktion Kornstraße« zur Kooperation mit »Bundeswehr wegtreten«:

Folgt man der Internetpräsenz der Gruppe »Bundeswehr Wegtreten«, dann beginnt ihre Geschichte mit der Aktion am Kölner Dom zur 50-Jahr-Feier der Bundeswehr: »Wir geloben zu morden, rauben und vergewaltigen« lautete damals das Transparent, das über dem Portal des Kölner Domes entrollt wurde.

Es war auf jeden Fall der erste Punkt, an dem wir »Bundeswehr Wegtreten« zur Kenntnis genommen haben. Neben dem Respekt, den diese Aktion bei uns auslöste, gab es noch ein anderes Moment: Wir hatten uns im Jahr vorher der Initiative »Wiederentwaffnung jetzt! 50 Jahre Bundeswehr sind 50 Jahre zu viel.« angeschlossen. Hatten das Ganze als Initiative propagiert, und dann machten da Leute bereits das, wovon wir zu dem Zeitpunkt nur redeten und dazu hatten die einfach einen anderen Namen. *Nicht Wiederentwaffnung jetzt!* sondern *Bundeswehr Wegtreten*. Was wollte *Wiederentwaffnung jetzt!:* Nicht weniger sein, als eine Strategie der Wehrkraftzersetzung, die mit ihren drei Linien **Desertion, Sabotage und Ächtung** den Militärapparat außer Funktion und Tritt bringen wollte. Demgegenüber kam und kommt *Bundeswehr Wegtreten* etwas weniger vollmundig daher: »Zielsetzung der Initiative Bundeswehr-Wegtreten ist es, die Bundeswehr in ihrem Streben nach mehr gesellschaftlicher Akzeptanz bei ihrer Selbstinszenierung im öffentlichen Raum anzugreifen. Das Motto: Wer die Öffentlichkeit sucht, muss sie auch ertragen!«

Was uns vom ersten Moment an gemeinsam war: Beide Initiativen standen für eine direkte und unmittelbare antimilitaristische Praxis. Dass letztlich *Bundeswehr Wegtreten* eine viel größere Resonanz hatte, lag wohl darin begründet, dass zum einen hinter dieser Initiative auch eine konkrete Gruppe stand und dass man zweitens genau wusste, was zu tun sei: »Schwerpunkt sind die Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr an Arbeitsämtern, Messen, Schulen und Universitäten sowie die »KarriereTreffs« der Bundeswehr in den Innenstädten.« Wir brauchten erheblich länger, bis wir in Bezug auf die 1. Panzerdivision, die ihren Sitz in Hannover hat, sagen konnten: »Es wird keinen öffentlichen Auftritt dieser Truppe geben, ohne dass es Widerstand und Widerspruch gibt.«

Kampagne will Verabschiedung der Bundeswehr aus dem Rekrutierungsbüro im Kölner Arbeitsamt feiern — Foto: bundeswehr wegtreten

Wenn man kontinuierlich im antimilitaristischen Widerstand aktiv ist, dann begegnet man sich an der einen oder anderen Stelle: auf Kongressen und Tagungen wie auf der Straße. Da lernt man sich schätzen und da liegt es nahe, auch die eine oder andere Aktion zusammen zu machen.

Seit einigen Jahren hatten wir Protest und Widerstand gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision organisiert. Die Polizei hatte uns in »Hamburger Gitter« eingepfercht, die Bundeswehr den Eingang zum Fest verlegt und somit mehr und mehr unsere Konfrontation mit den über 5.000 geladenen Gästen dieser Veranstaltung unmöglich gemacht. Der Hamburger Gitter-Kessel musste durchbrochen werden. Zwar hatten sich auch in den letzten Jahren einzelne aufgemacht, um in feinem Zwirn direkt auf das Fest zu gelangen und dort zu agieren, aber wir wollten es mit vielen.

Die Idee war, einen »Überraschungsbesuch« zu machen. Wir fahren mit einem Bus voller AktivistInnen vor den Eingang zum Fest und blockieren denselben mit einem blutigen Die-In. Ein eher klassisches Mittel der Friedensbewegung wird zu einem Mittel der direkten Intervention. Neben anderen haben wir für diese Aktion mit »Bundeswehr Wegtreten« gesprochen. Es war wirklich schön, gleich beim ersten Gespräch Verständnis dafür zu spüren, was die Aktion soll, was man damit erreichen kann und was man dafür braucht. Es war wirklich eine gemeinsame Aktion und sie hat dank dieses gemeinsamen Engagements auch geklappt.

Bei all dem – es gibt auch Unterschiede und Trennendes: »Bundeswehr Wegtreten« interpretiert die aktuellen Kriege als Transformationskriege. Deren Ziel ist die Transformation »rückständiger« Gesellschaften für die Erfordernisse des kapitalistischen Weltmarktes. Dem gegenüber hatten wir die Militarisierung imperialistischer Außenpolitik als Element eines Krisenmanagements bezeichnet; ein Krisenmanagement, das sich gerade durch die Abwesenheit von Modernisierungs- und Entwicklungsstrategien auszeichnet und das militärische Intervention an die Stelle des Politischen setzt. Von Stabilisierung durch Destabilisierung haben wir gesprochen. Was zu diskutieren wäre!

Eine unbeantwortete Frage für uns alle ist die nach der überregionalen Organisation, ob wir es nun glauben oder nicht. Stellen wir uns zum Beispiel der Herausforderung, die mit der Abschaffung der Wehrpflicht auf uns zu kommt. Die Frage der Rekrutierung wird damit zu einem zentralen Problem der Bundeswehr – die Schule als Ort des Zugriffs auf den zukünftigen Nachwuchs rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt.

Dabei wird die immer schon existierende Zusammenarbeit zwischen Militär und Schule durch Kooperationsverträge mit den Kultusministerien zum Zwangsverhältnis. Reicht es da aus, mit der zweifellos richtigen Verhinderung von Schulveranstaltungen zu antworten? Bedarf es nicht eines überregionalen Akteurs der radikalen Linken, um den notwendigen Druck zu entfalten, diese Zusammenarbeit zu kippen?

Eine Frage, deren unterschiedliche Beantwortung uns nicht daran hindern wird, auch in Zukunft gemeinsam aktiv zu werden. Überraschend, unkonventionell und subversiv. Wir sollten uns erlauben, von den unterschiedlichen Blickwinkeln und Perspektiven der jeweils anderen zu profitieren.●

»BUNDESWEHR WEGTRETEN« GEGEN »ZIVIL-MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT«

Kriegsmaschinerie im Schafspelz

Anders als andere Friedens- und antimiltaristische Gruppen fokussiert »Bundeswehr wegtreten« nicht nur die laufenden Kriege der Bundeswehr im Ausland, sondern befasst sich zentral auch mit ihrem viel weniger öffentlich bekannten Wirken im Inland und im Alltagsbetrieb der verschiedensten zivilen Institutionen, die sie immer stärker durchdringt.

Von Mark Winter ● Auf der Tagesordnung der »Sicherheits«politiker steht, die Ablehnung der Kriegseinsätze in der Bevölkerung mit dem Auftreten der Bundeswehr als »fürsorgende« Armee zu überwinden. Der Katastrophenschutz verschaffte die Eintrittskarte: Wer kennt sie nicht, die sandsackschleppenden Soldaten, die vergessen machen sollen, dass sie zum Töten ausgebildet sind?

Das Ergebnis heute: in allen Leitstellen zum Katastrophenschutz sitzen nun auch Reserveoffiziere der Bundeswehr. Nicht die zivilen Feuerwehren werden gestärkt, sondern das Militär. Das Bundeswehr-Krankenhaus in Berlin ist 2008 in über 8.000 (!) Notarzt- und Rettungseinsätzen aktiv gewesen. Es soll Alltag sein, wenn Militärs mit Blaulicht zur Unfallstelle fahren. Warum wird der zivile Rettungsdienst nicht ausgebaut, wenn Krankenwagen und Ärzte fehlen?

Die Botschaft heißt auch: Ohne Militär geht nichts mehr. So knüpft der Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) finanzielle Zusagen für zivile Hilfsorganisationen in Afghanistan an ihre Bereitschaft zur Kooperation mit der Bundeswehr, und als ehemaliger Fallschirmjäger macht er schon mal klar: »Wenn einige Nichtregierungsorganisationen eine besondere Bundeswehrferne pflegen wollen, müssen sie sich andere Geldgeber suchen«.

Auch die Hochschulen werden unter Druck gesetzt. Ihre Abhängigkeit von Forschungsgeldern aus der Industrie wird genutzt, um sie für Kriegsforschungen einzuspannen. Der »Sonderforschungsbereich 700« (SFB) »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit«, dem etwa 50 Wissenschaftler und 30 Doktoranden angehören, ist »anwendungsorientiert« und greift unter anderem auf die Kolonialherrschaft zurück, um diese für heutige Einsätze nutzbar zu machen. Als »Räume begrenzter Staatlichkeit« werden dabei durchaus auch Pariser Vorstädte und Stadtteile wie Neukölln identifiziert. »Bundeswehr wegtreten« unterstützt universitäre Initiativen, die mit einer Friedensklausel derartige Kriegsforschungen unterbinden wollen.

Insgesamt dient die krakenartige Ausbreitung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit dazu, Deutschland kriegsfähig zu machen. Noch vor 20 Jahren schien das undenkbar. Denn noch war die Schuld am ersten Weltkrieg mit über 20 Millionen Toten nicht verblasst. Nie wieder Krieg, nie wieder Angriff und militärische Intervention, das schien gesichert.

Düren: zum Probeliegen wird ein Sarg neben dem »Karriere-Truck« der Bundeswehr angeboten — Foto: bundeswehr wegtreten

Doch dann nahmen die neuen Kriege zur globalen Veränderung sozialer Verhältnisse Konturen an, im Irak, In Jugoslawien, in Afghanistan. Es ging nicht nur um Rohstoffe. Es ging darum, die Weltgesellschaft zuzurichten auf die neuen Anforderungen kapitalistischer Verwertung. Die amerikanische NSS (Neue Sicherheitsstrategie), das Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums, die »Bertelsmann Venusberg Gruppe« sprechen eine deutliche Sprache. Schon Blockierungen der »wirtschaftlichen Entwicklung«, ob durch Widerstand, unprofitable Mentalitäten oder Kulturen avancierten zu Gefährdungen der Sicherheit und damit zum Interventionsgrund.

Die Allgegenwart des Militärs in Form eines engmaschigen Netzwerks zwischen öffentlicher Infrastruktur, Dienstleistungsunternehmen, Forschung, Medien und Politik eröffnet vielfältige Möglichkeiten der Konfrontation. Die Kampagnen »Bundeswehr raus aus der Schule« und »Keine Ausbildung zum Krieg«, finden breite Unterstützung. Das militärische Engagement des Logistikkonzerns Deutsche Post/DHL als internationaler Kriegsdienstleister (die »Feldpost« z.B. wird von DHL abgewickelt) stößt zunehmend auf Widerstand. Gegen die Commerzbank als Initiator des »Celler Trialogs« zur reibungsärmeren Verzahnung von deutschen Unternehmen, Politik und Bundeswehr haben die ersten Proteste stattgefunden.

Wir wollen nicht zu optimistisch sein, aber das Aus für Europas größten Bombenabwurfplatz im Nordwesten von Brandenburg, die Störungen und Verhinderungen von Gelöbnis-, Werbe- und Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr sind Zwischenergebnisse, die hoffen lassen. Noch ist es zu früh zu sagen, dass damit die offensiven Attacken der Bundeswehr im Inneren ins Hintertreffen geraten sind. Doch die Schließung des »Bombodroms« zeigt, dass zäher Widerstand gegen die Kriegsmaschinerie erfolgreich sein kann.●

Klammheimliche Militarisierung im Innern

»Bezirks- und Kreisverbindungskommandos« flächendeckend installiert

Hässliches Amtsdeutsch: »Bezirksverbindungskommando, Kreisverbindungskommando« – hä?? Noch hässlichere Realität: In sämtlichen Rathäusern und Landratsämtern der Republik sind ohne großes öffentliches Aufsehen Militärinstitutionen eingerichtet worden, die kaum jemensch kennt. Jeweils zwölf Reservisten gehören diesen Kommandos an, die »die zivilen Verwaltungen in militärischen Fragen beratend unterstützen«. Doch diese »Beratung« ist höchst verbindlich. Denn die Verbindungskommandeure handeln auf Weisung ihrer militärischen Vorgesetzten, nicht der BürgermeisterInnen. Und die »militärischen Fragen« schließen durchaus auch innere Unruhen und Anti-Terrormaßnahmen ein.

Auf welches Equipment die Krisenstäbe zugreifen können, ist nicht genau definiert. Doch beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2008 war zu erleben, was dazu gehört: Tornados, Panzer und Hubschrauber. Und mensch konnte erfahren, was unter »schweren Unglücksfällen und Katastrophen« auch zu verstehen ist: die Ausübung des Demonstrationsrechts der Bürgerinnen und Bürger. Besonders erschreckend bei alledem ist die neuerliche Verquickung von Polizei und Militär, die nach den Erfahrungen unter dem Nazi-Regime ausdrücklich untersagt worden war.●

10. WELTSOZIALFORUM IN DAKAR (SENEGAL) UND 6. STUTTGART OPEN FAIR (SOFa)

Eine andere Stadt ist möglich!

Zum zehnten Mal jährt sich das Weltsozialforum, das Anfang Februar in der westafrikanischen Metropole Dakar (Senegal) stattfinden wird. Parallel dazu sind weltweit in verschiedenen Städten regionale Sozialforen und Veranstaltungen geplant – beispielsweise zum sechsten Mal das Stuttgart Open Fair (SOFa). Angesichts des kreativen und ausdauernden Widerstands gegen das Großprojekt Stuttgart21 wird das Thema »Recht auf Stadt« ein Diskussions-Schwerpunkt sein.

Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Bereits die Ausgabe 2009 des Weltsozialforum (WSF) in Belém (Brasilien) eröffnete eine neue Art der Beteiligung für Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft – parallel stattfindende Veranstaltungen, die sich auf das WSF beziehen für all diejenigen Menschen, die nicht in der Lage sind, am WSF direkt teilzunehmen und die dennoch ihre aktive Beteiligung am WSF-Prozess zum Ausdruck bringen wollen. Die damaligen positiven Erfahrungen ermutigten den Internationalen Rat des WSF, auch für 2011 in Dakar die folgende Einladung auszusprechen:

»Wir laden Sie ein, sich an der Aufgabe zu beteiligen, welche eine der Neuheiten dieses WSF ist: Initiieren Sie die Bildung von Gruppen – in so vielen Ländern wie möglich, so viele soziale Gruppen und Kämpfe wie möglich repräsentierend – bereit aus der Ferne am WSF teilzunehmen – virtuell, über Rundfunk oder durch Fernkommunikationsmittel, zusammen mit den WSF-TeilnehmerInnen in Dakar.«

Vom 6. bis 11. Februar ist neben der eröffnenden Demo durch die Straßen von Dakar und der abschließenden »Versammlung der sozialen Bewegungen« ein separater Afrika-Tag geplant. Inhaltlich sollen elf Themenachsen und neun Diskussions-Foren (beispielsweise zu Befreiungstheologie, MigrantInnen und fortschrittliche PublizistInnen) stattfinden.

»überLeben – überGrenzen«

Kurz vor dem WSF organisiert in Stuttgart die Vernetzung von 60 verschiedenen Initiativen wie in den vergangenen Jahren das »Stuttgart Open Fair« (SOFa) mit einem Markt in der Innenstadt und einem thematisch breiten Workshop-Programm. »Eine andere Welt ist möglich!« soll auf dem zentralen Schlossplatz erlebbar werden – ermöglicht durch unterschiedliche Aktivitäten von Eine-Welt-Gruppen bis zur BUND-Jugend und von der GLS-Bank bis Attac. Sie fordern eine Welt, in der BürgerInnen mitbestimmen, Banken dem Allgemeinwohl dienen, alle Menschen am Wohlstand beteiligt und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden.

Der kreative Widerstand gegen das unsinnige Großprojekt Stuttgart21 geht mit seinen wöchentlichen Montagsdemos von Tausenden Menschen nicht nur ins zweite Jahr, sondern hat einigen Schwung in Diskussionen um Demokratie und um das Recht auf Stadt gebracht, die daher am SOFa aufgegriffen und fortgeführt werden. Unter dem Motto »überLeben – überGrenzen« steht außerdem der Kontinent Afrika im Mittelpunkt, wie die Einladung verdeutlicht:

»Wir grenzen uns ab, Andere aus, überschreiten ihre Grenzen, dringen ein und richten an. Hier unbegrenzt konsumieren, dort ausgegrenzt überleben – die Wohlstandsgrenze ist überall, nur Geld fließt grenzenlos ... ins Steuerparadies.

Unsere Lebens(t)räume: endlos verplant! – beschränkt bleibt die Einsicht der Mächtigen und unsere Teilhabe an Mitsprache, am Leben, an der Zukunft.

Unsere Vielfalt aber ist lebendig, kann Grenzen setzen und überwinden: Grenzüberschreitungen in ein lebendiges Stuttgart in einer anderen, gemeinsamen Welt – danach suchen engagierte Menschen und Initiativen aus der Region beim Stuttgart Open Fair 2011.

An Infoständen auf dem 'WeltSTATTMarkt', in Workshops und Diskussionen blicken wir darum nach Afrika – den Kontinent, der um unser Überleben kämpft. Und wir blicken in unsere Städte – Orte der Auseinandersetzungen, des Zusammenlebens, einer Zukunft die wir selbst bestimmen. Wir laden alle herzlich dazu ein, zuzuhören, mitzureden, mitzugestalten!«

Stuttgart Open Fair 2011:

»überLeben – überGrenzen«

Freitag, 28. Januar, 19 Uhr, Forum 3
Eröffnung mit Chico Whitaker, Wangui Mbatia, Pat Mooney und Stuttgarter AktivistInnen

Samstag, 29. Januar, 10 bis 18 Uhr, Schlossplatz – WeltSTATTMarkt
Mit über 40 Infoständen, Jugendtheaterprojekt, Installationen, Straßen-Aktionen, veganen, bio-regiofairen und afrikanischen Spezialitäten

Samstag, 29. Januar, 11 bis 19.30 Uhr, Forum 3
Workshops – Vorträge – Filme – Diskussionen zu den Themen:
Teilhabe leben: Wirtschaft und Geld im Dienst des Lebens – lebendige Demokratie – Leben in der Stadt
Grenzen setzen: Umwelt – Ressourcen – Menschenrechte
Anders besser leben
Entwicklungspolitik überdenken

Sonntag, 30. Januar, 11 bis 14 Uhr, Laboratorium
Musikalisch-politischer Brunch

Riesen-Mensch »DUNDU« sucht das bessere Leben inmitten der Zeltstadt des 5. Stuttgart Open Fair Foto: Sandra Viertler-Messow/SOFa

Internationale Gäste

Drei internationale Gäste sind eingeladen, beim SOFa 2011 maßgeblich mitzuwirken:

■ Der brasilianische Aktivist Chico Whitaker gehört zu den Gründern des Weltsozialforums. Er arbeitete in den 1960er Jahren mit Befreiungstheologen wie Bischof Hélder Câmara und Paulo Freire und musste während der Militärdiktatur ins Exil. 2006 wurde er mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet.

■ Die Kenianische Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Wangui Mbatia ist Mitbegründerin des »Peoples Parliament« in Nairobi. Sie engagiert sich für eine stärkere Einbeziehung der BürgerInnen in Entscheidungsprozessen, gibt Kurse in gewaltfreien Aktionen für sozialen Wandel und setzt sich für ein »ständiges Tribunal der Völker« zur Aufarbeitung der Menschenrechts-Verbrechen nach den kenianischen Wahlen 2008 ein. Sie wird sich an den Diskussionen um ein »Recht auf Stadt« beteiligen.

■ Der international bekannte Experte für Biodiversität und Technikfolgen, Pat Mooney, Kanada, setzt sich seit über 30 Jahren für den Erhalt genetischer Vielfalt in der Landwirtschaft ein. 1985 erhielt er dafür den alternativen Nobelpreis. Er war maßgeblich am Zustandekommen eines UN-Moratoriums über den Einsatz von Geo-Engineering – großflächigen Eingriffen in das System Erde – beteiligt.●

Infos:
Colibri e. V., Carol Bergin/Johannes Lauterbach
Tel. (0 70 71) 25 56 08
www.stuttgart-open-fair.de
www.weltsozialforum.org

Anzeige

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Bußgeld für Klima-Protest
Nachdem die Fahrradkarawane »cycling for change«, die im Juni 2009 in Hamburg Richtung Kopenhagen zu einen Klimacamp aufgebrochen war, in Dänemark verhaftet wurde, folgten nun die Bußgeldbescheide. Die AktivistInnen hatten an der Sundbrücke vor Vordingborg ein Banner (»Stop-It can not go on like this!«) aufgehängt und mit ihren Fahrrädern eine kurzfristige Straßenblockade errichtet, um gegen die klimaschädlichen Folgen des immer weiter wachsenden Verkehrsaufkommens zu protestieren. Nun erreichte die TeilnehmerInnen ein Bußgeldbescheid aus Dänemark. Umgerechnet 80 Euro soll die unautorisierte Wahrnehmung der Versammlungs-und Meinungsfreiheit die AktivistInnen nun kosten. Soli-Spendenkonto: Konto »Spenden & Aktionen«, Nr. 92881806, Volksbank Mittelhessen, BLZ 513 900 00, Betreff: Vordingborg. Mehr Infos:
www.cyclingforchange.blogsport.de

Berufung wegen antimilitaristischer Gleisblockade verworfen
Nach nur zwei Verhandlungstagen verwarf das Landgericht Flensburg in Sachen »Antimilitaristischer Gleisblockade« die durch die Verteidigung nach der ersten Instanz eingelegte Berufung. Die angeklagte Aktivistin Hanna Poddig hatte sich im Februar 2008 in Ohrstedt, Nordfriesland anlässlich eines Militärtransportes der Bundeswehr für die NATO-Response-Force an die Gleise gekettet, um ihren Protest gegen die deutschen Militärs und deren Auslandseinsätze zu verdeutlichen. Das Landgericht verurteilte die von »containertem Essen« lebende Angeklagte nun zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen a 15 Euro. Solikonto: Nord-Ostsee-Sparkasse BLZ 217 500 00, Nr. 111 026 274.
Mehr Infos: www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu

Strafprozess wegen Genfeldbesetzung eingestellt
Unter großem Polizeiaufgebot und unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde am 25.11. der Prozess gegen drei GenfeldbesetzerInnen am Amtsgericht Rostock fortgesetzt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, gemeinsam mit einigen anderen im April 2009 ein Genfeld bei Groß Lüsewitz besetzt, auf dem Versuche mit gentechnisch Pflanzen durchgeführt werden. Bereits im Juni diesen Jahres hatte das Amtsgericht versucht, das Verfahren gegen die BesetzerInnen zu eröffnen. Der Prozesstag endete damals bereits nach 10 Minuten mit der Räumung des kompletten Publikums und einen Teil der Angeklagten. In den Verhandlungssaal durften nur die drei Angeklagten und ein Verteidiger. Nach dem Verlesen von zwei Befangenheitsanträgen und einer Unterredung mit dem Staatsanwalt in einer Unterbrechung vertagte der Richter die Hauptverhandlung auf unbestimmte Zeit, und teilte den Angeklagten ein Einstellungsangebot auf Staatskosten, ohne Auflagen mit. Es habe sich praktisch um eine »Feldbesetzung light« gehandelt. Außerdem sei die Rechtslage um den rechtfertigenden Notstand schwierig. Der Staatsanwalt stimmte der Einstellung mit den Worten »Ich hab wichtigeres zu tun, als dieses Kasperle-Theater« und »Jetzt kann ich endlich richtig zur Arbeit gehen!« zu.

Genfeld-BefreierInnen verurteilt
Am dritten Verhandlungstag gegen die sechs AktivistInnen, die 2008 ein Feld mit gentechnisch verändertem Weizen am Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben befreiten, dauerte die Verhandlung von 10.30 Uhr bis 18.00 Uhr. Das Urteil des Schöffengerichts lautete schließlich Geldstrafen zu 30 Tagessätzen bzw. als Härtefallausgleich fünf oder zehn Tagessätze weniger für diejenigen, die bereits im Zusammenhang mit ähnlichen Aktionen in der letzten Zeit verurteilt worden waren. Die Feldbefreierin Mirjam Anschütz sagte nach dem Urteilsspruch: »Was wir getan haben, mussten wir tun. Tatsächlich hat unsere Aktion den Genweizenversuch beendet und damit eine unmittelbare Gefahr für die Saatgutbank abgewendet. Der Versuch wird nicht fortgeführt. Wir haben damit unser zentrales Ziel erreicht.«

Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen?
Die liberalen Zeitungen in Deutschland frohlocken. Nachdem zu viele illegale (an den legalen stört sich kaum jemand) Gewalttaten bei der Berliner Polizei öffentlich wurden, gibt Polizeipräsident Glitsch scheinbar nach: Ab 2011 soll jeder Polizist Berlins individuell gekennzeichnet werden. Ein Grund zur Freude? Nein, den die Regelung betrifft die hauptsächlich betroffenen Bereitschafts- und Sondereinheiten nicht. Diese sind, wie Innensenator Erhart Körting in der spontanen Fragestunde der Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses am 25.11.2010 auf Nachfrage von Björn Jotzo (FDP) bestätigte, explizit ausgeschlossen. Körting bestätigt lediglich, dass die »taktische Kennzeichnung« der BereitschaftspolizistInnen (aktuell mit vier Ziffern) »entweder mit fünf Ziffern oder mit vier Ziffern und einem Buchstaben erfolgen soll, wobei diese nicht auf eine einzelne Person fixiert ist, sondern jeweils auf die Zusammensetzung der Gruppe. Das heißt, dass BereitschaftspolizistInnen weiterhin anders behandelt werden und sie um ihre Anonymität nicht fürchten müssen.

»Push«rufen ist strafbar
Die Klima-Aktivisten Stine Gry Jonassen und Tannie Nyboe sind vom Amtsgericht in Kopenhagen für schuldig befunden worden. Sie waren als »Organisatoren von Gewalt und Aufruhr« während des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 angeklagt worden. Die beiden Frauen standen vor Gericht, weil sie am 16. Dezember während des Weltklimagipfels in Kopenhagen vor dem Tagungszentrum »Push« gerufen haben sollen. Die beiden waren als Sprecherinnen des »Climate Justice Action Network« in Kopenhagen und auch bei einer Protestaktion vor dem Konferenzzentrum dabei: Angelehnt an das Motto des Netzwerks für den Klimagipfel »Reclaim Power – Push for Climate Justice« riefen vor dem Bella-Center seinerzeit jedoch Tausende Demonstranten »Push«. Jonassen und Nyboe konnte anhand Videoclips »nachgewiesen« werden, dass sie vom Lautsprecherwagen aus »Push« ins Mikrofon gerufen hatten. Die Staatsanwaltschaft und nun auch das Gericht werten das nicht nur als Anstiftung zu Gewalt gegen Polizeibeamte, die die Absperrungen um das Konferenzzentrum abschirmten, sondern auch als Aufforderung an die Demonstranten, die sich danach teils in Bewegung gesetzt hatte und dabei Beamte bedrängt und geschubst haben soll. Die Schuberei habe dazu geführt, dass es einige Beamte schwer gehabt hätten zu atmen, andere hätten ihren Schlagstock oder das Pfefferspray nicht ziehen können, so das Gericht in der Urteilsbegründung: »Schubsen ist Gewalt und keine Bagatelle.«●

Hauke Thoroe

STRATEGISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR GESELLSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION

Ermutigung zur Umsetzung Solidarischer Ökonomien

Die Einsicht, dass das herrschende Wirtschaftssystem nicht in der Lage ist die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen weltweit zu befriedigen, und dass es die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zerstört, verbreitet sich. »Solidarische Ökonomie« wird zunehmend als Alternative diskutiert.

Von Elisabeth Voß, Berlin ● Es wäre problemlos möglich, fast täglich Tagungen oder Seminare zu Themen rund um Solidarische Ökonomien zu besuchen. Erfreulicherweise wächst auch die Zahl der Veröffentlichungen zu diesem Thema. Manchmal habe ich jedoch den Eindruck, dass die Diskussionen bevorzugt zwischen denjenigen stattfinden, die ohnehin schon von der Notwendigkeit anderen Wirtschaftens überzeugt sind. Aber wie kann Solidarische Ökonomie jenseits der Debattenzirkel gesellschaftlich wirksam werden?

Drei strategische Bereiche zur Umsetzung Solidarischer Ökonomien

Wege zur gesellschaftlichen Umsetzung Solidarischer Ökonomien sehe ich in drei strategischen Bereichen: Erstens in Versuchen, die zunehmende Ablehnung der herrschenden, auf Profiterzielung und Konkurrenz basierenden Wirtschaft in der Bevölkerung zu nutzen, um verstärkt öffentlichkeitswirksam die Idee eines anderen Wirtschaftens in die Welt zu bringen. Zweitens in Bemühungen der bereits existierenden großen und kleinen Projekte und Unternehmungen, die schon heute anders wirtschaften, sich zugänglicher und erfahrbarer zu machen. Und drittens indem Bedingungen geschaffen werden, die sowohl diese bestehenden, als auch neu entstehende Vorhaben und Netzwerke Solidarischer Ökonomien unterstützen.

Die Idee einer anderen Wirtschaft in die Welt bringen

Die Wirtschaft mit ihrer vermeintlichen Sachzwanglogik von Wachstum und Gewinnerzielung steht vielen Menschen als etwas Fremdes gegenüber. Wie könnte eine lebensdienlichere Produktion zur Befriedigung konkreter menschlicher Bedürfnisse aussehen? Wie kann Arbeit menschenwürdig und sinnvoll gestaltet werden? Was brauchen Menschen zum Leben, wie soll es beschaffen sein und auf welche Art und Weise bekommen sie diese Produkte oder Leistungen?

Diese Grundfragen der Wirtschaft sind zum einen eng verbunden mit der Frage der Demokratie: Wer entscheidet über Produktion, Arbeit und Verteilung? Wie können Menschen befähigt werden, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen gemeinsam und solidarisch zu gestalten? Zum anderen geht es um Menschenrechte und Globale Soziale Rechte ausnahmslos aller Menschen auf diesem Planeten. Denn nicht erst seit der als »Globalisierung« bezeichneten wirtschaftlichen Deregulierung mit ihrem weitgehend freien Kapitalfluss, sondern bereits seit der Kolonialisierung gibt es keine abgeschotteten Wirtschaftsräume, der Wohlstand der einen und die Armut der anderen bedingen einander.

Eine Voraussetzung zur gesellschaftlichen Umsetzung Solidarischer Ökonomien im Sinne von Wirtschaftsdemokratie und globaler Gerechtigkeit sehe ich darin, diese Fragen kontinuierlich und breit zu diskutieren, um die Möglichkeit von Alternativen überhaupt denkbar werden zu lassen. Nicht vorschnelle theoretische Antworten und Modelle sind gefragt, sondern basisdemokratische Willensbildungsprozesse und Unterstützung praktischer Projekte.

Ein Handlungsfeld ist das Erkämpfen eigener Welterklärungs- und Gestaltungsräume in den Medien sowie die bessere Nutzug eigener, alternativer Veröffentlichungsorgane. Ein weiteres ist der Bildungsbereich, in dem gedankliche Grundlagen und Erfahrungen dessen, was ist und sein sollte, gelegt werden. Für eine gemeinsame Strategie wären Netzwerke hilfreich, in denen sich die vielfältigen Akteure über ihre Vorgehensweisen austauschen.

Anzeige

Die Vielfalt anderen Wirtschaftens sichtbar machen

Solidarische Ökonomie ist keine Utopie oder Theorie, sondern eine bereits heute bestehende, vielfältige Realität. Sie existiert großteils in Nischen, die viel zu wenig bekannt sind. Hinzu kommt, dass eher szenige, autonome Projekte für Menschen mit bürgerlichem Hintergrund häufig kulturell und habituell schwer zugänglich sind. Am Markt erfolgreiche und sich trotzdem als alternativ verstehende Unternehmungen werden wiederum von politischen AktivistInnen oft misstrauisch betrachtet.

Anzeige

Gesellschaftlich sichtbar machen können sich nur die Projekte und Unternehmungen selbst. Intermediäre, zum Beispiel Verbände oder Medien, können sie dabei unterstützen. Eine gesellschaftliche Chance für anderes Wirtschaften sehe ich, wenn es gelingt, eine große Bandbreite an Akteuren in einem Netzwerk miteinander zu verbinden, um nicht – wie bisher schon – nur vereinzelt in die Öffentlichkeit zu gehen, sondern sich verstärkt gemeinsam zu präsentieren. Herausforderungen sehe ich zum einen darin, die Verschiedenheit zu respektieren und als Bereicherung zu verstehen, statt um die »richtigen« Ansätze zu konkurrieren. Zum anderen jedoch auch nicht beliebig offen zu sein, sondern sich selbst und andere im Sinne einer gemeinsamen Werteorientierung immer wieder kritisch zu hinterfragen. Ob im Einzelfall wirklich der Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht, kann letztlich nur anhand der Praxis eingeschätzt werden. Zu oft versteckt sich unter einem sozial-ökologischen Mäntelchen doch nur profanes Gewinnstreben. Etliche gemeinnützige Einrichtungen mutieren zu gefräßigen Trägerstrukturen, in denen auf Kosten der ihnen zwangszugewiesenen Erwerbslosen wenige Führungskräfte gut verdienen. Zu viele Großgenossenschaften stellen die Gewinnerzielung über die Interessen ihrer Mitglieder. Aber auch in autonomen Projekten kann es beklemmend repressive, informelle Machtstrukturen und Intransparenzen geben.

Wichtige strategische Elemente sind Glaubwürdigkeit und Authentizität. Beispielhafte Betriebe und Projekte sollten sich daher nicht nur von ihrer Schokoladenseite zeigen. Die Überzeugungskraft steckt im realen Leben, in erfreulichen Errungenschaften ebenso wie in der Auseinandersetzung mit inneren und äußeren Problemen. Aus beidem lässt sich lernen, sowohl aus den Erfolgen, als auch aus dem Scheitern.

Unterstützung von Unternehmungen und Netzwerken Solidarischer Ökonomie

Immer mehr Menschen stellen sich die Frage nach konkreten Alternativen für ihr eigenes Leben, und sind offen für neue Ideen und praktische Beispiele. Wirtschaftliche Selbsthilfe bedeutet, ökonomische, organisatorische und Verhaltensmuster aufzugeben und tendenziell entfremdende Trennungen aufzuheben. Zum Beispiel zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen in Kollektivbetrieben, zwischen VermieterInnen und MieterInnen in Hausprojekten, oder zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen in Selbstversorgungsgemeinschaften. Je nach Marktnähe oder -ferne stellen sich unterschiedliche Fragen und Probleme, gleichzeitig eröffnen sich neue Entwicklungschancen.

Aber warum gibt es nur relativ wenige praktische Projekte? Neben der Unkenntnis über Möglichkeiten der wirtschaftlichen Selbsthilfe liegt dies sicher auch an schwierigen Rahmenbedingungen für kollektive Unternehmen und autonome Projekte. Der wichtigste Grund scheint mir jedoch zu sein, dass nur wenige Menschen in dieser Gesellschaft bereit und in der Lage sind, sich gemeinsam mit anderen ökonomisch selbst zu organisieren. Die Ursachen dafür sind vielfältig, zum Beispiel mangelndes Zutrauen in die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, Angst vor einer unsicheren Perspektive oder davor, sich auf andere verbindlich einzulassen, oft verbunden mit der Hoffnung, sich doch noch in konventionellen Sicherheiten einrichten zu können. In der jüngeren Selbstverwaltungsbewegung war der Wunsch nach Selbstbestimmung und sinnvollen Lebens- und Arbeitsbedingungen Motiv für eine alternative ökonomische Praxis. Heute spielt persönliche Perspektivlosigkeit und Not eine zunehmende Rolle, so wie in der alten Genossenschaftsbewegung auch.

Neben der Ermutigung durch praktische Beispiele »zum Anfassen« braucht der Aufbau von Strukturen wirtschaftlicher Selbsthilfe häufig Unterstützung in Form von Fortbildung, Beratung und Begleitung. Für viele Menschen, die aus abgesicherten Lebensverhältnissen herausgefallen oder in diese nie hineingekommen sind, sind gestützte Selbsthilfeangebote und niedrigschwellige wirtschaftliche Partizipationsmöglichkeiten eher geeignet als autonome Projekte. Unterstützungsangebote im Sinne Solidarischer Ökonomien machen dann Sinn, wenn sie auf die Förderung von Selbstbestimmung und den Aufbau basisdemokratischer Strukturen ausgerichtet sind. Sie lassen sich nicht sinnvoll allein von oben, durch Politik und Verwaltung setzen, sondern brauchen zur Entwicklung und kontinuierlichen Begleitung noch zu schaffende, basisdemokratisch und transparent agierende Ansprechpartner seitens der Betroffenen.

Gesellschaftlicher Umbau

Zu Solidarischen Ökonomien als gesellschaftlicher Perspektive gehört ebenso der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft insgesamt, bis hinein in den Bereich internationaler Beziehungen und Vereinbarungen, im Sinne einer Ausrichtung der Produktion auf lebensdienliche Produkte und Leistungen. Handlungsfelder sind hier insbesondere die Konversion des gesamten militärisch-industriellen Komplexes und die wirtschaftsdemokratische Gestaltung großer Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung für öffentliche Daseinsvorsorge und Bereitstellung und Sicherung von Ressourcen zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung (Gemeingüter/Commons).

Spätestens an diesem Punkt wird deutlich, dass der Aufbau solidarwirtschaftlicher Strukturen kaum ohne politisches Engagement möglich ist. Die schönsten Ideen nützen nicht viel, wenn sie mangels Durchsetzungsmacht nicht gesellschaftlich wirksam werden. Insofern ist es mindestens ebenso wichtig, neben dem Entwickeln von Ideen und Konzepten anderen Wirtschaftens, Verbündete sowohl in gesellschaftlichen Institutionen (Parteien, Gewerkschaften, NGOs ...) als auch in sozialen Bewegungen (Sozialforen, Attac, politische Initiativen ...) zu finden.

Denn Wachstumswahn, High-Tech- und Exportorientierung lassen sich nicht in kleinen Initiativen bekämpfen, und die gnadenlose Ausbeutung des globalen Südens wird nicht allein durch Fair Trade oder Ernährungssouveränität hierzulande (z.B. Community Supported Agriculture) gestoppt werden. Und bei aller berechtigten Staatskritik möchte ich mir nicht vorstellen, was bei einem plötzlichen Wegfall staatlicher Strukturen an Lebensunsicherheit und Recht des Stärkeren ausbrechen würde. Da setze ich lieber auf die Umgestaltung des Staates von einer autoritären Institution zum Moderator der Artikulation der Interessen von Bürgerinnen und Bürgern, ohne rassistische Ausschlüsse, und auf demokratisch legitimierte und kontrollierte Organe zur Eindämmung der Interessen des Kapitals und zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Und wie soll das alles gehen?

Natürlich weiß ich das genauso wenig wie andere. Und ich halte es für einen guten Ansatz, davon auszugehen, dass es den einen »richtigen« Weg nicht gibt. Denn damit erübrigt sich auch ein Streit und Machtkampf darum, wo es lang geht und wer Recht hat. Grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen entwickeln sich in der Praxis, Schritt für Schritt, aus den Widersprüchen der herrschenden Verhältnisse. Eine Strategie für eine gesellschaftlich wirksame Umsetzung Solidarischer Ökonomien, die auf demokratischer Selbstorganisation basieren, kann nicht von Einzelnen erdacht werden, sondern braucht Netzwerke, in denen sie gemeinsam entwickelt wird.

Dafür sind viele Akteure und UnterstützerInnen mit unterschiedlicher Motivation und unterschiedlichen Ideen notwendig. Solidarische Ökonomien lassen sich zum Beispiel mit der Durchsetzung von Menschenrechten und Globalen Sozialen Rechten begründen, ebenso wie mit der Produktion für menschliche Bedürfnisse, mit Ökologie oder mit der Umsetzung religiöser Vorstellungen. Die Bandbreite der politischen Überzeugungen reicht von der Idee, dass eine Revolution nötig sei und vorausschauend schon heute alternative wirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden müssen, über linksreformistische Bestrebungen der langsamen Überwindung des Kapitalismus bis zur Annahme, das dieser durch eine weniger gewinn- und mehr gemeinwohlorientierte wirtschaftliche Ausrichtung gerecht gestaltbar sei.

Nach meiner Erfahrung kommt es für den Erfolg sowohl gemeinsamen politischen Engagements als auch gemeinsamer wirtschaftlicher Tätigkeit in erster Linie darauf an, wie die Menschen miteinander agieren, auf welche Art und Weise sie ihre Sichtweisen und ihre Praxis miteinander teilen, Konflikte bearbeiten und Vereinbarungen treffen. Eine gesellschaftliche Wirksamkeit über kleine, feine Nischen hinaus, wird sich daran beweisen, ob und wie es gelingt, kulturell offen und respektvoll mit Menschen unterschiedlichster sozialer oder geografischer Herkunft gemeinsame strategische Vorhaben umzusetzen. Ich hoffe auf die vielen bestehenden und entstehenden Netzwerke, in denen Menschen in diesem Sinne zusammen kommen.●

Anzeige

Elisabeth Voß , NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.

Wegweiser Solidarische Ökonomie

Anders Wirtschaften ist möglich!
ISBN 978-3-930830-50-3, 92 S., 9

Die vielfältigen theoretischen Konzepte, praktischen Betriebe und Projekte Solidarischer Ökonomien werden in diesem Buch vorgestellt: Kommunen, Haus- und Gartenprojekte, Projekte in den Bereichen Soziales, Kunst, Kultur, Bildung und Medien, Frauenprojekte, Tauschringe, Umsonstläden und Open-Source-Projekte, Finanzierungsstrukturen, Netzwerke und Verbände. Ergänzt wird dieser Überblick durch Beispiele von Projekten aus anderen Ländern und internationalen solidarischen Wirtschaftsbeziehungen.

Kulturamt Berlin-Neukölln (Hg.)

Le Grand Magasin

Künstlerische Beiträge zur Genossenschaftsentwicklung
ISBN 978-3-940865-05-2, 216 S., 22

Das Projekt Le Grand Magasin, das von dem Künstler Andreas Wegner initiiert wurde, widmet sich kollektiver Produktion und deren Potenzial in Kunst und Ökonomie. Internationale Künstler arbeiteten mit europäischen Genossenschaften zusammen und ein Modellkaufhaus für Waren aus genossenschaftlicher Produktion in Berlin entstand. Neben Berichten über europäische Genossenschaften wird das Modellkaufhaus in Berlin vorgestellt sowie die Ausstellungen in Ustí nad Labem (CZ), in Budapest und in Dunaújváros (HU).

AG SPAK Bücher
Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

HEIDE SERVICE EG, DOBERSCHÜTZ

Ländliche Räume entwickeln

Ein genossenschaftlicher Service-Dienstleister für die nordsächsische Heideregion

Am 18.Dezember 2006 startete mit der Heide Service eG eine neue Genossenschaft. Sie verstand sich von Beginn an als Eigeninitiative von Menschen der Region und als Partner und Dienstleister für alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine, Kommunen und Institutionen in der Region. Zweck und Ziele der Genossenschaft sind die wirtschaftlichen Förderung der Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb und der damit verbundenen Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie verfolgt die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum, besonders in den Gemeinden Doberschütz, Kossa und Laußig.

Mitglieder unterzeichnen am 18.12.2006 die Gründungsurkunde Foto: Haas, innova eG

Michael Seidel, Red. Genossenschaften ● Die Gründung der Genossenschaft Heide Service eG wurde im Rahmen des Modellprojektes »Genossenschaftliches Servicezentrum im Ländlichen Raum« vorbereitet. Dieses erhielt Förderung aus Mitteln der EU-Gemeinschaftsinitiative Equal. Eine Kooperationsgemeinschaft der Gemeinden Doberschütz, Kossa und Laußig, der innova eG sowie der ARGE des Landkreises Delitzsch startete im Herbst 2005 das Vorhaben mit dem Ziel, arbeitslose Frauen und Männern in der Region bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in einer Selbsthilfegenossenschaft zu unterstützen.

Stärke der Gemeinschaft

Bei dem Projekt wird die Stärke der Gemeinschaft im strukturschwachen ländlichen Raum genutzt, um nachhaltig erfolgreich zu sein. Die Basis hierfür bieten die guten persönlichen Kontakte der Mitglieder (meist Einzelunternehmer) in ihrer Heimatregion sowie die inzwischen an vier Orten etablierten genossenschaftlichen Servicepunkte. Nach einer Start- und Lernphase optimierte im Jahr 2010 die Genossenschaft das Leistungsprogramm und fasste die vielseitigen Angebote ihrer Mitglieder in vier Interessengemeinschaften zusammen. Dies sind im Einzelnen:

- Energiemanagement
- Marketing / Multimedia
- Grundstücks- und Haushaltnahe Dienstleistungen
- weitere Serviceleistungen.

Für jede Gruppe wurden konkrete Produkte definiert und am Markt platziert. Besonders nennenswert sind hierbei die bereits abgeschlossenen Klimaschutzkonzeptionen für die Gemeinden Doberschütz und Laußig. Beide Kommunen können durch diese Arbeit ihre Haushalte in den nächsten Jahren im Hinblick auf Energiekosten nachhaltig entlasten. Dies kommt den BürgerInnen zugute.

Breites Leistungsspektrum

Mit dem neuen Produkt »Marketing Kommune« werden moderne Multimedia-Lösungen in der Region angeboten. Die von Beginn an angebotenen »Grünen Dienste« für Grundstücks- und Freiflächen werden immer besser angenommen. Weitere Serviceleistungen wie Buchhaltungs- bzw. Büroservice und Finanzdienstleistungen runden das Angebot ab. Da durch Mitglieder der Heide Service eG auch Existenzgründer erfolgreich qualifiziert werden, gehören nunmehr auch Unterstützungsangebote für Firmengründungen zum Leistungsprogramm.

Zur noch besseren Wahrnehmung in der Region eröffnete die Genossenschaft ergänzend zum ursprünglichen zentralen Anlaufpunkt in Doberschütz bei Eilenburg drei weitere sogenannte »Servicepunkte«. Mit der zusätzlichen Präsenz in Wurzen, Bad Düben und Laußig können Kunden noch schneller erreicht und bedient werden. Durch die Vermittlung unterschiedlichster Dienstleistungen – von »A« = Anlagen- und Grundstückpflege bis »Z« = Zeitungs- und Zeitschriftenverkauf – sparen die BürgerInnen im ansonsten strukturschwachen ländlichen Raum Wege und Zeit. Ein neu gestalteter Flyer und die modernisierte Homepage informieren umfassend über Leistungsangebot und Kontaktmöglichkeiten. Für alle Werbemittel und Drucksachen wurde ein modernes Corporate Design festgelegt und umgesetzt.

Unterschiedliche Servicepunkte

Die Heide Service eG gewinnt zunehmend an Profil und wird als wichtiger Service-Partner in der Region angenommen. Entsprechend konnte auch die Mitgliederzahl, zum Start bei 14, auf 23 Mitglieder gesteigert werden. Alle verstehen sich als Sprachrohr der Genossenschaft und sorgen für eine noch bessere Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Angebote. Damit findet der in Nordsachsen geborene Genossenschaftsgedanke (der Geburtsort von Hermann-Schulze-Delitzsch befindet sich unweit von Doberschütz) eine moderne Erweiterung und bestätigt den Erfolg dieses inzwischen weit verbreiteten Geschäftsmodells.●

Weitere Informationen zur Heide Service eG finden sich auf der bereits genannten Homepage www.heideservice.de.
Ansprechpartner: Heide Service eG, Carsten Liedtke, Tel.: (03 42 44) 5 76 99

Foto: Schönichen

Mitarbeiter der Heide Service eG bei der Energieberatung vor Ort

Unternehmensporträt

- Gründungsjahr: 2006.
- Geschäftstätigkeit: seit 5/2007.
- Zahl der Beschäftigten: 3.
- NutzerInnen: Privatpersonen, Unternehmen, Kommunen.
- Förderauftrag: Schaffung von Arbeitsplätzen, vielfältige Dienstleistungen und Verbesserung der Angebote auf dem Gebiet der Kultur und der Bildung, Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen im ländlichen Raum.
- Art der Mitglieder: Privatpersonen und Selbständige.
- Mitgliederanzahl: 23.
- Pflichtanteil: 200 EUR

GEOS EG, WUPPERTAL

Immer auf der Suche

Selbsthilfegenossenschaft unter ständigem Veränderungsdruck

Gegründet am 14. März 2008 nahm die Wuppertaler Genossenschaft für Dienstleistungen rund um Haus und Wohnen am 1. Juli 2008 ihre Arbeit mit drei Mitarbeiter/innen auf. Mittlerweile sind es fünf Vollzeitstellen. Sie verfügt seit einigen Monaten über ein eigenes Auto. Seit dem 9. November 2010 hat sie größere Räume mit Schaufenstern am Platz der Republik 19 in Wuppertal-Elberfeld bezogen. GEOS stellt eine Abkürzung dar und heißt ausgeschrieben: Genossenschaft Elberfeld-Ostersbaum.

Arno Mersmann, Red. Genossenschaften ● Die Idee zur Gründung einer Genossenschaft entstand im Nachbarschaftsheim. Sie sollte Arbeitslosen aus dem Stadtteil eine Chance geben, eine versicherungspflichtige Tätigkeit mit einfachen Arbeiten aufnehmen zu können. Das Nachbarschaftsheim ist eine seit 60 Jahren im Stadtteil bestehende soziale Einrichtung, die Kindern, Jugendlichen, alten Menschen und auch Arbeitslosen Angebote macht. Unter anderem ist sie Träger des Stadtteilservices, der Arbeitsgelegenheiten (1 Euro Jobs) für etwa 20 Langzeitarbeitslose bereit stellt. Nach einem halben oder einem Jahr standen die Teilnehmer/innen dieser Maßnahme in aller Regel wieder ohne Arbeit da. Könnte die Gründung einer Genossenschaft dem Abhilfe schaffen und zumindest einigen eine berufliche Perspektive bieten? Ein Versuch sollte das wert sein.

Ziel dauerhafte Arbeitsplätze

Seit September 2007 trafen sich deshalb in regelmäßigen Abständen interessierte Arbeitslose und auch Förderer der Idee, um eine Genossenschaftsgründung vorzubereiten. Genossenschaft deshalb, um viele Menschen mit relativ wenig Geld einbinden zu können. Auf diese Weise sollte das notwendige Eigenkapital aufgebracht werden. Die Gründung erfolgte mit acht Mitgliedern – mittlerweile sind es 30, fast ausschließlich Förderer, engagierte Einzelpersonen, Organisationen, Wohnungsunternehmen, die Kirchengemeinde usw. Jeder zahlte einen Anteil von 200 Euro ein. Allein aus diesen Mitteln wurden die ersten Räume angemietet und erstes Arbeitsgerät und -material angeschafft. Da einfache Arbeiten angeboten werden, waren keine großen Anfangsinvestitionen notwendig. Erste Büromöbel kamen durch Spender zusammen. Trotz der Gründung aus dem Nachbarschaftsheim heraus ist die Genossenschaft eine unabhängige, eigenverantwortliche Firma, die über keine weiteren Mittel verfügte.

Extreme Höhen und Tiefen

Die Anstellung der ersten drei Mitarbeiter/innen zum 1. Juli 2008 – zwei davon als Langzeitarbeitslose mit finanziellem Zuschuss seitens der ARGE Wuppertal – konnte erfolgen, weil die kommunale Wohnungsgesellschaft als Mitglied der Genossenschaft erste Daueraufträge vergab. Sie umfassten die Reinigung der Gemeinschaftsflächen und Außenanlagen für mehrere Wohnblocks. Weitere Einzelaufträge kamen von anderen Mitgliedern. Mit diesem Grundstock ließ sich Werbung in eigener Sache betreiben. Nach und nach kamen weitere Aufträge hinzu. Von Anfang an basierte das Konzept der Genossenschaft darauf, einen Mix aus geförderten und frei finanzierten Arbeitsplätzen bereit zu stellen, denn nur so war es möglich, für einfache Arbeit »gerechte« Löhne zu zahlen.

Die angebotenen und tatsächlich ausgeübten Arbeiten sind Reinigungsarbeiten, Gartenarbeiten, Hausmeistertätigkeiten, Renovierungen, Entrümpelungen, Umzüge, Winterdienst, Transporte und ähnliches. Die Auftraggeberschaft hat sich im Laufe der Zeit verändert. Waren es zu Beginn hauptsächlich die Wohnungsunternehmen, sind es mittlerweile viele private Personen aus dem Stadtteil und der Umgebung. Von großer Bedeutung für die kontinuierliche Auftragslage erweisen sich Kunden, die wiederkehrende Aufträge erteilen. Oft sind es die Fördermitglieder, die sich für den Bestand des jungen, zerbrechlichen Unternehmens mitverantwortlich fühlen und diese Aufträge erteilen.

Der scheinbar kontinuierliche Aufstieg hatte in Wirklichkeit extreme Höhen und Tiefen. Gegen Ende des ersten Halbjahres ging die Auftragslage – eigentlich nicht sonderlich verwunderlich – zum Winter hin zurück. Nervosität breitete sich aus. Erste Anzeichen, dass nicht jeder Langzeitarbeitslose eine feste Arbeitsstelle als Chance für sich wahrnimmt. Vielmehr hatten mehrere damit zu kämpfen, regelmäßig zu arbeiten, verlässlich zu arbeiten und die Lust nicht zu verlieren. Die Belegschaft hat mittlerweile komplett gewechselt. Die beiden nunmehr fast schon langjährigen Vorstandsmitglieder standen selber kurz davor, »die Brocken hinzuschmeißen«: Was macht der zum größten Teil ehrenamtliche Arbeitseinsatz für einen Sinn, wenn er darin besteht, sich immer wieder mit uneinsichtigen Mitarbeitern auseinander zu setzten, die nicht einsehen, dass nur ihre eigene verlässliche Arbeit ihren Arbeitsplatz sichern kann.

Maßstab Kundenzufriedenheit

Auch das Genossenschaftsmodell als Selbstbestimmungseinrichtung wird immer wieder missverstanden. Eine Genossenschaft muss in erster Linie die Wünsche ihrer Kunden so ausführen, wie diese es wünschen. Nur so kann die wirtschaftliche Existenz und die Auftragslage vor allem durch Mund zu Mund Propaganda gesichert werden. Selbstbestimmung bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass nur die Arbeit gemacht wird, die man selber gern macht, zu der Zeit, zu der man selber Lust hat und in der Qualität, die man selbst für ausreichend hält. Dann wird Selbstbestimmung zum »Sargnagel« der Genossenschaft. Einzelne Kunden sind vor diesem Hintergrund schon verärgert abgesprungen.

Es gibt auch positive Erfahrungen. Der Begriff Genossenschaft steht für Kooperation und dieses Markenzeichen lässt sich als besondere Marktnische nutzen. Neben der Zusammenarbeit mit ortsansässigen Wohnungsgenossenschaften entwickelten sich weitere Kooperationen. Im Nachbarstadtteil »Ölberg« schlossen sich Hausbesitzer zusammen. Sie gründeten im November 2009 ebenfalls eine Genossenschaft, um sich gemeinsam für den Erhalt der Lebensqualität im Stadtteil zu engagieren. Zu den ersten Ideen gehörte die Beschäftigung eines »Quartiershausmeisters«, der auf Sauberkeit achtet und die Mitbewohner/innen anspricht. Mittelfristig möchte die Genossenschaft Wohnhäuser kaufen, um sie zu erhalten und zu modernisieren. Ein Mitarbeiter der GEOS eG ist nun im Auftrag der Ölberg eG – zunächst stundenweise – als Quartiershausmeister unterwegs. Beide Genossenschaften wurden wechselseitig Mitglieder.

Kreative Kooperationen

Eine weitere Kooperation ergab sich mit dem oben erwähnten Stadtteilservice. Diese Einrichtung führt zum Beispiel Umzüge oder Entrümpelungen für »bedürftige« Personen auch kostenlos durch. Dies geschieht nur in den Fällen, in denen der Auftraggeber selbst Hilfskräfte zur Verfügung stellt. Es gibt aber die Situation, dass jemand zwar unbedingt Hilfe braucht, aber keine Helfer besorgen kann. In diesen Fällen erfolgt durch die GEOS folgendes Angebot: Sie stellt einzelne dann zu bezahlende Hilfskräfte. Damit erfüllt der Auftraggeber seine Pflicht, denn die GEOS-Mitarbeiter sind dann seine Helfer. In solchen Fällen darf der Stadtteilservice mit seinen kostenlos tätigen Mitarbeitern einspringen. Alles in allen sind die Verantwortlichen der Genossenschaft immer wieder auf der Suche nach Nischen, die sich für andere Firmen als uninteressant herausstellen.●

Kontakt:
GEOS eG, Platz der Republik 19, 42107 Wuppertal

Das Recht auf Stadt

Prozesse von Gentrifizierung, also der Aufwertung und Umstrukturierung bestimmter Stadtquartiere sind in der alternativen und radikalen Linken in den letzten Jahren zum Thema geworden. Ein wichtiger Impulsgeber dafür war die Bewegung »Recht auf Stadt« in Hamburg oder das Manifest »Not in our name, Marke Hamburg!«. Christoph Twickel hat nun einen launigen, eher kurzen Essay vorgelegt, der den geografischen Schwerpunkt »Hamburg« hat. Er beschreibt den Umbau der Städte, die Verdrängung von MieterInnen und veränderte Strategien der Stadt- und Raumentwicklung und der lokalen Wirtschaftspolitik.

Die wachsende, kreative Stadt bringt immense soziale Spaltungen und einen wachsenden Niedriglohnsektor mit sich, ebenso räumliche Segregation. Hier kommen nun politisch alternativ und kulturell Aktive ins Spiel. Sie bekommen leerstehende Gebäude zur Zwischennutzung, können so – selbstverständlich befristet – Immobilien für ihre Zwecke erhalten, die für sie auf dem normalen Markt nicht erreichbar wären. Sie werten damit diese Gebäude und Stadtteile kulturell auf, machen sie interessant. Sie organisieren ein tendenziell subkulturelles Programm, produzieren ein »positives« Image und füllen damit den Krater, den der Rückzug des Wohlfahrtsstaates hinterlassen hat, teilweise wieder auf. Später fällt dann ein Teil dieser Szene dieser – von ihm selbst mitproduzierten – Aufwertung und Verdrängung zum Opfer, etwa wenn die Mieten steigen, weil kapitalkräftigere InteressentInnen in die Quartiere drängen. Damit im Zusammenhang, und Twickel wirft dieses Problem auf, steht die Frage: Wie kann man dagegen vorgehen? Wie kämpft man gegen etwas, was man selbst produziert? Die disparaten Milieus, die unter dem unscharfen Label »kulturelle Linke« gefasst werden können, stellen sich diese Frage sehr wohl: So resultierte die Besetzung des bekannten Gängeviertels, die Twickel auch nacherzählt, genau aus der Absicht, sich dieser neoliberalen Indienstnahme dissidenter Praktiken zu entziehen. Ziel müsse es allerdings sein, so Twickel, den Finanz- und Immobilienmärkten die Macht über die Stadtentwicklung zu bestreiten.

Die Antwort auf die Frage: »Kann die urbane Multitude streiken? Und wenn ja, wie?« bleibt Twickel schuldig. Sie kann wohl nur in zukünftigen Versuchen von Besetzungen und anderen sozialen Kämpfen gefunden werden.●

Bernd Hüttner

Christoph Twickel: Gentrifidingsbums oder das Recht auf Stadt; Edition Nautilus, Hamburg 2010, 127 Seiten, 9,90 EUR

Trends der Moderne

Die ökologischen Lebensgrundlagen sind in Gefahr – aber woran liegt das und wie kann diese Krise gelöst oder abgemildert werden? Der hier vorliegende Band stellt Konzepte und die dazugehörigen Diskurse vor, die Wege aus der Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses aufzeigen wollen. Das Spektrum ist dann doch erstaunlich breit, es spiegelt somit wieder, in welcher Umbruchsituation sich die Gesellschaft befindet.

Das Buch stellt nacheinander insgesamt elf Denkansätze ausführlich vor, die die Autoren für wesentlich erachten. Fünf fundamental-radikale, zwei systemimmanente und vier transformatorische. Im einzelnen reicht das Spektrum von der ökofeministisch inspirierten Subsistenz und »warmherziger Genügsamkeit« bis zu grünem Kapitalismus, von individuellem Kulturwechsel mit Konsumverzicht bis zur sozial-ökologischen Regulation des aktuellen Kapitalismus. Am wirkmächtigsten ist der Ansatz der ökologischen Modernisierung, der den Mainstream in der Nachhaltigkeitsdebatte darstellt, und von den Autoren ebenfalls aufgenommen wird. Einige, wie etwa die von Robert Kurz, von Rudolf Bahro, von Rainer Land oder der Ökosozialismus von Saral Sarkar werden nur von ihren Erfindern und einigen Schülern vertreten und spielen in einer größeren Öffentlichkeit keine Rolle. Der Green New Deal wird nicht als eigener Ansatz aufgeführt, sondern sowohl der ökologischen Modernisierung als auch der Öko-Regulation zugeordnet.

Abschließend wird in einem Schlussteil diskutiert und zwischen den einzelnen Ansätzen verglichen, welche Antworten und Thesen sie auf die folgenden Fragen geben: Wie tief liegen die Ursachen der ökologischen Krise in den sozio-ökonomischen Strukturen, Lebensweisen und Weltsichten der modernen kapitalistischen Gesellschaft? Wie radikal können und müssen gesellschaftliche Alternativen sein, um Auswege aus der ökologischen Krise zu eröffnen? Von wem sind erste Schritte zu erwarten, wer sind die Subjekte des gesellschaftlichen Wandels? Dieser relativ kurze Teil reflektiert zum Beispiel, ob in den jeweiligen Konzepten der Kapitalismus Teil der Lösung oder des Problems ist, welche Rolle welche Art von Wachstum oder Marktmechanismen in den einzelnen Konzepten spielen, oder inwieweit gesellschaftliche Prozesse planbar sind oder sein sollten.

Dieses klug in einem für die Ökodebatte wichtigen Verlag platzierte Handbuch, das schon nahezu Lexikoncharakter hat, ist enorm nützlich, da es Orientierung im Diskursdschungel bietet. Es führt auch nach jedem vorgestellten Ansatz die dazugehörige Literatur auf, und enthält ein Personenverzeichnis und ein Glossar. Gewonnen hätte es, wenn die durch Worte vorgenommenen Einordnungen noch durch Grafiken visualisiert worden wären. Dies hätte auch den sehr sozialwissenschaftlichen Sprachstil dieser Publikation etwas abgemildert.●

Bernd Hüttner

Frank Adler/Ulrich Schachtschneider: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise; oekom Verlag, München 2010, 320 Seiten, 24,90 EUR

Partizipation in Venezuela

Wie bereits in ihren vorausgegangenen Filmen »5 Fabriken« und »Venezuela von unten« geht das Regisseur-, Filmemacher- und Künstlerteam Dario Azellini und Oliver Ressler auch diesmal den partizipativ-politischen Prozessen in Lateinamerika im Allgemeinen und Venezuela im Besonderen nach.

Gezeichnet wird ein authentisches Bild von lokaler Selbstbestimmung, von Partizipation und kollektiver Selbstermächtigung als Ausdruck des »poder popular«, des Volkswillens. Die Authentizität bezieht der Film vor allem aus den unkommentierten Interviews engagierter Menschen, die ihre alltäglichen Problemlagen schildern und davon berichten, dass sich wohl kein anderer darum kümmern wird, außer sie selbst.

Genau dieses Moment steht im Zentrum des Gedankens der »Consejo Comunales«, der lokalen Räte, in denen sich im Rahmen lokaler Selbstorganisation Arbeitsgruppen zu drängenden Problemlagen bilden und diese selbst in die Hand nehmen. 30.000 dieser lokalen Räte haben sich in kürzester Zeit in ganz Venezuela gebildet. Mehrere lokale Räte können sich zu einer »Comuna«, zu einer selbstverwalteten kommunalen Stadt, zusammenschließen. (Nicht weniger als 29 lokale Räte gibt es allein im Armutsviertel von Caracas.) Auch von dieser »Comuna« berichtet der Film: Wasser- und Gesundheitsversorgung werden von den BewohnerInnen selbstorganisiert in die Hand genommen. Die früher inexistente Müllentsorgung funktioniert bald reibungslos. Junge KrankenpflegerInnen übernehmen die Gesundheitsversorgung. So kommen die Menschen erstmals in die Lage, ihre Zukunft und ihren Lebensraum selbst zu bestimmen. Der Film zeigt in beeindruckenden Bildern und Interviews, wie aus Bauern Landwirtschaftspolitiker und wie Fabrikhallen zu lokalen Parlamenten werden. Kurz: Wie aus Betroffenen GestalterInnen werden.

Alles wird in Arbeitsgruppentreffen basisdemokratisch erarbeitet und wenn die Programme beschlossen sind, gelingt es auch, für deren Umsetzung staatliches Geld zu bekommen. Den mühsamen Prozess, der von Diskussionen, Erfolgen und Konflikten geprägt ist, portraitiert der Film in stimmungsvollen Bildern ebenso, wie das Vertrauen in einen kollektiv-politischen Gestaltungswillen, mit dem vieles, das noch vor kurzem als Sachzwang erschien, veränderbar wird. »Comuna im Aufbau« ist ein Film, der zeigt, wie aus Selbstermächtigung Gestaltungsmacht wird.●

T.H.

Aus: Pro ZUKUNFT 3/2010
www.jungk-bibliothek/prozukunft

DVD »Comuna im Aufbau«, Österreich 2010, 94 Minuten, Konzept und Realisation: Dario Azellini und Oliver Ressler, Vertrieb: www.ressler.at

Ex oriente lux?

Die neun Aufsätze im Buch »Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China.« sind ein Muss für alle, die im Mikrokosmos der chinesischen WanderarbeiterInnen den gigantischsten Transformationsprozess aller Zeiten verstehen wollen. Dazu gehört die Kunde »von der Existenz und den Schreien eines neuen Arbeitersubjekts, den *dagongmei* und *dagongzai*« – »arbeitende Schwester« und »arbeitender Sohn«, Selbstbezeichnung der WanderarbeiterInnen. Botschaft: Die erste Generation jener »unvollendeten Klasse« litt in den 80er- und 90er-Jahren unter einer »Dyslexie« – einer Sprachstörung, die sich in Unfähigkeit und Unmöglichkeit zeigte, seine Klassensituation zu sagen. Jetzt aber, im Aufbruch der zweiten *dagong*-Generation, könnten sie ihre Klassensprache finden – vielleicht.

Wo aber formiert sich diese neue Klasse? Mitten in den Mikroräumen der Wohnheim-Fabrik-und-Baustellen-Regimes, in der Arbeitsorganisation der Karaoke-Sexbars, *bangbang*-TagelöhnerInnen und Mittelschichtshaushalten, in der Just-in-time-Autoproduktion, in den Elektronikfabriken und auf gigantischen Baustellen – auf paradox-kafkaeske, oft tragikkomische Weise, und keine Antwort ist einfach.

Den AutorInnen geht es um einen *alteritären-andersartigen* Klassendiskurs, der »die Klasse für sich« so erzeugt, wie es sein muss und in China erstmals geschieht: Von unten, aus der Klassenanalyse eines Daseins unter dem Kommando eines extrem-ausbeuterischen und gewalttätig-kontrollierenden und disziplinierenden »Wohnheim-Fabrik-Arbeitsregimes«.

Dieser Ansatz kann das Dilemma postsozialistischer Mentalitäten überschreiten: Entweder lockt die nostalgische Rückwendung – hier zum kulturrevolutionären Maoismus – oder es lockt die Versuchung, die Arbeiterklasse in der Rede von Schichten und Vielfalt der Lebenstile aufzulösen.

Ein Zurück gibt es nicht, aber man muss das Bewahrenswerte des Maoismus aufheben: Die Rede vom ununterbrochenen Klassenkampf gegen die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg und das Leitbild »Ruralität«, die Hochachtung des einfachen kommunal-bäuerlich-ländlichen Lebensstils. »Damals« sei Klassenbewusstsein und ruraler Habitus Wirkung eines *»imagineering von oben«* gewesen, eines planmäßigen Einsatzes von Bildern, Zeichen und erzählerischen Elementen. Die Kulturrevolution als *Klassen-imagineering*, das klingt anders als das gewohnte Horrorszenario von schandhüteaufsetzenden, blutlechzenden, maobibelstudierenden RotgardistInnen-Horden.

Zu Wort kommen ausschließlich chinesische WissenschaftlerInnen: Sieben Frauen und zwei Männer – sechs SoziologInnen und drei AnthropologInnen, fünf lehren in China, vier in den USA. Dass die Forschungsergebnisse mehrheitlich dem Innern Chinas entspringen, zerstört ein weiteres Vor-Urteil: Das Bild des menschenrechtsarmen Maulkorbchinesen, der geduckt und gehorsamsbereit vor der KP China steht. Hier sagen die ForscherInnen ihre Meinung nicht zwischen den Zeilen, sondern frei heraus.

Und, überhaupt die Forschungsmethoden: Breitangelegte Feldforschung und teilnehmende Beobachtung vom Feinsten, die »Arbeitersubjekte« zum Sprechen bringt und in einem Theorie-Horizont deutet, der vom undogmatischen Marxismus E.P. Thompsons bis zu Foucault, Bourdieu und Derrida reicht. Alles in allem ein Licht in der Finsternis der linken Nacht.

Ärgerlich ist nur das Vorwort der HerausgeberInnen, die sich über »überbordende postmoderne Diskursanalyse« und »Verharmlosung der maoistischen Klassenherrschaft« beklagen und natürlich eine »reformistische Konfliktlösungsdebatte« wittern müssen. Aber solche dogmatische Beschränktheit kann mensch einfach überlesen.●

Wolfgang Ratzel

Pun Ngai, Ching Kwan Lee et al: »Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China.« Berlin/Hamburg im Oktober 2010. Verlag Assoziation A, 294 Seiten, 18 EUR

Fundamentalismus für Einsteiger

Rüttelte in den neunziger Jahren die Sektenproblematik die Gesellschaft auf, so ist es nach der Jahrtausendwende der Fundamentalismus moslemischer und christlicher Prägung. Wobei der letztgenannte weniger bekannt, aber politisch weitaus relevanter ist. Der Autor zeichnet in seinem Buch eine kurze, prägnante Charakteristik fundamentalistischer Strömungen. Seine These: Verletzte religiöse Gefühle sind zur wirksamsten politischen Waffe geworden, effektiver als Maschinenpistolen. Sie sind die Bomben in der politisch korrekten Kultur. Sie zwingen die demokratische Gesellschaft und die aus der Aufklärung resultierenden Werte in die Knie. Vor ihnen zittern Intellektuelle und Politiker. Die freie Meinungsäußerung und auch die Pressefreiheit zerschellen an der Flutwelle der verletzten Gefühle. Religionsfreiheit ohne Rücksicht darauf, welche Werte und Überzeugungen religiöse Gruppen vertreten, wird zur neuen Gottheit, zum obersten Dogma. Intoleranz dringt auf diesem Weg hinter den Kulissen in die Gesellschaft.

Schneeberger zeichnet nicht nur eine bissige Geschichte des Fundamentalismus und seiner Merkmale. Sein Verdienst ist es, immer wieder mit Humor, polemisch, provokativ und satirisch an das Thema heran zu gehen – vielleicht die erträglichste Form, um diesem Rückfall in vergangene Jahrhunderte zu begegnen. Nicht zuletzt erörtert er an Hand von Quellen die fundamental bedeutsame Frage: Wer ist der Antichrist? Barack Obama oder Papst Benedikt XVI.?●

Roman Schweidlenka

Simon Schneeberger: Fundamentalismus für Einsteiger. Alibri-Verlag, 197 Seiten, kartoniert, 14 EUR

Scientology. Wissen, was stimmt

Keine »Sekte« erreicht die mediale Präsenz, die sich Scientology mit negativen Vorzeichen in der Öffentlichkeit erworben hat. Unermüdlich und mit Druck gegenüber den Mitgliedern arbeitet der Psychokonzern an der Expansion und verfährt nicht gerade zimperlich mit Kritikern.

Obwohl der ersehnte Mitgliederzuwachs in Europa mehr als mäßig ist, etablierte Scientology in wichtigen Städten Zentralen, die unermüdlich nach neuen Anhängern Ausschau halten. Jugendliche sind dabei in das Zentrum des Interesses gerückt. Während die mediale Kritik und die Analysen des deutschen Verfassungsschutzes eine warnende Sprache sprechen, präsentiert sich die Organisation als verfolgte religiöse Minderheit und klagt in den USA unermüdlich die »bösen« europäischen Regierungen – so auch die jeweils in Österreich und Deutschland amtierenden – an, vergleichbar den Nazis, die Religionsfreiheit mit Füßen zu treten.

Der Autor, als Scientologyexperte im Innenministerium Nordrhein-Westfalens tätig, ist erfolgreich bemüht, in gebotener Kürze Tatsachen über Scientology festzuhalten und manche Mythen zu entzaubern. Schockierend ist u.a. die wenig bekannte »grausame Behandlung von Kindern«. (S. 65) Das Buch ist übersichtlich gegliedert und gibt auf die wichtigsten, in der Diskussion relevanten Fragestellungen verständliche Antworten. Unmissverständlich wird deutlich, dass die umstrittene Organisation mit ihrem antidemokratischen internen Weltbild nach Einfluss in Wirtschaft und Politik strebt. Information und Aufklärung sind ungebremst wichtig, um Leid zu verhindern. Das vorliegende Buch ist als Grundsatzinformation vorzüglich geeignet.●

Roman Schweidlenka

Dirk Ritter-Dausend: Scientology. Wissen, was stimmt. Freiburg im Breisgau, Herder Verlag, 2010

Mord im Paradies der Nackten

Folgende Kombination: Nackte Menschen vom Typ Provinzapotheker, eine Gruppe Anarchistinnen und Anarchisten, die sich ausziehen müssen, sich aber eigentlich nicht ausziehen wollen, ein nackter Polizist, der die Symbole seiner Autorität (Pistole und Dienstmütze) in einer Plastiktüte mit sich rumträgt, in der Nähe eine Gruppe Sinti und Roma, die überhaupt nichts von der Freikörperkultur halten und mittendrin eine alte Frau, nicht nackt, dafür tot. Ort: Ein Campingplatz für Nudisten an der französischen Atlantikküste. Pralle Sonne.

Vier Männer und drei Frauen, alles Delegierte lokaler Anarchogruppen, treffen sich jährlich zur Sommeruniversität, um die Welt zu verbessern, die gemeinsame Politik abzustimmen und den Staat zu negieren. Diesmal, weil der Campingplatzbesitzer ein Sympathisant ist, eben in einem Nudisten-Camp. Pouy gelingt es hier viele unterschiedliche Charaktere mit wenigen Worten mit der Geschichte zu verflechten und die Spannung durchweg zu halten. Die Anarchos werden liebevoll mit ihren kleinen Dogmen auf die Schippe genommen, alle anderen bekommen sowieso ihr Fett weg. Die Realität bietet die witzigste Satire. Jean-Bernard Pouy ist ein gnadenlos guter Geschichtenerzähler.

Unter der prallen Sonne der Atlantikküste diskutieren sich die anarchistischen AktivistInnen die Köpfe noch heiser, plötzlich passiert ein Mord. Das Opfer: eine alte Frau, die Putzfrau des Campingplatzes und wie die Mitglieder des Kollektivs bald herausfinden, die Tochter des legendären spanischen Anarchisten Durruti. Für die Gruppe ist klar: Jetzt ist es eine Ehrensache den Mord aufzuklären.

Dieser Krimi ist einfach super. Ein Meisterstück der politischen Unterhaltung, voll mit Absurditäten und Situationskomik. Aufgebrachte Nackte, die einen vermeintlich angezogenen Vergewaltiger verprügeln, Polizisten, denen die Nacktheit suspekt ist, dafür zusammen mit den Anarchisten in trauter Eintracht einen Gemüsegarten plündern und über allem die große Frage: Haben Nackte etwas zu verbergen?●

Aus: Gegenwind 258, März 2010

Jean-Bernard Pouy: Mord im Paradies der Nackten. Edition AV, ISBN 978-3-86841-017-4, 161 Seiten, 16 EUR, www.edition-av.de

Anzeige

PROJEKTE

Politische Kommune auf dem Land (zwischen Bremen und Bremerhaven, 20 Min. bis Bremen) sucht neue MitkommunardInnen. Wir wollen mehr werden! Einige (eigene) Arbeitsbereiche im Aufbau oder in Planung, viel Raum für eure eigenen Ideen.
Infos unter
☎(0 42 96) 74 82 25
oder kommune-p-u@gmx.de

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83

VERMIETUNG

Die **Jugendhilfe Lüneburg gGmbH** bietet ab sofort zur Miete ihre ehemalige Therapieeinrichtung zur Nachnutzung an. Die Gebäude liegen in Dachtmissen, einem Ortsteil der Gemeinde Reppenstedt bei Lüneburg. Die Häuser eignen sich sehr gut zum gemeinsamen Wohnen. Die Gebäude haben 20 Zimmer von 10 -25 qm, 3 größere Räume und einen Gruppenraum von 65 qm. Hinzu kommen Nebenräume für Fitness, Tischtennis und Fahrräder, eine eingerichtete Gemeinschaftsküche und ein Wintergarten als Essraum. Die Gebäude befinden sich in einem sehr guten Erhaltungszustand. Ein ausführliches Exposé ist vorhanden.
Bei Interesse:
Jugendhilfe Lüneburg gGmbH, Herrn Müller, Dahlenburger Landstraße 150, 21337 Lüneburg
☎(0 41 31) 8 56 10
mueller@jugendhilfe-lueneburg.de

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal:** Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr:** Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten:** Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

When I'm 64...
Altersvorsorge – selbstverwaltet
Dies ist ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewusst gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mit reflektieren wollen. Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Angeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherung) und selbstgestaltete Schatzbildung (z.B. Wertpapiere, Eigentumswohnung) verglichen.
Das komplexe Thema »Altersvorsorge« wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles rund um das Thema »Altersvorsorge«, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 21.-23.1.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.kommune-niederkaufungen.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Neuer Kongress 2012
Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Der nächste Kongress zu Solidarischer Ökonomie ist für 2012 in Wien geplant! Der Vorbereitungsprozess hat schon begonnen und alle Interessierten sind wieder herzlich eingeladen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen zu kommen oder anderes beizutragen.
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

JUNGE LINKE

Krieg und Frieden
Zur Kritik des Imperialismus
Ob ich nach Neapel in den Urlaub fliege, meine Tomaten aus der Türkei esse oder englischen Pop höre – die Resultate des Weltmarkts sind längst zum Alltag geworden. Ihnen allen liegen Aushandlungen zu Grunde, die die Staaten in Verträgen festhalten. Dabei geht es keineswegs so friedlich zu wie der Name »Diplomatie« vermuten lässt.
Da werden Abhängigkeiten von Ressourcen, militärische und ökonomische Potenz in die Waagschale geworfen, um eben diese ökonomischen Potenzen und die nationale Macht zu mehren. Wo jeder außenpolitischen Entscheidung die Drohung mit der Gewalt zu Grunde liegt, wird auch das Militär nicht nur zur Zierde des diplomatischen roten Teppichs eingesetzt. Herrschender Friede zwischen den Staaten beruht auf vergangenen Schlachten und macht Kriege auch aktuell immer wieder notwendig.
Wie wollen uns in diesem Tagesseminar damit beschäftigen, warum Staaten Außenpolitik betreiben, welchen Inhalt diese Politik hat und welche Rolle Militär und Krieg dabei spielen. Letzteres soll vor allem am Beispiel des Afghanistankrieges diskutiert werden.
Termin: 16.1.2011, Hannover

Bevölkerungspolitik à la Sarrazin
Die Bevölkerung macht dem Staat ständig Probleme: Sie schrumpft, überaltert oder verdummt. Kein Wunder also, dass PolitikerInnen immer wieder damit beschäftigt sind, diese Probleme zu benennen und bevölkerungspolitische Maßnahmen dagegen zu ersinnen und umzusetzen. Dabei geht es ganz sicher um eines nicht: den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Doch worum geht es dann?
Diese Frage soll im Workshop beantwortet werden: Behandelt wird das Verhältnis des Staates zu seiner Bevölkerung und wie er versucht, diese mithilfe von verschiedenen Maßnahmen an seine Bedürfnisse anzupassen. Als Beispiel dient u.a. Thilo Sarrazin, der für sein Buch »Deutschland schafft sich ab« 2010 außerordentlich viel Applaus erhielt.
Termin: 19.2.2011, Hannover

Von Menschen und Tieren
Zur Kritik des politischen Veganismus
Veganismus ist ein Konsumstil, der den Gebrauch von Tierprodukten (also z.B. Fleisch, Milch, Eier, Wolle, Leder, ...) ablehnt. Seit etlichen Jahren gibt es nun in der Linken die Tierrechts-/Tierbefreiungsbewegung. Für sie ist Veganismus nicht einfach eine individuelle Konsumentscheidung, sondern ihre zentrale politische Forderung an alle Menschen bzw. »die Gesellschaft«. Sie versteht Veganismus als notwendigen Teil der politischen Praxis, als eine Bedingung für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Neben moralischem Druck und dem Spiel mit Schuldgefühlen versuchen TheoretikerInnen der Bewegung ihre prinzipielle Ablehnung der Tierhaltung und -nutzung zu begründen und um diese Begründungen soll es auf dem Seminar gehen.
Die Theorien lassen sich grob in drei Richtungen zusammenfassen: Die einen meinen, Tiere sollten Grundrechte haben. Die nächsten meinen, es sei schon falsch überhaupt einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Menschen und Tieren zu sehen. Und die letzten finden, dass die Forderung nach Abschaffung der Tiernutzung notwendig zur Kritik des Kapitalismus dazugehöre.
Wir können an einem Tag nicht alle Theorien darstellen und diskutieren, deshalb werden wir an einigen grundlegenden Problemen dieser Theorien unsere Kritik vorstellen und genug Platz lassen für Fragen und Thesen, die Ihr gern diskutieren wollt.
Termin: 26.2.2011, Hannover
Mehr Infos:
junge linke, Postfach 91 04 29, 30424 Hannover
info@junge-linke.org
www.junge-linke.org

BUKO

BiopiratInnen laden ein:
Saatgutseminar
Weltweit ist Saatgut das Ausgangsmaterial für die Nahrungsmittelproduktion. Die Souveränität von LandwirtInnen über Saatgut, »Seed-sovereignty« ist die Grundlage für die Ernährungssouveränität. Aber der gesamte Bereich steht unter massivem Privatisierungs- und Monopolisierungsdruck durch die transnationalen Saatgutkonzerne. Immer strengere Vorschriften und Gesetze schränken selbst das Tauschen und Verschenken von Saatgut ein. Außerdem verschwinden viele regionale Sorten durch die Fokusierung auf wenige Sorten bei den Anbaumethoden der industriellen Landwirtschaft und ihre »industriellen« Sorten.
Einerseits werden aktuell die europäischen Saatgutgesetze überarbeitet und verschärft. Andererseits gelten Samen durch die jahrhundertealte soziale Praxis des Tauschens und Weitergebens als eines der »ursprünglichsten« Allgemeingüter und als wichtige Grundlage für die Autonomie und Überlebenssicherung von »Saatgut-NutzerInnen«. Deshalb finden wir es wichtig, sich praktisch und politisch in den »Umgang mit Saatgut auf allen Ebenen« einzumischen.
Das Wochenendseminar wollen wir nutzen, um Ideen für praktische Handlungs- und Einflussmöglichkeiten zu suchen, zu planen und erste Schritte für die Umsetzung unserer gemeinsam entwickelten Pläne zu verabreden. Bereits existierende Ideen reichen von lokalen Saatgutbörsen bis hin zu europäischen Protesten gegen weitere rechtliche Einschränkungen der Saatgut-Souveränität in Brüssel am 17. April 2011, dem internationalen Aktionstag für bäuerliche Rechte (Via Campesina). Eingeladen sind deshalb auch aktive, saatgutinteressierte Menschen – oder solche, die es werden wollen – aus anderen europäischen Ländern.
Wir freuen uns auf ein kreatives und spannendes Wochenende mit euch!
Termin: 14.-16.1.11 in Niederkaufungen
Ort: Tagungshaus der Kommune Niederkaufungen
Anmeldung bis zum 7. **Januar 2011**
mail@buko.info.
TeilnehmerInnenbeitrag: 20 EUR; Inhaltliche Nachfragen zum Seminar an: info@saatgutkampagne.org; Das Seminar wird von der Rosa Luxemburg Stiftung und der Bewegungsstiftung gefördert.

TAGUNG

Eine neue Balance zwischen Geld und Leben
Elhische und ökonomische Grundlagen humaner Gesellschaften
Der Titel verspricht viel. Einlösen wollen wir es durch ein Tagungskonzept, das sehr kompetenten Referenten genügend Raum lässt, um detaillierte Informationen ausführlich darzulegen und darüber hinaus ihre Handlungsmotive zu erläutern und mit uns zu diskutieren. Die Referenten unserer Tagung treten gemeinsam für eine soziale und ökologische Politik sowie eine stringente Regulierung der Finanzmärkte ein. Gleichzeitig arbeiten sie in ganz unterschiedlichen Bereichen und können uns so nicht nur eine große Bandbreite möglicher Alternativen vorstellen, sondern auch umfassend über die realen Chancen und Schwierigkeiten beim Einsatz für eine bessere Welt berichten.
Neben der Vermittlung von Wissen über die Funktionsweise der Finanzmärkte steht bei dieser Tagung also das mögliche Engagement der Bürger im Vordergrund. Eingeladen sind alle, die sich kompetent und engagiert mit den Gründen und Konsequenzen der Finanzkrise, den aktuellen Entwicklungen auf den Finanzmärkten und realistischen Alternativen auseinandersetzen möchten.
Termin: 25.-27.2.2011, Bad Honnef
Information & Anmeldung:
www.ksi.de

OUT OF CONTROL

Die Europäische Union:
Analysieren, kritisieren, demontieren
Ein beträchtlicher Teil aller legislativen politischen Entscheidungen wird mittlerweile über den Umweg der Europäischen Union getroffen. Zu erwartender Widerstand in den 27 Mitgliedsstaaten wird durch dieses »Policy Laundering« ausgebremst, während weiterhin die zahlungskräftigeren Regierungen den Kurs dominieren. Gleichzeitig erweitern sich die Kompetenzen der EU durch eigene Strukturen, die entweder grenzüberschreitende Aktivitäten koordinieren oder Projekte unter eigener Regie vorantreiben. Besonders spürbar ist diese Politik im Bereich europäischer »Homeland Defence« und ihrer Versicherheitlichung, Militarisierung und Gendarmeriesierung sozialer Phänomene.
Die Entwicklung der EU geht jedoch nicht mit einer gesteigerten Aufmerksamkeit, etwa auf Seiten der Sozialen Bewegungen, einher. Auch die radikale Linke, sonst nie um eine Staatskritik verlegen, bleibt sprachlos. (...)
Wir wollen eine fundierte EU-Kritik vorbringen und der Frage nachgehen, wie sich die Europäische Union in den letzten Jahren entwickelt hat und welche konkreten Auswirkungen, beispielsweise mit dem Lissabon-Vertrag, erfahrbar werden. Deshalb organisieren wir im Januar in Berlin den Kongress »Die Europäische Union: Analysieren, kritisieren, demontieren«. (...)
Termin: 28.-30.1.2011 in Berlin
Ort: SFE (Schule für Erwachsenenbildung) im Mehringhof
Info:
http://outofcontrol.blogsport.de/kongress/

AUSSTELLUNG

Frankfurt – Auschwitz
27. Januar – Auschwitz ist das Synonym für den Massenmord der Nazis an den europäischen Juden und den Roma und Sinti. Auschwitz ist Synonym für das von Deutschen begangene Menschheitsverbrechen. Der 27. Januar ist der Tag der Befreiung. Am 27.1.1945 wurde das KZ und Vernichtungslager Auschwitz durch die Rote Armee befreit.
Die Ausstellung hat die Verfolgung und Vernichtung der Roma und Sinti im Nationalsozialismus und dessen Wirkungsgeschichte bis in die Gegenwart zum Inhalt. Im Zentrum steht die Liquidierung des sog. Zigeunerlagers in Auschwitz-Birkenau am 2.8.1944 sowie die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte der Stadt Frankfurt am Main und ihrer Vorreiterrolle bei der Verfolgung der Roma und Sinti. 500.000 Roma und Sinti wurden durch Nationalsozialisten ermordet.
Eröffnung der Ausstellung
27.1.2011, 12 Uhr
Die Ausstellung ist vom **27.1. bis 23.2.2011** täglich in der Paulskirche in Frankfurt a.M. zu sehen.
Info:
www.ausstellung-rausch.de/index.html

ANARCHISMUS

1. Anarchistische Buchmesse
Vom **9. bis 10.4.2011** in Mannheim im Jugendkulturzentrum Forum.
Mehr Info:
http://buchmesse.anarchie-mannheim.de

»Nicht nur wer arbeitet, soll gut leben dürfen«
Das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens aus libertärer Sicht
Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wird seit einiger Zeit nicht nur in Spezialistenkreisen, sondern auch in der breiteren Öffentlichkeit lebhaft diskutiert. Aus libertärer Sicht ist dies sehr zu begrüßen, da die Beseitigung des direkten und indirekten Arbeitszwangs und anderer ökonomischer Unterdrückungsverhältnisse schon immer eines der Hauptziele libertärer Bestrebungen war.
Im Rahmen der Veranstaltung soll die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in seinen verschiedenen Facetten und Aspekten vorgestellt werden. Es soll Gelegenheit zur gemeinsamen Diskussion darüber gegeben werden, beispielsweise darüber, auf welche Weise die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zur Lösung drängender Probleme in den Bereichen Ökonomie, Ökologie und soziale Innovation beitragen könnte, oder ob es andererseits etwa dazu führen könnte, der staatlichen Bürokratie neue Tätigkeitsfelder und Legitimationspotenziale zu verschaffen.
Termin: 28.1.2011, 19 Uhr
Bibliothek der Freien
Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Greifswalder Str. 4, 2. Hof, Raum 1102, 10405 Berlin
DieFreien@BibliothekderFreien.de
www.BibliothekderFreien.de

KONGRESS

»Es reicht! Für alle!
Wege aus Armut und Ungerechtigkeit«
Die Karlsruher Attac-AG »Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit« möchte die politischen Ursachen und die Auswirkungen von Armut und Benachteiligung bekannt machen und mögliche Gegenstrategien entwickeln. Wir haben dazu mit Verbündeten schon vier große Veranstaltungen in der Reihe »Arme Kinder – Reiches Land« durchgeführt, mit dieser fünften wollen wir von der Analyse den Bogen hin zu weiterführenden Ideen und Aktionen schlagen.
Sie heißt »Es reicht! Für alle! Wege aus Armut und Ungerechtigkeit« Unsere Forderungen sind zielorientiert, wir erwarten nicht Einzelmaßnahmen, sondern Ergebnisse und Quoten: Halbierung der Kinderarmut bis 2015, gerechter Zugang zu Bildung und Gesundheit unabhängig von der sozialen Lage bis 2020, usw.
Termin: 15.1.2011 ab 14 Uhr
Tollhaus Karlsruhe
Mehr: http://attac.de/cal/5098

BERLIN

Die dritte Weltmacht?
Zur Bedeutung der globalen Zivilgesellschaft
Dieser Vortrag von Radio- und Fernsehmacher Geseko von Lüpke skizziert die Geschichte und die Grundgedanken der globalen zivilgesellschaftlichen Bewegung und stellt am Beispiel der PreisträgerInnen des Alternativen Nobelpreises, der 2010 sein 30. Jubiläum feierte, ihre wichtigsten Vertreter vor. Dabei soll besonders der wiederentdeckte anthroposophische Ansatz der 'Dreigliederung' als Ansatz für eine zukunftsfähige Welt besondere Aufmerksamkeit bekommen. Im Anschluss an den Vortrag kann jeder, der möchte, seine eigene Initiative vorstellen, damit neue Kontakte für neue Projekte entstehen können.
Termin: 29.01.2011, 16-20 Uhr
Ort: FORUM Berufsbildung, Charlottenstr. 2, 10969 Berlin
Kontakt:
Johannes Mosmann
☎(0 30) 26 30 52 02
institut@dreigliederung.de
www.dreigliederung.de

Krise? Männlichkeiten im Rechtsextremismus
Demokratie, Feminismus, »Überfremdung«. Die rechten Männer – ob Maskulinisten, Neonazis oder Burschenschafter – fühlen sich von einer um sich greifenden »Krise« bedroht. Sie nehmen Diversifizierungen im Geschlechterverhältnis und eine Vielfältigkeit von Geschlechtlichkeit als »Krise« von Männlichkeit wahr.
Tatsächlich scheinen sich Männlichkeitsbilder auch im Rechtsextremismus zu pluralisieren. Da sind die sich jugendlich-hipp gebenden »Autonomen Nationalisten« auf der einen und ein sich bieder-bürgerlich darstellender NPD-Chef Udo Voigt auf der anderen Seite. Doch welche Auswirkungen haben solche habituellen Anpassungsleistungen wirklich auf rechtsextremes Denken? Dient das monotone Herbeireden der großen »Krise« nicht der rechtsextremen Selbstvergewisserung und rhetorischen Re-Souveränisierung tradierter Geschlechterbilder?
Termin: 2.2.2011, 18 Uhr
Ort: Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin
Infos unter:
www.gender.hu-berlin.de
Veranstaltet vom Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

MEDIEN

Gestalten mit Word
Visitenkarten, Flyer, Broschüren: Mit Word kann man vorzeigbare Drucksachen gestalten. Sie lernen, mehrspaltiges Layout anzulegen, Bilder einzubinden und Layoutvorlagen zu verwenden. Grundkenntnisse von Typografie und Design helfen beim Layout.
Termin: 22.-23.01.2011

Webseiten bauen mit HTML
Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel, wie etwa »Phase 5«, gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 19.-20.03.2011

Bildbearbeitung mit Photoshop
Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung. Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 9.-10.04.2011
Information & Anmeldung:
bsp@baysem.de
www.baysem.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg